Nr. 287. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7457. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 9. Dezember 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Neues vom Petroleum-Monopol.

Im Jahre 1895 waren die Versuche, den Petroleumhandel vollständig zu monopolisiren, fast bis zum Abschluß gediehen. Die Welt war zwischen den amerikanischen und russischen Petroleumproduzenten bis auf die letzte Insel im Weltmeere aufgetheilt worden. Die amerikanische Standard Oil Company hatte die atlantischen Länder einschließlich Deutschlands, die russischen Petroleumkönige hatten außer in Rußland in Ostafrika und in Asien ein fast unumschränktes Absatzfeld erhalten. Der Vertrag wurde so prompt ratifizirt, daß in Ost-Asien der amerikanische Import von 74 pCt. in 1894 auf 55 pCt. in 1895 sank, der russische dagegen von 26 auf 45 pCt. anstieg. Als strittiges Terrain waren nur noch die Mittelmeer-Länder verblieben. Aber auch hier war bald eine Einigung erzielt. Italien verblieb der Standard Oil Company. Oesterreich, soweit es nicht von dem vorzüglichen galizischen Petroleum versorgt wurde, wurde zum alleinigen Absatzfelde der Russen.

Der Abschluß dieses Riesen-Wuchergeschäftes, bei dem die russische Regierung interessirte Taufpathin gewesen ist, wurde auch sofort eskomptirt. Die Notirungen an der Hamburger Börse stiegen damals (1895) von 6,70 M. am 30. März auf 24,50 M. am 20. April.

Die Abmachungen der Haupt-Petroleumproduzenten hatten jedoch noch ein Loch. Bedingung für das Zustandekommen war vornehmlich die Unterdrückung der damals noch unabhängigen Mannheimer Firma Philipp Poth. Aber Philipp Poth war zähe. Obwohl die Standard Oil Company bezw. deren deutsche Filiale, die Deutsch-amerikanische Petroleum-Aktiengesellschaft lange Zeit in Mannheim 100 Kilogramm mit 1,10 M. unter dem Bremer Preise handelte, in Mannheim eigene Tankanlagen herstellen ließ und den süddeutschen Handel für sich zu gewinnen suchte, gelang es ihr nicht, Philipp Poth zu unterdrücken. Noch ein ganzes Jahr führte Poth den aussichtslosen Kampf, bis auch er unterlag und seine Firma in der „Mannheim-Bremer Petroleumgesellschaft" als eine Filiale der Deutsch-Amerikanischen aufging. Mit ihm fiel auch die letzte unabhängige Bremer Firma, Rossow Jung u. Co. —

Lange Zeit schien es, als ob die Nobel-Gesellschaft nicht gemeinsames Spiel mit den Rockefeller, Rothschild und der russischen Regierung machen wolle. Um sie zu beschwichtigen, überließ man ihr das Reservatrecht der Allein-Einfuhr nach Deutschland, was in anbetracht der technischen Bedeutung russischen Schmieröles ein recht lukratives Geschäft ist. Aber auch ihr Trotz scheint definitiv gebrochen zu sein; denn die Einfuhr russischen Leuchtöls sank in den ersten 9 Monaten dieses Jahres auf 187 000 Doppelzentner gegenüber 275 000 Doppelzentner im gleichen Zeitraume des Vorjahres.

Die Geschichte des Petroleummonopoles ist die Geschichte des Kapitalismus in nuce. Von der Ausbeutung des Arbeiters mit der ganzen Perfidie und Kleinlichkeit, deren nur der Kapitalismus fähig ist, bis zu den gewaltigen Transaktionen mit Millionen und Abermillionen, der genialen Organisation des Handels und Verkehrs, der Errichtung technischer Wunderwerke, die dem industriellen Kapitalismus den großen Zug verleihen, finden wir alles wieder und alles in gigantischen Dimensionen. Noch nicht entschwunden ist die Erinnerung an das pilzartige Aufschießen pennsylvanischer Städte infolge des Petroleumfiebers, das viel nachhaltiger nachgewirkt hat als das kalifornische Goldfieber.

Nirgends in der Welt wird der Arbeiter mehr zum Vieh degradirt als in Baku, wo er sich wegen Wassermangels selbst das Waschen abgewöhnen muß, und nirgends sind in einer einzelnen Industrie größere Unternehmungen technischer Art zu verzeichnen als in der Petroleumindustrie: Röhrenleitungen von 100 km Länge zur Erleichterung des Transports, Flotten von Tankdampfern in einem Umfange, größer als der deutschen Kriegsmarine; großartige Bahnbauten allein zum Zwecke des Petroleumtransports; eine Organisation des Handels bis in die fernsten Bergdörfer und die Oasen der Wüste! Und das alles unter einer genial einheitlichen Leitung. Eine durchaus sozialistische Produktion und Handelsorganisation bei kapitalistischer Aneignung des Mehrwerths und entsprechender Behandlung der Arbeiter!

Wem bange gemacht werden soll mit den Expropriationen des Privateigenthums durch die sozialistische Gesellschaft, der studire die Geschichte des Petroleummonopols!

Und hier haben allerchristlichste Staaten selbst der brutalsten kapitalistischen Ehrlosigkeit ihre Mitwirkung nicht versagt. Nachdem von 1872 bis 1882 Rockefeller und seine Helfershelfer einem unabhängigen Petroleumproduzenten nach dem anderen unter dem Schutze der amerikanischen Gesetze den Hals umgedreht hatten, folgten zehn Jahre, in denen sich der amerikanische Standard Oil Trust eines faktischen Monopols erfreute. Dann kam die Auflehnung der Bevölkerung gegen die Tyrannei des Trustes und die Gerichte erklärten ihn für ungesetzlich. Seit dem 21. März 1892 liquidiren nun die Trustees (Haupt-Antheilbesitzer und Bevollmächtigte des Trustes) die Geschäfte des Trustes (ausgebildete Kartellorganisation). „Vor fünf Jahren behauptete man" — so schrieb der „New-York Herald" vom 13. Mai 1895 — „daß die Arbeit ungefähr vier Monate in Anspruch nehmen würde, aber jetzt dauert sie schon f ü n f J a h r e und kann noch weitere 105 Jahre dauern." Und das alles unter den Augen des Gesetzes! —

Unter den Augen der russischen Regierung konnte es geschehen, daß Rothschild und seine Gruppe 400 bis 500 Tankwagen monatelang beladen stehen lassen konnte, um den Outriders (den außerhalb des Kartells stehenden Firmen) die Verfrachtung unmöglich zu machen und sie auszuhungern. Sie selbst war es, die zur Förderung des Monopolabschlusses 1895 die vorher erniedrigten Frachtsätze von 14 auf 19 Kopeken wieder erhöhte. Ihrem Bemühen ist es zu danken, daß schließlich auch die mächtige, unabhängige Nobel-Gesellschaft mit Rockefeller und Rothschild gemeinsame Sache machen mußte.

Und auch die deutsche Reichsregierung ist nicht ganz unschuldig an dem Zustandekommen des Petroleum-Weltmonopols. Dem Faßzoll ist es zu danken, daß die kleinen unabhängigen amerikanischen Outsiders zu gunsten der Standard Oil Company, die ihr Petroleum in Tanks verfrachtete, von Deutschland fern gehalten wurden. An kompetenter Stelle war nach Ratifizirung des deutsch-russischen Handelsvertrages erwogen worden, d i e F r a c h t e n für russisches Petroleum im Inlande zu ermäßigen. Dieser Plan kam aber nicht zu stande, nachdem sich einige Handelskammern dagegen ausgesprochen hatten. Allerdings hatte 1893 der Bundesrath die Zollbehandlung nach dem Rauminhalt gestattet (wobei 125 Liter = 100 Kilogramm gerechnet werden sollen, bei russischem Petroleum thatsächlich = 103,1 Kilogramm), worin eine Begünstigung des spezifisch schwereren russischen Petroleums zu erblicken ist. Aber diese Vergünstigung geschah erst zu einer Zeit, wo das russische Petroleum sich selbst bereits von dem deutschen Markte ausgeschlossen hatte. Der Standard Oil Company wurde damit der Pelz gewaschen, aber nicht naß gemacht. Eine von Herrn v. Berlepsch vor vier Jahren einberufene Sachverständigen-Konferenz hatte der Regierung vergeblich eine Verordnung vorgeschlagen, wonach im Detailverkehr Petroleum blos nach Gewicht verkauft werden dürfe.

Ein gut Theil der Geschichte des Petroleummonopols spielte sich auf deutschem Boden ab. Auch hier war Deutschland wieder das Schlachtfeld, auf dem sich der dreißigjährige wirthschaftliche Krieg der Konkurrenten abspielte. Das Absatzgebiet in Deutschland war das strittige Terrain zwischen den ursprünglich feindlichen, jetzt friedlich vereinigten Brüdern, was allein schon dadurch verständlich wird, daß Deutschland etwa ein Drittel des gesammten amerikanischen Leuchtöl-Exports für sich allein verbraucht und einschließlich des Schmieröles, leichterer Petroleumdestillate, des Massuth's (Naphta-Rückstände) ca. 1/8 der Produktion der ganzen Welt. Da die deutsche Eigenproduktion an Petroleum kaum in betracht kommt, Deutschland also auf ausländisches Petroleum angewiesen ist, so hätte die deutsche Regierung von vornherein jedem Monopolisirungs-Gelüste der Rockefeller und Rothschild von vornherein einen Riegel vorschieben müssen. Als die ersten schüchternen Versuche der Standard Oil Company bemerkbar wurden, jede Konkurrenz vom deutschen Markte auszuschließen, hätte die Regierung jedes Mittel ergreifen müssen, der Konkurrenz den Kampf zu erleichtern, anstatt ihn zu erschweren. Die Einigung der Petroleumproduzenten Rußlands und Amerikas und die der einzelnen Produzenten jedes Landes geschah nicht von heut zu morgen, sondern war das Resultat eines mörderischen Konkurrenzkampfes. So haben beispielsweise noch im Jahre 1892 die vereinigten russischen Firmen Abschlüsse zu 4 1/2 Kopeken (ca. 10 Pfennige) per Pud (ca. 16 1/3 Kilogramm) gemacht, zu einer Zeit, wo das Pud 10 Kopeken Selbstkosten verursachte, lediglich um sich die widerspänstigen Outsiders gefügig zu machen. Hätte damals noch die deutsche Regierung die Einfuhr des russischen Petroleums erleichtert, anstatt sie zu erschweren, so hätte sie eine arge Bresche in die von der russischen Regierung begünstigten Syndizirungsbestrebungen der russischen Firmen geschlagen, das russische Syndikat wäre niemals zu stande gekommen und noch weniger das Weltmonopol, weil ü b e r dem gemeinsamen Verdienen noch immer das größere Alleinverdienen steht. Der Einwand, daß die deutschen Lampen für russisches Petroleum nicht geeignet sind, wird dadurch hinfällig, daß die meisten Brenner für russisches Naphta in Berliner Lampenfabriken fabrizirt werden. Bei den von dem preußischen Handelsministerium zugezogenen Sachverständigen bestand freilich der Verdacht, daß die Vertreter der Standard Oil Compagnie bei den deutschen Lampenfabrikanten durch Drohungen dahin gewirkt haben, daß die Brenner der deutschen Lampen in einer Weise hergestellt werden, die die Füllung mit russischem Petroleum ausschließt, indem nämlich die Brenner nur einen für spezifisch leichtes Oel genügenden Luftzug durchlassen. Der deutschen Regierung ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß durch ihr unthätiges Zuwarten, wenn nicht gar durch ihre stumme Begünstigung den wucherischen Monopolisten der Kamm so sehr geschwollen ist. Der deutschen Regierung ist es nicht in letzter Linie zu danken, daß die Petroleum-Monopolisten in Deutschland schalten und walten wie in einem eroberten Lande. Schon 1895 wurde jeder Händler von der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft geboykottet, der es wagte, russisches oder noch schlimmer, amerikanisches Outsider-Petroleum zu beziehen. Was aber die Monopolherren heute den Konsumenten zu bieten wagen, übersteigt an Anmaßung doch das äußerste. Die Mannheim—Bremer Petroleum-Gesellschaft versandte Mitte vorigen Monats an ihre Kunden ein Zirkular, durch das den Abnehmern der Gesellschaft in Verträgen, die sie auf drei Jahre binden, zugemuthet wird: 1. nur ein bestimmtes Quantum Petroleum anzukaufen, und von keinem anderen Geschäft; 2. nicht mehr zu kaufen, als sie während der letzten drei Jahre im Durchschnitt absetzten; 3. sich in keiner Weise selbst an dem Artikel spekulativ oder auf andere Art zu betheiligen; 4. Bücher zu führen, die jederzeit der Kontrole der Gesellschaft offen sein sollen; 5. nur so viel Nutzen zu nehmen, als die Gesellschaft vorschreibt. Zum Schluß wird die strengste Diskretion über den Inhalt des Vertrages bis zur Unterzeichnung gefordert.

Das ist der letzte Streich der Standard Oil Company gegen die amerikanischen Outsiders, die über Antwerpen und Vlissingen, wo sie Tanks besitzen, den Rhein hinauf — der einzige Fluß, auf dem sie noch in Deutschland ihre Waare verschiffen können — Mittel- und Süddeutschland, sowie einen Theil der Schweiz mit Petroleum versorgen.

Dieser Schritt der Standard Oil Company, der, wenn von Erfolg begleitet, mit einer völligen Ausschließung der Outsiders aus Deutschland enden würde, ist der Anfang einer neuen Petroleumhausse in Deutschland, wie wir sie vor zwei Jahren erlebt haben.

Nachdem die Regierungen lange Jahre hindurch zum mindesten durch Unterlassung gesündigt haben, ist die Interpellation im Reichstage in dieser Angelegenheit wahrscheinlich ebenso wie die Anfrage des Reichstags im Mai 1895 ein Schlag ins Wasser und kann nur noch einen chimärischen Erfolg haben, die Regierung wird die Geister nicht mehr los, die sie rief. — Vielleicht wollen die verbündeten Regierungen aber auch gar nicht ernstlich den Monopolisten zu Leibe gehen, denn da hinten in Ostelbien warten seit Jahr und Tag die Schnaps brennenden Junker darauf, im Spiritus-Glühlicht eine neue Absatzquelle für ihre trotz Liebesgaben unrentabel gewordene Spiritus-Produktion zu finden, um ihre rostigen Wappenschilder neu vergolden zu können. Vielleicht s o l l e n sogar der Auspowerung des Volkes durch die ostelbischen Raubritter neue Kanäle eröffnet werden. Welches Absatzgebiet für die Agrarier, wo in Deutschland die Zahl der Petroleumlampen auf zirka 20 Millionen (gegenüber nur zirka 3 3/4 Millionen Gasflammen) zu schätzen ist! Es sollte uns gar nicht wundern, wenn die Plötzlinge selbst den Giftbaum Börse bewässern helfen, um die Petroleumhausse zu fördern.

Im Augenblicke sind die Petroleum-Monopolisten fraglos noch Herren der Situation. Gegen ihr vereinigtes Kapital, das mit einer Milliarde Mark nicht zu hoch eingeschätzt ist, kann so leicht eine andere Kapitalmacht nicht ankämpfen. Gaswerke und Elektrizitätswerke sind über Nacht nicht aus dem Boden zu stampfen. Aber es sind doch Anzeichen vorhanden, daß von der Standard Oil Company der Bogen bereits über die Elastizitätsgrenze gespannt worden ist. Englisches Kapital ist fieberhaft thätig, um neue Petroleum-Quellen auszubeuten. Sunda- und Sumatra-Oel hat im letzten Jahre im fernen Osten einen bereits respektablen Antheil an der Petroleumversorgung gewonnen und es hat den Anschein, als ob sich in Britisch-Indien noch eine große Petroleum-Industrie entwickeln werde. Eine englische Gesellschaft, die in der Provinz Assam arbeitet, hat mächtige Quellen in der Nähe von Digboi erschlossen. In Ober-Birma, in Japan, Java, Peru, Chile befinden sich mächtige, kaum erschlossene Petroleum-Lagerstätten, in Rumänien und in Galizien steckt die Petroleum-Industrie erst noch in den Kinderschuhen, auch sie kann zu höchster Blüthe gefördert werden. Freilich arbeiten hier auch Rothschild's Gulden und wir glauben, daß selbst für österreichische Staatsmänner jüdisches Geld nicht stinkt. Immerhin aber ist doch wenigstens die Aussicht vorhanden, den Weltring zu sprengen. Die Nobel-Gesellschaft wartet nur auf den günstigen Augenblick, der drückenden Fesseln des Trustes los zu werden.

Wenn die verbündeten Regierungen fördernd eingreifen wollen, so ist hier, nicht bei der ostelbischen Spiritusproduktion der Hebel einzusetzen, um „das teuflische Ungeheuer", wie die amerikanische Untersuchungskommission die Standard Oil Company genannt hatte, vernichten zu helfen.

Allerlei Revision in Sachsen.

Nicht nur auf die Ausweisung der Minderjährigen aus Vereinen und Versammlungen und auf die politische Entrechtung der Frauen geht die konservative Partei der sächsischen Zweiten Kammer aus, sondern höher noch sind ihre Ziele, sie sinnen auf ein regelrechtes sächsisches A u s n a h m e g e s e t z g e g e n d i e S o z i a l d e m o k r a t i e. Sie denken daran, den § 5 des Vereinsgesetzes, welcher schon in seiner jetzigen Fassung den Behörden die Möglichkeit zur Verhinderung jeder mißliebigen Versammlung bietet, „präziser zu fassen".

Nach dem jetzigen Gesetzesstande „sind Versammlungen, deren Zweck es ist, Gesetzesübertretungen oder unsittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen, verboten." Um diesen Paragraphen auf sozialdemokratische Versammlungen anzuwenden, bedarf es also immerhin noch einer gewissen Feststellung von Thatsachen, die jene Voraussetzungen als vorliegend erscheinen lassen, obschon sächsische Behörden sich die „Feststellung" solcher „Thatsachen" gar leicht zu machen wissen. Den Konservativen aber paßt es nicht, daß überhaupt noch sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden können. Die von ihnen beabsichtigte „präzisere Fassung" soll d a s V e r s a m m l u n g s l e b e n d e r A r b e i t e r g ä n z l i c h l a h m l e g e n.

Also e i n S o z i a l i s t e n g e s e t z in optima forma, ohne jede Verklausulirung, ohne jedes Feigenblatt!

Was durch die Reichsgesetzgebung nicht zu erreichen ist, soll im Einzelstaat gemacht werden. Die dem Reiche zustehende

Gesetzgebung soll vom Bundesstaat zwecks Vernichtung der letzten Volksrechte usurpirt werden!

Wenn sich die sächsische Regierung von den konservativen Heißsporen wirklich auf solche Bahnen treiben lassen sollte, so braucht sie sich dann auch nicht zu wundern, wenn dem sächsischen Volk der sächsische Staat vollends zum Spott werden würde. Ein „Vaterland", das seine Kinder also behandeln wollte, würde diesen alsdann auch nicht mehr einen Pfifferling werth sein. Im Jahre 1866 waren es nationalliberale Männer, welche Sachsen den gefräßigen Preußen zur Speise vorsetzen wollten. Wenn jetzt die sächsische Regierung alles thut, um Sachsen beim sächsischen Volk selbst verhaßt zu machen, so braucht sich die sächsische Regierung nicht zu wundern, wenn jene nationalliberalen Ideen in neueren Formen wieder aufleben würden!

Schon jetzt geht eine tiefe Verbitterung durch die sächsische Bevölkerung. Man fahre nur fort mit der schnöden Brutalitätspolitik, wie sie die Konservativen empfehlen, und man wird noch schönere Dinge erleben. Wie stark der Groll wegen des jetzigen Anschlages gegen das Vereinsrecht ist, schildert uns eine Zuschrift aus Dresden, die wir hier folgen lassen:

„Die Protestbewegung der sozialistischen Arbeiterschaft gegen den geplanten neuen Gewaltstreich, die Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes ist in vollem Gange. Eine Reihe von großen Versammlungen, so in Dresden und Leipzig, haben schon stattgefunden. In einer Reihe größerer Städte sind solche für die nächsten Tage vorbereitet. Auch die Gewerkschaften, die Frauen rühren sich, kurz die ganze organisirte Arbeiterschaft ist von dem Gedanken erfüllt, Front zu machen gegen das niederträchtige Unterfangen der Geldsackprotzen im sächsischen Landtage. Die Bewegung ist um so bedeutsamer, als sie ganz impulsiv, ohne bestimmte Direktive, gleichzeitig im ganzen Land entstand. Allüberall wird über den Schandplan in den Kreisen der Arbeiter diskutirt. Die noch ferner Stehenden vermögen noch nicht an die Ausführung des Planes zu glauben. Die bürgerliche Presse hüllt sich wie gewöhnlich in Schweigen. Selbst bei der Wahlrechtsbewegung ist die Energie und der Grimm der Arbeiter nicht so zum Ausdruck gekommen als bei dieser Gelegenheit. Allgemein herrscht die Stimmung in den Arbeiterkreisen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage nunmehr mit vollster Rücksichtslosigkeit vorgehen sollen. Nur der guten Disziplin und Besonnenheit der sächsischen Arbeiter ist es zu danken, wenn nicht Dinge passiren, die man vielleicht von mancher Seite nicht ungern sieht.

Die Entscheidung über die Vorlage dürfte wahrscheinlich in der zweiten Hälfte des Januar fallen, da der Landtag vom 17. Dezember bis 10. Januar in die Ferien geht. Ob man der Stimme des Volkes Rechnung tragen wird, wer weiß es? Das Gegentheil ist den Reaktionären sächsischen Schlages eher zuzutrauen. Auf alle Fälle kommt die Regierung, wenn die Konservativen nicht nachgeben, in eine äußerst fatale Situation, vorausgesetzt, daß man überhaupt ernsthaft an die Einlösung des Versprechens des Reichskanzlers gedacht hat. Doch gleichviel, wie die Sache ausgeht, der moralische Sieg wird auf seiten der Sozialdemokratie sein. Das ist jetzt schon sicher."

Und zur politischen Reaktion fügt man die wirthschaftliche. Die Umsatzsteuer auf den Absatz der Konsumvereine, welche schon in mehreren kleinen Orten durchgeführt ist, wird jetzt auch in den Großstädten in Angriff genommen. In Chemnitz und Leipzig haben die städtischen Körperschaften sich bisher ablehnend gegen diese Steuer verhalten. Aber die Hauptstadt Dresden geht jetzt voran. Der Magistrat hat dort ein „Ortsgesetz über die Erhebung einer Steuer für Zweiggeschäfte" erlassen. Wo neben einem Hauptgeschäft noch ein Zweiggeschäft besteht, soll ½ pCt. des Jahresumsatzes, wo mehrere Zweiggeschäfte bestehen, sollen 2 pCt. erhoben werden. Erfolgt der Verkauf zum Selbstkostenpreise, so sind dem Jahreserlöse noch 10 pCt. seines Betrages hinzuzuschlagen und von dieser Gesammtsumme ist die Steuer zu erheben.

Diese Vorlage, deren juristische Berechtigung nach wie vor durchaus bestritten werden muß, ist ein Ausfluß des Kleinkrämerhasses gegen die Arbeiter-Konsumvereine. Diese blühenden geschäftlichen Organisationen der Arbeiter sollen durch Auferlegung einer Steuer, die bisher unerhört ist sowohl ihrem Wesen nach als nach ihrer kolossalen Höhe — nicht auf den Gewinn allein, auf den gesammten Umsatz soll der Steuersatz berechnet werden —, möglichst beschränkt, wenn möglich gänzlich unterdrückt werden.

Die geringen wirthschaftlichen Vortheile, welche die Unbemittelt sich durch gemeinschaftlichen Waarenbezug beschafft, sollen ihnen entzogen werden zu gunsten einiger dutzend Händler.

Nicht genug mit der politischen Unterdrückung, auch durch wirthschaftliche Ausnahmegesetzgebung sollen die unteren und armen Volksklassen weiter in ihrer Lebenshaltung gedrückt und ausgehungert werden.

Wenn die herrschenden Parteien in Sachsen den Klassenkampf gewaltsam verschärfen wollen, nun gut.

Dann sollen sie sich aber auch nicht wundern, wenn ihr volksfeindliches Treiben eines Tages Früchte zeitigt, die ihnen nicht schmecken werden!

Politische Uebersicht.

Berlin, 8. Dezember.

Zentrum Judas. Die Ausführungen der Zentrumspresse zur Flottenvorlage ließen auf eine unbedingte Ablehnung der Regierungsabsicht, das Budgetrecht des Reichstages zu verkürzen, seitens der mandatsreichsten Partei des Parlaments und damit auf die Ablehnung des ganzen Flottengesetzes für den Fall, daß die Regierung auf jener Absicht beharren würde, schließen. Aber anders als die Zentrumspresse im ersten richtigen Empfinden über das, was auf dem Spiele steht, schrieb, handelt nun die Zentrumsfraktion des Reichstages. Schon müssen hinter den Koulissen Dinge vor sich gegangen sein, welche die Schwenkung des Zentrums vorbereitet haben. Wohl mag auch die entgegenkommende Ansprache des Kaisers an das in Zentrumshänden liegende Reichtagspräsidium auf die Zentrumsmänner gewirkt haben. Der Kaiser soll ja auch gesagt haben, der nächste Reichstag würde im Falle einer Auflösung auch nicht anders zusammengesetzt sein wie der jetzige. Das Zentrum ersieht aus dieser Aeußerung, daß das Staatsoberhaupt mit der Fortdauer der mächtigen Stellung der Partei rechnet und sich mit dieser Thatsache abzufinden bereit ist. Das schmeichelt dem auch „Männerstolzen vor Königsthronen" und eine Liebe ist der anderen werth.

Kein Zweifel mehr, das Gros des Zentrums ist bereit, das Budgetrecht des Reichstages in weitem Maße preiszugeben. Nur Rücksichten auf den linken Flügel der Partei und Furcht vor den Wählern hindern ein zu offenes Bekenntniß.

Darum gilt es, die Unterwerfung unter den Regierungswillen möglichst zu verschleiern, das Volk durch schlaues Wortspiel zu täuschen. Und in dieser Kunst sind die Zentrumsherren von jeher Meister gewesen und nur seiner besonderen Virtuosität in dieser Kunst verdankt der Dr. Lieber die leitende Stellung in seiner Partei.

Gegen die Schiffsforderungen selbst hat das Zentrum nach den Ausführungen Lieber's überhaupt noch nicht einmal mehr Bedenken. Dieselbe Partei, welche in der vorigen Reichstagssession wegen zweier Kreuzer einen langen scharfen Streit mit der Regierung führte, ist jetzt bereit, alles, was Herr Tirpitz fordert, zu bewilligen. Im übrigen hat Herr Lieber allerdings allerlei „Bedenken" und die Vorlage bedarf einer „ernsten und gründlichen Prüfung". Das kennt man zur Genüge. Mit „Bedenken" und „ernster Prüfung" beginnt allemal der Handlangerdienst an die Regierung.

Die finanzielle Seite der Vorlage macht dem Zentrum Bedenken. Neue indirekte Steuern wolle es nicht bewilligen. Die leistungsfähigen Schultern sollen die neuen Summen aufbringen. Das klingt ganz schön. Sind aber die Schiffe bewilligt und es werden neue Steuern nöthig, so wird der Vers ganz anders lauten. Und dagegen hat das Zentrum nicht das geringste einzuwenden, daß die betreffenden Reichseinnahmen, die bestehenden indirekten Steuerarten immer wieder dem Militarismus, dem zu Lande oder dem zu Wasser, geopfert werden.

Und ebenso hat das Zentrum gegen das Septennat „ernsteste Bedenken". Aber man übertreibe die Sache nicht, so fährt es allsogleich fort. Man binde auch die Regierung, indem man eine Höchstgrenze der für die Marine aufzuwendenden Summe festsetze, dann habe das „Schreckgespenst des Septennats" seine Furchtbarkeit verloren.

Mehr Liebenswürdigkeit kann die Regierung vom Zentrum kaum verlangen. Herr Tirpitz war auch ganz erfreut über diesen Vorschlag und hatte nur den einen bescheidenen Wunsch, daß die Höchstgrenze nicht zu niedrig bemessen werden möge. Gewiß wird sich das Zentrum in seiner Bewilligungslust befleißigen, auch diesem Wunsche nachzukommen. Daß der Reichstag damit jede Möglichkeit aufgiebt, irgendwelchen reaktionären Plänen der Regierung wirkungsvoll entgegen zu treten, das mag das Zentrum nicht sehen. Zwar erinnert es selbst an die Art, wie die Regierung Versprechungen gehalten habe, aber in der Wollust der Regierungsfähigkeit schlägt es alle Bedenken in den Wind und verkauft sich dem werbenden Buhlen.

Das ist das alte Spiel der Schwarzkittel vom Zentrum. Man gebe ihnen Aemter und Ehren, man lasse die Sonne der königlichen und kaiserlichen Huld über sie scheinen, und sie werden mit den Junkern Ostelbiens um die Wette die Rechte des Volkes mit Füßen treten.

Doch dies Spiel ist ein Spielen mit dem Feuer. Je freundlicher die Regierung denen um Lieber zulächelt, um so unfreundlicher wird das Antlitz der zentrumsgetreuen Massen. Je mehr die Partei ihre Regierungsfähigkeit bewährt, umsomehr geht ihre Volksthümlichkeit in die Brüche.

Niemand kann zweien Herren dienen.

Man kann nicht die Augen fromm zum Himmel verdrehen und „den Waffen die Entscheidung über die Welt" zusprechen.

Man kann nicht christliche Liebe verkünden und Kriegsrüstungen ins Ungemessene fördern.

Man kann nicht einer Regierung, welche dem Volke des Landes fremd gegenübersteht, neue Machtmittel geben und zugleich die Rechte und die Wohlfahrt des Volkes schützen wollen.

Die große Zentrumsfraktion ist drauf und daran, nicht nur den Militarismus zu fördern, sondern auch die elementaren Rechte der deutschen Volksvertretung preiszugeben. Daß nur mit dieser Preisgabe nicht die „große und ausschlaggebende Partei sich selbst eine tiefe Grube gräbt!

Kiao-Tschou. Die „Times" wollen aus Peking erfahren haben, daß China alle Forderungen Deutschlands bewilligen wolle, nämlich Entschädigung der Familien der ermordeten Missionare, Errichtung einer Gedenkkirche am großen Kanal, Degradirung des Gouverneurs Li-ning-Sching, Zahlung der Kosten der Besetzung Kiao-Tschous und Zuwendung nicht ausschließlicher Bergbau- und Eisenbahn-Vorrechte in der Provinz Shantung. Eine Meldung des „Bureau Dalziel" aus Shanghai besagt ferner: China willige auch in die zeitweilige Abtretung Kiao-Tschous für den Gebrauch der deutschen Marine.

Eine Bestätigung dieser Nachrichten muß abgewartet werden. Die deutschen Truppensendungen werden fortbetrieben. „Bösmann's Telegraphisches Bureau" meldet aus Bremen: Der Transport von 1400 Mann Marine-Infanterie und Artillerie nach Kiao-Tschou wird Mitte dieses Monats von Wilhelmshaven aus durch die von der Regierung gecharterten Lloyddampfer „Darmstadt" und „Crefeld" erfolgen. —

Hervorzuheben ist noch, daß es bei Besetzung der Stadt Kiao-Tschou nicht so ganz unblutig abgegangen ist, wie zuerst berichtet wurde. Vielmehr wurde beim Anrücken der deutschen Seetruppen von den chinesischen Forts aus Feuer gegeben, welches von deutscher Seite erwidert wurde. Nachdem drei Mann der chinesischen Besatzung getödtet waren, ergriff diese die Flucht. Der Kommandant wurde gefangen genommen, aber später freigelassen. Mehrere deutsche Matrosen wurden von den Bewohnern der besetzten Dörfer durch Steinwürfe verletzt. Die Vorsteher der Dörfer wurden auf Befehl des deutschen Kommandirenden deshalb mit Bambushieben gezüchtigt.

Der nationale Ruhm Deutschlands ist also wieder bedeutend vermehrt worden. —

Haiti. Der Zwischenfall ist erledigt. Die haitianische Regierung hat die deutschen Forderungen angenommen. Die Entschädigungssumme wurde an Bord des Schiffes „Charlotte" gebracht. Die deutsche Flagge wurde mit 21 Schüssen salutirt. Ein Entschuldigungsschreiben lief ein. Die Beamten, welche schuld an dem Zwischenfalle sind, sollen bestraft werden. „Lieb Vaterland, magst ruhig sein." —

Elsaß-Lothringen. Der Revanchegedanke entflammt heute nicht mehr so das französische Volk, wie noch vor zehn Jahren, wo die sonst unverständliche Popularität des brav' général, des Hohlkopfes Boulanger, blos auf die geschickte Ausnutzung dieser damals noch sehr lebenskräftigen Idee beruhten. Wie sehr auch im französischen Volke die Zeit beruhigend und mit den gegebenen Thatsachen versöhnend gewirkt hat, zeigt eine der jetzt zur Modesache gewordenen Enqueten über eine bestimmte Frage. Die bedeutungsvollste der letzten Zeit ist wohl die vom „Mercure de France", dem Organe der französischen jungen Schule, im Juni d. J. vorgenommene Umfrage an mehr als zweihundert hervorragende oder bekannte Franzosen verschiedenen Alters, verschiedener sozialer Stellung und verschiedener Ansichten. Der Fragebogen lautete:

„I. Ist eine Beschwichtigung in unseren Gemüthern hinsichtlich des Frankfurter Vertrages eingetreten? II. Denkt man weniger an Elsaß-Lothringen, obgleich man im Widerspruche zu dem Rathe Gambetta's noch immer eben so viel davon spricht? III. Sieht man einen Augenblick voraus, da man den Krieg von 1870/71 nur noch als ein rein historisches Ereigniß auffassen wird? IV. Würde heute ein Krieg, wenn er plötzlich zwischen den beiden Ländern ausbräche, in Frankreich günstig aufgenommen werden?"

Auf diese Fragen sollten die betreffenden Personen ihre eigene Ansicht, ferner die nach ihrer Ansicht unter der Jugend und durchschnittlich im Volke herrschende angeben. Nicht weniger als 140 Antworten sind darauf eingegangen. Nicht zum geringen Theile von Leuten, deren Namen in der öffentlichen Meinung Klang und Gewicht haben. Die „Frankfurter Zeitung" zieht das Ergebniß der Enquete folgendermaßen zusammen:

„Fast alle „Jungen" sind für eine bedingungslose Aussöhnung mit Deutschland, während die Aelteren entweder starke Vorbehalte machen oder sich gegen ein Aufgeben der patriotischen Hoffnungen absolut aussprechen, aber nicht aus wildem Hasse, sondern aus Rücksichten auf die Zukunft der französischen Rasse. Bei den „Jungen" sind trotz aller Einheit der Grundmeinung dennoch die interessantesten Abweichungen bezüglich der Motive zu unterscheiden: bei den einen ist es der Abscheu gegen den Krieg allein, der ihre Stellungnahme erklärt, bei anderen das Gefühl der Solidarität der hochzivilisirten Völker im allgemeinen, bei manchen die philosophische Erwägung geschichtlicher und sozialer Nothwendigkeiten, bei vielen eine ungeheuchelte Bewunderung und Hochschätzung des Deutschthums, das zu dem die lateinische und keltische Zivilisation zusammenfassenden Frankreich die natürliche Ergänzung bildet. Bei einigen treten aber auch Besorgnisse und Antipathien dem Slaventhum, mehr aber noch den Engländern gegenüber hervor.

Bei den im vorgerückteren Lebensalter Stehenden herrscht, wie bemerkt, noch immer ein gemilderter, auf meistens achtungswerthen Motiven beruhender Chauvinismus."

. . . Im allgemeinen aber müssen selbst die hoffnungsreichsten Patrioten zugestehen, daß ein Krieg mit Deutschland in Frankreich keinen freudigen Wiederhall finden würde. Zusammengefaßt herrschen Skeptizismus, Vernunftgründe und Hervordringen allgemein menschlicher Motive vorgeschichtlichen, nationalen und sogar rein moralischen Inhalts vor, und dieselben fordern gebieterisch: „Kein Krieg; Verständigung, Zusammenwirken, Vereinigung der geistigen Kräfte zur Pflege der Zivilisation!"

Aus den einzelnen Antworten heben wir die folgenden hervor:

Francis Jammes: Ich glaube nicht, daß es einen französischen Bauer giebt, der daran dächte, das Elsaß zurückzuerobern, wie es im umgekehrten Falle keinen deutschen Bauer gäbe, der es wieder haben wollte. Das Vaterland des Bauern ist weder Frankreich noch Deutschland, sondern sein Haus, sein Feld, seine Ochsen, sein Weib . . . Was würde aus der Welt werden, wenn alle einstmals geführten Kriege anders wie als historische Ereignisse aufgefaßt werden würden? Wir hätten in diesem Falle vielleicht das Recht, China zurückzufordern.

Josef Reinach, Deputirter: Die durchschnittliche Stimmung des Landes ist so, wie sie immer und überall gewesen ist: dem Kriege feindlich.

Henry Maret, Deputirter: Man will den Frieden um jeden Preis, und hat aufgehört, die Schmach als ein Ohr zu betrachten, auf dem sich's gut schlafen läßt. Einige Jahre noch, vielleicht nur einige Monate, und wir trinken mit den Deutschen zusammen.

Maurice le Blond: Es ist eine Schmach, daß Frankreich zwanzig Jahre lang keinen anderen Zweck, keinen anderen Existenzgrund hatte, keinen anderen Lebensvorwand, als den Haß gegen Deutschland, die Hoffnung auf Rache. Um seine niedrigen Leidenschaften zu befriedigen, seinen gemeinen Rachedurst, vergaß es seine Traditionen, vernachlässigte es seinen sittlichen Beruf, die Erfüllung der großen Aufgaben, die ihm die Welt gestellt hat.

Charles Léandre: Aufrichtig gesagt, man denkt weniger an Elsaß und spricht wenig davon.

Adolphe Retté: Ich fühle mich durchwegs als Landsmann eines Goethe, Heine, Wagner, Schopenhauer, während ich nicht umhin kann, mich als einen Feind der Herren Coppée und Deroulède zu bekennen, die da täglich in einem bedauerlichen Pathos von Gefühlen sprechen, die ich niedrig schätze.

Wir können nur unsere Freude ausdrücken über den versöhnlichen Geist, der sich in diesen Aeußerungen kundgiebt.

In Deutschland überwiegen die Sympathien für Frankreich die Abneigung gegen unseren westlichen Nachbar in hohem Maße. So kann man hoffen, daß die beiden großen Kulturvölker trotz aller Verhetzungen in Schulbüchern und Begründungen von Militärvorlagen in Zukunft Schulter an Schulter friedlich dem Fortschritte der Menschheit dienen werden. —

Die Mission Gautsch kann vorläufig als völlig gescheitert angesehen werden. Dies geht aus der folgenden, überaus resignirten Darstellung des offiziösen Fremdenblattes hervor:

Es stellt fest, daß die Unterhandlungen der Regierung mit den Parteien des Abgeordnetenhauses momentan zu keinem Erfolg führten. Der Zusammentritt des Reichsraths sei in diesem Jahre nicht mehr zu erwarten; allein den Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den Parteivertretern und dem hierbei gepflogenen Gedankenaustausch komme ein gewisser Werth zu, dessen praktische Erfolge allerdings erst in der Zukunft hervortreten könnten. Vorläufig ist es nicht gelungen, die Deutschen zur Annahme solcher wesentlichen Modifikationen der Sprachenverordnungen zu bestimmen, für die auch die Czechen zu gewinnen gewesen wären. Seitdem die furchtbare Macht der Obstruktions-Taktik offenbar geworden sei, müsse die Regierung mit jeder Partei des Hauses rechnen. Es sei daher begreiflich, wenn sie davor zurückschrecke, das Haus neuen Erschütterungen preiszugeben und die Bemühungen zur Wiederbelebung des Parlamentarismus vertage, bis eine gewisse Beruhigung der Gemüther möglicherweise allseitig bessere Dispositionen geschaffen haben wird. Das Blatt räumt die Schwierigkeit ein, die für die Deutschen darin bestehe, daß sie nach den leidenschaftlichen Kämpfen der letzten Vergangenheit einen Frieden schließen sollen, der hinter den nationalen Schlagworten zurückbleibe, aber Staat und Reichsvertretung dürften wohl ein Opfer fordern. Ebenso würden sich die Czechen nicht der Einsicht entziehen können, daß jener Theil der Sprachenverordnungen, an dem der Waffenstillstand vorläufig gescheitert ist, für die praktische Bethätigung ihrer nationalen Gleichberechtigung von minderem Belang ist. Das offiziöse Organ ist überzeugt, daß die nothwendige Beachtung der Entwickelung der Dinge in Ungarn die divergirenden Parteien Oesterreichs werde zusammenführen müssen. Auch die Schreckenstage in Prag verkünden eine Lehre. Wurde also auch in der Sprachenfrage kein alle befriedigender Zustand geschaffen, so müsse doch an der Ueberzeugung festgehalten werden, daß dieses Ziel allmälig erreicht werden wird, sobald die gegenwärtige Erregung und Empfindlichkeit nachgelassen haben werden.

Die italienische Ministerkrisis scheint ihrer Lösung langsam entgegenzugehen. Der „Frankf. Ztg." wird aus Rom gemeldet: Die Ministerkrisis ist in eine neue Phase getreten. Zanardelli tritt in das neue Kabinet ein, ebenso Boccelli, der im letzten Ministerium Crispi Unterrichtsminister war. Giolitti ist zum Kammerpräsidenten ausersehen.

Bei den zerfahrenen Parteiverhältnissen im italienischen Parlamente dürfte es übrigens nicht leicht werden, ein den parlamentarischen Stürmen gegenüber dauerhaftes Kabinet zu stande zu bringen. —

• • •

Deutsches Reich.

— „Stillstand der Marinetechnik". Zu dem von der Marineverwaltung behaupteten gegenwärtigen Stillstand in der Technik des Kriegsschiffsbaues dürfte eine durch die Presse gehende Mittheilung wohl zu beachten sein, wonach es Absicht der Marineverwaltung ist, höhere Schiffsbaubeamte an Bord der im Dienst befindlichen Geschwader als schiffsbautechnische Berather des Geschwaderchefs zu unterhalten; „denn bei der schnellen Entwicklung des Kriegsschiffsbaues, sowie wegen der bei jedem Geschwader nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden dauernd zu lösenden rein technischen Aufgaben sind diese Beamten unentbehrlich, von besonderem Werth aber bei vorkommenden Havarien und bei Ausführung von Schiffsreparaturen im Ausland". Dies zeigt drastisch, in welchem Maße die Marineverwaltung selbst an den „Stillstand der Technik" glaubt, an den sie andere Leute glauben machen möchte. —

— Die Aussichten des Flottengesetzes. Die „Freisinnige Zeitung" stellt folgende Berechnung auf:

„Außer den Freikonservativen schwenken auch die Nationalliberalen auf die Vorlage ein und nehmen dieselbe in derjenigen Gestalt an, welche die Regierung für annehmbar erklärt. Dasselbe nehmen wir auch von dem Gros der Konservativen an. Die Minorität, von der Graf Limburg-Stirum sprach, wird, bis es zur Entscheidung kommt, ähnlich zusammenschrumpfen wie die Minorität der Konservativen gegen das Handwerksorganisations-Gesetz. Die vorbenannten drei Fraktionen mit den zugehörigen Wilden verfügen über 140 Stimmen. Weiterhin kommt die Haltung der Antisemiten (16) und der Freisinnigen Vereinigung (13) in Frage. Sämmtliche Mitglieder dieser Fraktionen werden nicht für eine Bindung des Etatsrechts zu haben sein; aber auf mindestens die Hälfte kann die Regierung zählen. Dies ergiebt 160 Stimmen. Zur absoluten Mehrheit sind 199 Stimmen erforderlich. Das Zentrum zählt ohne die Deutsch-Hannoveraner 98 Mitglieder. Etwa vier Neuntel des Zentrums müssen also Herrn Lieber folgen, um dem Gesetz zu einer Mehrheit zu verhelfen. Ein erheblicher Theil des Zentrums wird keinesfalls für die Bindung des Etatsrechts durch ein Flottengesetz zu haben sein. Je nachdem die Bindung im einzelnen ausfällt, mehr oder weniger locker oder mehr oder weniger beschränkt, wird sich die Gefolgschaft des Abg. Lieber aus der Reihe seiner Parteigenossen vermehren oder vermindern. —

— Zur Versetzung des Herrn von Rothenhan nach Bern schreibt heute die „Nordd. Allgem. Ztg.":

„Die über die jüngsten Personalveränderungen im auswärtigen Dienst und besonders über die Ernennung des Freiherrn v. Rothenhan zum Gesandten in Bern laut gewordenen Vermuthungen entbehren der Begründung. Freiherr v. Rothenhan ist 7 Jahre lang Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte gewesen, und es ist nur natürlich, daß er selbst den Wunsch hatte, wieder im äußeren diplomatischen Dienst thätig zu sein, weshalb ihm der Posten in Bern, der zu unseren wichtigsten Gesandtenposten gehört, übertragen wurde." —

— Schutz der Bauhandwerker. Auf Veranlassung des königlich preußischen Staatsministeriums, wie die „Politische Korrespondenz" mittheilt, ist eine Kommission, bestehend aus Vertretern der betheiligten Ministerien, zur Berathung der Frage zusammengetreten, in welcher Weise den bestehenden Mißständen im Baugewerbe entgegengewirkt und ein Schutz der Bauhandwerker gegen Ausbeutung herbeigeführt werden könne. An den Berathungen dieser Kommission haben auch Vertreter des Reichsamts des Innern und des Reichs-Justizamts theilgenommen. Die Kommission hat die Entwürfe eines Reichsgesetzes, betreffend die Sicherung der Bauforderungen, und eines preußischen Ausführungsgesetzes ausgearbeitet. Das Staatsministerium hat, ohne zunächst selbst zu den Entwürfen Stellung zu nehmen, beschlossen, dieselben nebst der Begründung zu veröffentlichen. Demgemäß werden die Entwürfe in den nächsten Tagen durch den „Reichs-Anzeiger" zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. —

— Eine kleine Eisenbahnreform. Mittelst Erlasses des königl. preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten sind der „Ztg. d. V. deutscher Eisenbahnv." zufolge die Eisenbahndirektionen zur gutachtlichen Aeußerung darüber veranlaßt worden, ob nicht auf größeren Uebergangsstationen, namentlich solchen, auf denen die Reisenden nach Lage der Züge genöthigt sind, einen Theil der Nacht zuzubringen, auch für die III/IV. Klasse besondere Frauenräume eingerichtet werden könnten. Zum Zweck der Absonderung würde die Herstellung leichter bis zur Decke reichender Wände in den vorhandenen Wartesälen genügen. —

— In der Petition, welche die Postunterbeamten an Reichstag und Bundesrath zu richten gedenken, werden folgende Wünsche laut: 1. Beseitigung sämmtlicher Schädigungen, wie sie die Einführung des Dienstaltersstufen-Systems hervorgerufen hat, insbesondere gleichmäßige Anrechnung der Dienstzeiten, einerlei, ob die Anstellung vor oder nach dem 1. April 1895 erfolgt ist (Militär-, Postillondienstzeit u. s. w.); 2. Gewährung eines Anfangsgehalts von 1000 M. und eines Höchstgehalts von 1800 M. für etatsmäßige Postschaffner und Briefträger. Erhöhung des Höchstgehalts der Landbriefträger auf 1200 M. 3. Aenderung der Grundsätze für die Besoldung der Posthilfsboten. Angemessene Erhöhung der Tagegelder nach dem fünften Dienstjahre. 4. Die etatsmäßige Anstellung erfolgt nach einer wenigstens annähernd bestimmten Frist, und zwar gleichmäßig in allen Bezirken. 5. Die Kündigungsfrist für etatsmäßige Unterbeamte wird von einem Monat auf drei Monate erweitert; nach dreijähriger etatsmäßiger Dienstzeit fällt der Vorbehalt der Kündigung fort und erfolgt sodann die Anstellung unkündbar auf Lebenszeit. 6. Zubilligung eines jährlichen Erholungsurlaubs von 14 Tagen an sämmtliche Unterbeamte. 7. Festsetzung eines bestimmten Wochenleistungsmaßes an Dienststunden. 8. Festlegung eines Höchstmaßes der von den Landbriefträgern zu leistenden täglichen Kilometerzahl. 9. Einführung einer leichten Sommerkleidung. —

— Krämerpolitik und Krämergeist. Gegen die Gewährung besonderer Vergünstigungen an die Versandgeschäfte seitens der Reichspostverwaltung hat der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Kaufleute (Detaillisten) eine Eingabe an den Staatssekretär v. Podbielski gerichtet. Es wird darin auf die immer schwieriger werdende Lage des seßhaften Detailhandels hingewiesen, der schon jetzt unter der Konkurrenz der großen Waarenbazare und Versandgeschäfte sehr zu leiden hat, und dem jede weitere diesen Geschäften gewährte Begünstigung neuen Schaden zufügen würde. Die Petenten geben dem Ersuchen Ausdruck, daß von seiten der Reichsbehörden derartige einseitige Maßnahmen zu gunsten des Großhandels wenigstens so lange außer Erwägung bleiben, bis durch Einführung einer Umsatzsteuer für Bazare und Versandgeschäfte angesichts ihrer Ueberlegenheit gegenüber dem Detailhandel ein angemessener Ausgleich geschaffen ist.

Die von dem Zentralverbande deutscher Detaillisten in ihrer Wirkung so gefürchtete Maßregel des Herrn v. Podbielski ist die regelmäßige Abholung postfertiger Packete aus den Geschäften. Wer meint, daß diese Einrichtung oder das Unterlassen derselben einen irgendwie merkbaren Einfluß auf die Konkurrenzfähigkeit der Großhandelsgeschäfte im Detailhandel haben kann, der ist blind für den Gang der wirthschaftlichen Entwickelung. —

— Freisinn und National-Soziale. Die Naumannianer gedenken im ersten Berliner Reichstags-Wahlkreise eine eigene Kandidatur aufzustellen. Die „Freis. Ztg." bemerkt dazu, das könne in dem für die National-Sozialen günstigsten Falle nur dazu führen, die Freisinnige Volkspartei aus der Stichwahl zu drängen und damit den Kreis der Sozialdemokratie zu überliefern.

Das mag so kommen. Aber die Haltung des Freisinns in allen Fragen sozialer Natur würde diesen Ausgang auch als wohl verdient erscheinen lassen.

— Soldaten als Fabrikarbeiter. In bezug auf unsere Notiz in Nr. 266, welche von der Beschäftigung der Mannschaften des Grenadier-Regiments König Wilhelm I. in der Zuckerfabrik zu Hagenau in Schlesien berichtete, wird uns vom Generalkommando zu Posen mitgetheilt, daß keine Mannschaften des genannten Regiments oder eines anderen Regiments des Armeekorps in jener Fabrik beschäftigt worden seien.

Wir hatten unsere Mittheilung auf grund einer Nachricht des „Lieb. Stadtbl." gemacht und hielten diese für richtig, weil ähnliche Mittheilungen aus einem anderen Theile Schlesiens kurz zuvor gemeldet wurden, deren Richtigkeit nicht bestritten worden ist. —

— Die Vorlage der sächsischen Regierung, welche die Entschädigungssätze für die vom Hochwasser Betroffenen festsetzte, ist jetzt aus der betreffenden Deputation des Landtages in etwas anderer Gestalt herausgekommen. Die Regierung schlug vor, 6 Mill. Mark aus Staatsmitteln zu bewilligen. Daraus sollten für Immobiliarschäden der Privaten, Schäden der Gemeinden und Gutsbezirke rund 4 Millionen Mark aufgebraucht werden. Die Deputation schlägt nun vor, für Private 80, 60 und 40 pCt., den Gemeinden und Gutsbezirken aber durchschnittlich 70 pCt. zu entschädigen. Nach dieser Berechnung sollen die 6 Millionen gerade zulangen. Diese Konzession ist wesentlich der sozialdemokratischen Agitation zu danken, da einzig von dieser Seite bis zur Verhandlung in der Kammer auf die Unzulänglichkeit des ganzen Unterstützungswerkes hingewiesen und voller Ersatz verlangt wurde.

Aus Baden, 7. Dezember. (Eig. Ber.) Welches Interesse die badische Zentrumspartei daran hat, daß bei den Wahlen zum Landtag das Proportional-Wahlsystem nicht in Anwendung kommt, habe ich schon in der letzten Nummer des „Vorwärts" ausgeführt. Nun ist die Landtags-Fraktion des Zentrums mit Gegenanträgen gegen die Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion an die Regierung herangetreten. Es handelt sich um zwei Gesetzesentwürfe, welche bezwecken, statt des indirekten Wahlrechts das direkte einzuführen. Dabei soll eine andere, dem Zentrum günstigere Wahlkreis-Eintheilung vorgenommen werden, die Zahl der Kammermandate soll nicht durch die Verfassung festgestellt bleiben, sondern durch ein einfaches Gesetz; außerdem soll diese Zahl nicht unabänderlich, sondern es soll der Weg einer angemessenen Vermehrung offen gehalten sein.

Für die kommenden Reichstagswahlen giebt der „Beobachter", das führende Zentrumsorgan Badens, folgende Parolen aus:

1. Für die nächsten Wahlen wird als oberste Maxime der Wahltaktik gelten: vor allem nationalliberale Wahlniederlagen zu erzielen.

2. Die Frage, ob in Bezirken mit katholischer Minderheit der Bevölkerung eigene Zentrumskandidaturen aufgestellt werden, wird für jeden der betreffenden Bezirke besonders zu beantworten sein, weil die Verhältnisse nicht überall die gleichen sind.

3. Wenn in einem dieser Bezirke wohlbegründete Aussicht besteht, einen linksliberalen Kandidaten mit Hilfe des Zentrums in die Stichwahl zu bringen, wird es als das sichere Mittel zu gelten haben, den Nationalliberalen eine Niederlage zu bereiten, die Aufstellung eines Zentrumskandidaten dagegen als das unsichere. —

Aus Hessen, 7. Dezember. (Eig. Ber.) Die Zweite Kammer trat heute zu einer kürzeren Tagung zusammen und erledigte eine Reihe kleinerer Regierungsvorlagen, meist Baugenehmigungen, ohne lebhaftere Debatten. Auch die Vorlage betreffs Einrichtung eines Staatsschuldbuchs wurde im Sinne des Ausschußberichts kurzerhand genehmigt. — Eine bemerkenswerthe Niederlage holte sich der nationalliberale Führer Osann, der mit Eifer für Ablehnung der Geldforderung zwecks Einrichtung geeigneter Räume für das Oberverwaltungsgericht ins Zeug ging. Er blieb bei der Abstimmung ganz allein; seine gesammten Parteifreunde ließen ihn im Stich. Auch ein Zeichen für den inneren Verfall der nationalliberalen Herrlichkeit in Hessen. — Für die nächsten Sitzungen ist u. a. auch die Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellationen wegen der Polizei-Aufsichtsbefugnisse des Frankfurter Polizeipräsidenten über fast ganz Süddeutschland angekündigt. —

Straßburg i. E., 7. Dezember. (Eig. Ber.) In der Frage der Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen, die durch die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der Gruppe der Elsässer im Reichstage hierzulande wieder einmal stark in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gerückt worden ist, beharrt die Regierung, im Widerspruch mit allen Organen der öffentlichen Meinung des Landes, nach wie vor hartnäckig auf dem todten Buchstaben, der ihr vor nunmehr bald 27 Jahren unter gänzlich veränderten Voraussetzungen so weitgehende außerordentliche Gewalten eingeräumt hatte. Es entspricht durchaus den glänzenden Proben, welche das System Puttkamer bei anderen Gelegenheiten von seiner staatsmännischen Weisheit abgelegt hat, wenn ihm das Verständniß dafür absolut mangelt, daß eine Konzession an die sehnsüchtigen Wünsche des gesammten Volkes der Reichslande in Form eines großmüthigen Verzichtes auf das brutale Regierungswerkzeug der Diktatur sich als ein Mittel der Germanisation erweisen würde, wie es vornehmer und zugleich wirksamer nicht leicht gedacht werden kann. Unsere regierenden Kreise sind eben verblendet genug, um nicht einzusehen, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens den gegenwärtigen Zustand als ein Votum des Mißtrauens in ihre staatsbürgerliche Mündigkeit auffaßt, durch welches sie in den Schmollwinkel getrieben und zur politischen Unthätigkeit gezwungen wird. Wer den elsässischen Volkscharakter kennt und zugleich Gelegenheit hat, zu beobachten, mit welch' riesigem Erfolg die sozialistische Agitation die Massen der reichsländischen Arbeiterschaft aus ihrer politischen Lethargie aufzurütteln und für die Angelegenheiten von Staat und Reich zu erwärmen versteht, der weiß das Maß der staatsmännischen Fähigkeit zu ermessen, mit welcher seither bei uns „regiert" worden sein muß, um auf dem Gebiete der Germanisation jene negativen Erfolge zu erzielen, welche das System Puttkamer heute aufzuweisen hat. So lange Bundesrath und Landesregierung, trotz der wiederholten entgegengesetzten Beschlüsse des Reichs- sowie Landesparlamentes, bei der Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes beharren, müssen alle Germanisirungsversuche, und wenn sie an sich noch so vernünftig wären, von vornherein als erfolglos betrachtet werden, weil ihrer Wirksamkeit die natürliche Grundlage fehlt, auf der allein etwas zu erreichen wäre: das Vertrauen des Volkes in das Wohlwollen der Regierung, das durch die bisher geübten Knebelungs- und Entrechtungspraktiken nothwendigerweise zerstört werden mußte.

Straßburg i. E., 8. Dezember. (Privaldepesche des „Vorwärts".) Der protestantische Pfarrer Dr. Gerbert von Saarburg wurde heute wegen Beschimpfung der katholischen Kirche zu 500 M Geldstrafe eventuell 50 Tagen Haft und zur Publikation des Urtheils in neun Zeitungen verurtheilt. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Besitzer der Berliner Buchhandlung Th. Mayhofer Nachfolger wurde heute Morgen vom Untersuchungsrichter in Moabit wegen Majestätsbeleidigung verantwortlich vernommen. Es handelt sich um die Karrikatur „Das heutige Europa", welche ihm unaufgefordert vom Verlag Cäsar Schmidt in Zürich im Oktober zugesandt wurde, und das in seinem Laden von einem Kriminalbeamten für 50 Pf. gekauft wurde. Auf dem Bilde sind der deutsche Kaiser und der österreichische Kaiser je in eigenthümlicher Stellung zum russischen Kaiser abgebildet.

Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer Ravensburg den Sager Anton Brielmaier von Fleischwangen, Oberamt Saulgau, zu drei Monaten Gefängniß. —

— Ein afrikanischer Kulturheld hatte sich am Dienstag vor der Strafkammer I des Hamburger Landgerichts wegen fahrlässiger Tödtung und Nöthigung eines Schwarzen zu verantworten. Der Angeklagte, der Kaufmann v. Elbe, befand sich am 13. Juli 1894 in einem Boot auf der Fahrt von Groß-Popo nach Klein-Popo, als ihn vom Ufer aus ein Mulatte bat, ihm die Mitfahrt zu gestatten. Diesem Wunsche kam der Angeklagte nach, während der Mulatte mit einem rasch am Ufer aufgenommenen Bambusstecken das Boot mit fortbewegen helfen sollte. Auf das Geschrei der am Ufer spielenden Kinder mußte aber der Stecken wieder herausgegeben werden, und nun drängte der Angeklagte auf den unthätig auf dem Boot stehenden Mulatten mit erhobenem Knüppel ein, der in seiner Angst ins Wasser sprang, um schwimmend das Ufer zu erreichen. Das Wagniß mißlang und nach einigen Tagen wurde der kühne Schwimmer von Alligatoren angefressen aus dem Wasser gezogen. Der Angeklagte siedelte bald darauf nach Deutschland über und wurde nun das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Auf die Frage des Präsidenten, weshalb er den Mulatten nicht wieder habe an Land setzen lassen, antwortete der Angeklagte: Würde er den Mulatten so rücksichtsvoll behandelt haben, so würde er bei seinen Bootsleuten allen Respekt verloren haben. Dieselben würden ihn für einen lächerlichen Menschen gehalten haben. Der Staatsanwalt hielt die fahrlässige Tödtung nicht für völlig erwiesen, da man nicht bestimmt wisse, ob Gomez a Sylva bestimmt todt sei, und wenn, ob der Angeklagte an diesem Tode die Schuld trage. Von der Anklage der Nöthigung sei der Angeklagte aus formalen Gründen freizusprechen. Der Gerichtshof erkannte auf kostenlose Freisprechung. Die fahrlässige Tödtung sei nicht genügend erwiesen. Eine Nöthigung im Sinne des § 240 des deutschen Strafgesetzbuches liege wohl vor, aber die That sei auf französischem Gebiet begangen und der code pénal enthalte keinen Paragraphen, der eine der Anklage zu grunde liegende That, wie sie § 240 des deutschen Strafgesetzbuchs voraussetzt, mit Strafe bedrohe.

Oesterreich.

Prag, 8. Dezember. („Magdeb. Ztg.") Heute wurden wieder viele Personen, darunter drei wegen Plünderungen, verhaftet. Die Zellen des Strafgerichts sind überfüllt. In einem Neubau wurden versteckt 12 Frauenröcke aufgefunden, die aus einem deutschen Geschäft geraubt worden waren. —

Ungarn.

— Aus dem Etat des ungarischen Handelsministeriums für das nächste Jahr sind auch für uns die folgenden Posten nicht uninteressant:

Einen Mehraufwand von 86 024 fl. (zirka 150 000 M.) weist der Titel des gewerblichen und kommerziellen Fachunterrichts auf, welcher Mehraufwand dem geringeren Theile nach durch die Steigerung des Erforderniffes der bereits bestehenden Anstalten, dem größeren Theile nach aber durch die Errichtung neuer Anstalten, namentlich der Budapester baugewerblichen Schule, ferner der Budapester gewerblichen Fachschule für Uhren und Mechanik, endlich durch die Versehung einzelner Fachschulen mit Werkstätten verursacht wird.

In Preußen hat man bekanntlich den Ausbau des gewerblichen Fachschulwesens wegen Mangels an Mitteln vertagen müssen.

Um 49 325 fl. (ca. 82 000 M.) wurden für gewerbliche und kommerzielle Zwecke zu dem Ende im diesjährigen ungarischen Etat mehr in Voranschlag gebracht, um im Interesse der Beschäftigung der Einwohnerschaft der unter ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnissen befindlichen Gegenden auf dem Gebiete der fabriksmäßigen Gewerbe und der Hausindustrie, sowie im Interesse der Versehung der Kleingewerbetreibenden mit modernen Werkzeugen eine erhöhte Thätigkeit entfalten zu können.

Sehr charakteristisch für die ungarische Regierung, die sich jedem Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung widersetzt und die Arbeiterbewegung mit allen Mitteln bekämpft und selbst vor ungesetzlichen Mitteln nicht zurückschreckt, wenn sie die Thätigkeit der Arbeiterorganisationen damit zu erschweren erhofft, ist der folgende Etatsposten:

Um 147 000 fl. (ca. 250 000 M.) wurden die Kosten des landwirthschaftlichen Arbeiter- und Dienstbotenwesens zu dem Ende höher präliminirt, damit für die Prämiirung jener Arbeiter und Dienstboten, welche bei einem Arbeitgeber längere Zeit hindurch in Arbeit gestanden haben, für die Subventionirung von Arbeiterzeitungen und Druckschriften, für die Errichtung und Unterstützung von Arbeiterhilfsvereinen, endlich für die Sicherung des ungestörten Fortganges der landwirthschaftlichen Arbeiten entsprechende Geldmittel zu Gebote stehen.

Also königl. ungarische Medaillen für Arbeiter, königl. ungarische Arbeiterzeitungen und Propagandaschriften und königlich ungarische Gewerkvereine!

Das ist eine Sozialpolitik, gegen die selbst König Stumm nichts einzuwenden haben dürfte. Zum Schmerze der Saarabier fruchten aber diese Mittelchen nichts und sind das für diese Zwecke aufgewandte Geld nicht werth. Die Sozialdemokratie geht ihren Weg auch in Ungarn trotz Zuckerbrot und Peitsche! —

Schweiz.

— Die Frage des Antheils der ländlichen und städtischen Bevölkerung am Heeresersatz, die unlängst durch Brentano zur öffentlichen Diskussion gestellt wurde, wird nun auch in der Schweiz erörtert. In der trefflichen sozialpolitischen Rundschau" des „St. Galler Stadt-Anzeigers" finden wir hierüber die folgenden Ausführungen:

.... Allerdings weist die Industriebevölkerung eine höhere Rekrutenfrequenz auf. 1000 Seelen der mittleren jährlichen Bevölkerung stellten in dem Zeitraum von 1885—1891 durchschnittlich 9,7 Rekruten, während in den industriellen Bezirken dieser Durchschnitt 10,29 betrug. Ebenso behauptet die Industriebevölkerung den Vorrang in der geringeren Kopfzahl, in der geringeren Zahl der geistig Beschränkten, der Ohrenleidenden, der Verkrümmungen der Wirbelsäule und des Brustkorbes, sowie in besseren Fußverhältnissen. Dagegen hat die Urproduktion den Vorzug, höhere Tauglichkeitsverhältnisse und weniger Zurückstellungen aufzuweisen. Ihre Rekruten zeichnen sich aus durch bessere körperliche Entwickelung und günstigere Herz- und Lungenverhältnisse. Sie weisen eine geringere Zahl von Seh- und Augenleiden sowie von Unterleibsbrüchen auf.

Frankreich.

— Die Dreyfus-Affäre im Senat. Scheurer-Kestner erklärte am Dienstag im Senat zur Begründung seiner Interpellation, er habe dem Kriegsminister seine Aktenstücke nicht überlassen, sondern nur angezeigt. Wenn Dreyfus nicht auf das Bordereau hin verurtheilt worden wäre, so hätte man ihn auf die der Vertheidigung nicht mitgetheilten Schriftstücke hin verurtheilt. Er habe die Regierung gebeten, eine Revision des Dreyfus-Prozesses zu veranlassen; die Regierung habe ihn aber abgewiesen. Die Bordereaufrage unterdrücke alle anderen Fragen, und er hoffe, daß der Kriegsminister das Bordereau für die neue Untersuchung hergeben werde, dann werde sich zeigen, wer recht habe. Redner spricht sich dann tadelnd darüber aus, daß die Regierung die Versicherung abgegeben habe, daß Dreyfus schuldig sei. (Widerspruch.) Wenn die Untersuchung zeige, daß das Bordereau nicht von Dreyfus herrühre, so sei man zur Revision gezwungen.

Nach Scheurer-Kestner ergreift der Kriegsminister Billot das Wort und erklärt, Scheurer-Kestner sei voreilig gewesen. Er habe gethan, was er hätte thun müssen, und kein Schriftstück, weder das Bordereau noch andere, sei der Untersuchung vorenthalten worden. (Beifall.) Er sei nur in seinem Rechte gewesen, als er versicherte, daß Dreyfus schuldig sei, und er wiederhole diese Versicherung. (Beifall.) Die Armee würde in ihrem Gewissen nicht ruhig sein, wenn sie glauben könnte, daß ein Unschuldiger verurtheilt worden sei.

Ministerpräsident Meline gab ähnliche Erklärungen ab wie der Kriegsminister und schloß mit den Worten: Die Ehre der Armee und die Interessen der Vertheidigung des Landes müssen außer jeder Diskussion bleiben; es handelt sich um Thatsachen, die unsere wichtigsten Interessen berühren und die geheim bleiben müssen. Die geringste Indiskretion in solcher Hinsicht könnte die schwersten Folgen nach sich ziehen." (Wiederholter Beifall.)

Le Provost de Launay warf Scheurer-Kestner vor, daß er ein unpatriotisches, antifranzösisches Werk unternommen habe. Trarieux fürt aus, die Justiz sei nicht unfehlbar, und billigt das Vorgehen Scheurer-Kestner's. Scheurer-Kestner erklärte, er lege Werth darauf, Billot für seine Erklärungen zu danken. Er wisse wohl, daß der Minister der Untersuchung kein Schriftstück entziehen wolle, und es sei fast unnöthig, das noch zu sagen; indessen danke er dem Kriegsminister und nehme er von dessen Erklärung Akt, daß er alle Schriftstücke, einschließlich des Bordereau's, für die Untersuchung zur Verfügung stellen werde. Die Diskussion wurde hierauf geschlossen. Von den eingebrachten Tagesordnungen wird diejenige, welche die Erklärungen der Regierung billigt, bei 231 Stimmabgaben einstimmig angenommen.

Unter dem Datum des Mittwoch wird aus Paris gemeldet: Die meisten Blätter erklären, aus den gestrigen Darlegungen Scheurer-Kestner's gehe hervor, daß die Aktion zu gunsten Dreyfus einer stichhaltigen Grundlage entbehre. Der „Figaro„ und die „Aurore", welche für eine Revision des Prozesses eintreten, sind jedoch von den Ergebnissen der Senatssitzung befriedigt, weil es nun sehr sicher sei, daß das Bordereau nochmals sachverständig geprüft und allen Zweideutigkeiten ein Ende gemacht werden würde. Scheurer-Kestner erklärte Freunden gegenüber, er habe erreicht, was er angestrebt, und er habe deshalb auch für das Vertrauensvotum gestimmt. —

Niederlande.

— Haust Du meine Arbeiter, hau' ich Deine Arbeiter! Der „Frankf. Ztg." wird aus Amsterdam gemeldet: Der Minister des Innern forderte die Provinzialbehörden auf, analog dem Verfahren der preußischen Regierung, Unterstützungsbedürftige preußischer Nationalität künftighin rücksichtsloser als bisher über die Grenze zu befördern.

Man ersieht hieraus, wie nützlich die deutsche Arbeiterpolitik unseren im Auslande lebenden Proletariern ist. —

England.

London, 8. Dezember. („Voss. Ztg.") In Derby wurde gestern vom Generalausschusse des nationalen Verbandes der liberalen Vereine Großbritanniens das Programm der liberalen Partei festgestellt. Es umfaßt folgende Hauptpunkte: Reform des Oberhauses durch Abschaffung seines Vetos, durchgreifende Wahlreform, jeder volljährige Mann soll eine Stimme haben und das parlamentarische Wahlrecht auf Frauen ausgedehnt werden. —

Dänemark.

— Im Folkething wurde nun der vom Landesthing erledigte Gesetzentwurf, betreffend die Unfallversicherung behandelt. Bekanntlich hatte der Folkething früher eine viel weitergehendere Fassung verlangt, und der Landesthing war jetzt in dieser Session auch durch einige kleine, freilich sehr unbedeutende Konzessionen ihm entgegengekommen.

Christensen empfahl in längerer Rede das Gesetz, das immerhin weitergehend sei, als die früheren vom Landesthing angenommenen Entwürfe.

Onsen bedauert, daß nicht alle ländlichen Arbeiter in die Versicherung einbezogen sind, die jetzige Scheidung sei eine ganz sinnlose. Er wünscht dringend, daß das Gesetz noch jetzt dahin geändert werde, daß alle Arbeiter gegen Unfall versichert werden. Kloth meint, daß das Gesetz nur für die Industrie-Arbeiter nützlich sei und die Gewerkschafts-Organisationen kräftigen werde, was es begreiflich mache, daß die Sozialdemokraten dafür stimmen wollen.

Jensen (namens der Sozialdemokratie) wundert sich, daß jetzt die Moderaten mit einem Mal die Landarbeiter in die Versicherung einbeziehen wollen, obgleich sie im Vorjahre gegen alle unsere Anträge in dieser Richtung gestimmt haben. Offenbar ist das nur Verschleppungs-Politik. Niemand hat soviel gegen diesen Entwurf einzuwenden, wie wir; aber wir wollen nehmen, was wir bekommen können. Wir wünschen, daß das Prinzip einmal eingeführt und anerkannt werde. Ist das Gesetz da, so werden die jetzt ausgeschlossenen Arbeiter es schon durchsetzen, daß sie hineinkommen. Im weiteren unterzog er einzelne Bestimmungen einer eingehenden Kritik, plädirte aber im ganzen für die Annahme des Antrages. Die Verhandlung wurde hierauf vertagt.

Norwegen.

— Bei den letzten Wahlen haben von 196 000 Stimmberechtigten 166 000, also 84,7 pCt. ihre Stimmen abgegeben, während 30 000 Wähler (also 15,3 pCt.) von der Wahl ferngeblieben sind. So hoch die Zahl dieser Wahlbetheiligung ist, steht sie doch hinter der bei den letzten Wahlen prozentualiter zurück, da damals von 184 000 Stimmberechtigten 165 000 wählten (89,7 pCt.) Die Rechte und die Moderaten erhielten diesmal im Ganzen 77 700 Stimmen, die Linke 87 700 Stimmen, ein nicht sehr großes Uebergewicht für die ungeheure Ueberzahl der Mandate. Freilich war bei den letzten Wahlen dieses Uebergewicht noch viel geringer. Damals erhielt die Rechte mit den Moderaten 81 500 Stimmen, die Linke blos 83 200. —

Spanien.

— Als falsch erweist sich die Nachricht von der Freisprechung des Anarchisten Francisco Collis, der — wie wir unlängst berichteten — als Urheber einer Dynamitexplosion in Barcelona unter Anklage stand. Collis wurde nicht freigesprochen, sondern zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt. Seine Erzählungen von den Mißhandlungen und Folterqualen, denen er im Gefängniß ausgesetzt gewesen sei, machten selbst auf das unbefangene Publikum keinen glaubhaften Eindruck. In kurzem wird in Barcelona der Prozeß gegen den Republikaner Ramón Sempau beginnen, der wegen seines Revolverangriffs auf zwei Mitglieder der politischen Polizei vom Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt worden war. Der oberste Gerichtshof hat jedoch das Urtheil aufgehoben und den Prozeß zur nochmaligen Verhandlung an den bürgerlichen Gerichtshof verwiesen. —

Griechenland.

Athen, 7. Dezember. Die Deputirtenkammer wird wahrscheinlich am Montag zur Bewilligung des endgiltigen Friedensvertrages einberufen werden.

Amerika.

New-York, 8. Dezember. („Frankf. Ztg.") Der Vertrag betreffs Hawai wird heute im Senat zur Debatte gestellt. Ob auf die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit gerechnet werden darf, ist noch zweifelhaft. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Maurer und Zimmerer von Steglitz-Friedenau beschlossen in einer Versammlung vom 5. d. M., vom 1. März 1898 ab einen Stundenlohn von 60 Pf. zu fordern; ferner soll gefordert werden, daß die Baubuden in guten Zustand versetzt werden. In bezug auf die Arbeitszeit, die in genannten Orten jetzt eine neunstündige ist, werden neue Forderungen nicht gestellt. Diese Forderungen sollen durch den Gesellenausschuß dem Innungsvorstande unterbreitet werden.

Deutsches Reich.

Die streikenden Textilarbeiter in Gautzsch bei Leipzig hatten durch ein Kommissionsmitglied Unterhandlungen mit der Direktion angeknüpft. Wie in der letzten Versammlung berichtet wurde, lehnte die Direktion eine Verhandlung ab. Die Mittheilungen bürgerlicher Blätter, daß bereits genügende Ersatzkräfte herangezogen seien, ist als unrichtig zu bezeichnen.

Der Streik der Schuhmacher in Groitzsch bei Leipzig hat sich nunmehr, da die vierzehntägige Kündigung abgelaufen ist, auf sämmtliche bei der Firma Götze u. Fischer beschäftigten Arbeiter ausgedehnt.

Der Streik der Buchbinder in Hannover bei der Firma Oldemeyer Nachfl. dauert unverändert fort. Die gestellten Forderungen will die Firma sämmtlich bewilligen, jedoch von den Streikenden nur so viele wieder einstellen, als zur Ausfüllung der leeren Plätze nöthig sind. Man hat es namentlich auf die gut eingearbeiteten Arbeiter abgesehen, die man gern wieder haben möchte. Hierauf wollen die Streikenden sich jedoch nicht einlassen.

Aus Oberschlesien. Der im Juli d. J. unternommene Streik auf der Wildsteinsegengrube bei Schoppinitz hat für eine Anzahl bedauernswerther junger Leute, die sich an einem Krawalle betheiligten, tieftraurige Folgen gehabt. Von 6 Angeklagten wurden 5 zu schweren Zuchthaus- und Gefängnißstrafen verurtheilt: Barski zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Girlotika zu 1½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Roskosch zu 1¼ Jahren Gefängniß, Ploch zu 1½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Czernia zu 2 Monaten Gefängniß. Wie uns mitgetheilt wird, herrscht in der Bevölkerung eine tiefe Erregung über die Schwere des Urtheils. Die Grubenbarone empfinden freilich eine Genugthuung, daß die armen von ihnen ausgepowerten Arbeiter, die von ihnen in willkürlicher Weise von jeder gewerkschaftlichen und politischen Aufklärung fern gehalten wurden, mit so schweren Schlägen einen unüberlegten Schritt büßen müssen. Heute mögen sie frohlocken, aber sie selbst säen die Saat, die auch in diesem Winkel krasser Unternehmerdiktatur, die Frucht der Erkenntniß im Arbeiterstand reifen läßt. Uebrigens sei bemerkt, daß die Anklage von Staatsanwalt Nentwig vertreten wurde, er im Preßprozeß in diesem Frühjahr vor Gericht allen Ernstes den „Wahren Jacob" für ein verbotenes sozialdemokratisches Blatt hielt.

Ausland.

Der Streik der Wiener Lusterarbeiter währt bereits neun Wochen. Sechshundert Arbeiter, darunter eine große Zahl Familienväter mit insgesammt zweihundertfünfundzwanzig Kindern, darben während des langwierigen Kampfes, beseelt vom Gedanken, auszuharren, bis der Erfolg errungen ist. Die nahende Weihnachtszeit läßt die Folgen des Kampfes schwerer fühlbar werden. Das Streikkomitee bemüht sich nach Kräften, die Härten, die der Ausstand mit sich bringt, zu mildern, und sucht auch die Kinder an den Feiertagen zu bescheeren. Auch die Wiener „Arbeiter-Zeitung" appellirt an die gesammte Arbeiterschaft, die Lusterarbeiter nicht zu vergessen. Das Streiklokal befindet sich Rinkes' Gasthaus, Wien XVI Grundsteingasse 15.

Vom Kampf der englischen Maschinenbauer. Das Zentral-Streikkomitee, in welchem alle Distriktskomitees der Metropole vertreten sind, hat in einer Sitzung am Montag beschlossen, die Bedingungen der Unternehmer abzulehnen. Der Exekutivausschuß der Maschinenbauer hat ebenfalls Stellung dazu genommen; die Beschlüsse sind jedoch nicht bekannt. In diesen Tagen soll eine Sitzung des Londoner Gewerkschaftsraths stattfinden, um weitere Schritte zu berathen. Wie „Daily Chronicle" mittheilt, ist beabsichtigt, eine Nationalkonvention sämmtlicher Gewerkschaften Englands herbeizuführen. Von jedem einzelnen Mitglied der Gewerkschaften soll ein Extrabeitrag von wöchentlich 3 Pence erhoben werden; auf diese Weise würde pro Woche die Summe von 375 000 M. zusammengebracht werden. Wird ein solcher Beschluß angenommen und durchgeführt, dann wären die Arbeiter allerdings in den Stand gesetzt, es abzuwarten, bis die Unternehmer sich zu günstigeren Bedingungen herbeilassen. Die schroff ablehnende Haltung der Unternehmer, das sichtbare Bestreben derselben, die Gewerkschaft vollkommen lahm zu legen, wird ohne Zweifel die Solidarität der übrigen Gewerkschafter mächtig fördern. Denn, gelingt es den Maschinenfabrikanten, die ihnen entgegenstehenden Trade-Unions zu unterdrücken, dann würden selbstverständlich die Unternehmer anderer Gewerbe bald folgen und versuchen, sich von der „Tyrannei der Gewerkschaften" zu befreien. Mehrere Gewerkschaften, die, wie die Steinmetzen, zwar schon aus ihrer Kasse einen Beitrag an die Maschinenbauer eingesandt haben, aber ihren Mitgliedern Extrasteuern noch nicht auferlegten, werden dieses nun thun.

Unter den 1100 Lstr., die am Montag im Bureau der Metallarbeiter einliefen, befanden sich allein 470 Lstr. aus Deutschland, wohl ein Beweis, daß internationale Solidarität bei den deutschen Arbeitern kein leeres Wort ist.

Der drohende Baumwollarbeiter-Ausstand von Lancashire ist, wie die „Times" melden, dadurch abgewandt worden, daß die Unternehmer auf die beabsichtigte fünfprozentige Lohnreduktion verzichtet haben. — Der allgemeine Ausstand der Eisenbahner wird, wie der Telegraph meldet, ebenfalls unterbleiben. Wie wir entgegen den Meldungen bürgerlicher Blätter schon einmal festgestellt haben, war ein solcher von den Arbeitern auch noch gar nicht beschlossen.

Unternehmer-Verbände.

Ueber die neueste Weigert'sche Gründung, die Streikversicherungs-Aktiengesellschaft „Industria", spricht sich eines der maßgebendsten Unternehmerblätter, die „Kölnische Zeitung", höchst ungünstig aus. Sie hält die „Einrichtung für zu breit angelegt, zu schwierig, zu kostspielig und vielleicht zu aufreizend hinsichtlich der Arbeiter".

Ein Piano-Trust. In den Vereinigten Staaten ist eine Bewegung im Gange, um, wenn nicht sämmtliche, so doch die meisten Piano-Fabrikanten des Landes zu einem „Trust" zu vereinigen, und dem Trust soll ein Kapital von 50 Millionen Dollars zur Verfügung stehen. Wie verlautet, hegt man die Absicht, sobald der Trust zu stande gekommen ist, nur noch vier Sorten Pianos herzustellen und viele Fabriken zu dem Zweck aufzukaufen, um sie zu schließen. Der Trust will Filialen in New-York, Cincinnati, Chikago, St. Louis, New-Orleans, Denver, San Franzisko und vielleicht auch noch in einigen anderen größeren Städten errichten und erwartet, bedeutende Ersparnisse zu machen, weil die Arbeit, die jetzt in hunderten von Fabriken in allen Theilen des Landes verrichtet wird, nur in wenigen Fabriken in den großen Städten gethan werden würde. Auch bei Anzeigen würden an 5 Millionen Dollars jährlich gespart werden. Die Vertreter der Firmen Steinway u. Sons und Hugo Schmer erklären, sie seien noch nicht aufgefordert worden, dem Trust beizutreten und würden dies auch nie thun. Das Piano sei ein Kunstprodukt und könnte nicht wie Nägel, Bier oder andere gewöhnliche Handelsartikel behandelt werden. —

Soziales.

Zur Anstellung von Frauen als Gehilfinnen der Fabrikinspektoren bemerken die „Mittheilungen des evangelisch-sozialen Kongresses": „In Baden, Weimar, Meiningen und Hamburg sollen nicht feste Stellen geschaffen, sondern im Verwaltungswege Frauen, die auf dem Gebiete der Kranken- und Wohlfahrtspflege gearbeitet haben, zum Beispiel im Rothen Kreuz, versuchsweise den Inspektoren beigegeben werden. Man muß befürchten, daß solche Kräfte weder den Arbeiterinnen gegenüber die nöthige Vertrauensstellung noch den Unternehmern gegenüber die erforderliche Autorität besitzen werden. Das gleiche läßt sich auch von dem jüngst in Württemberg aufgetauchten Vorschlage behaupten, Diakonissinnen und barmherzige Schwestern zu diesem Zwecke zu verwenden. Denn diese werden in den Arbeiterinnen meist nur Leute sehen, die Wohlthaten, aber nicht Personen, die ihr Recht wollen."

Dieses Urtheil wiegt um so schwerer, als es von dem Organ einer Richtung abgegeben wird, über deren kirchliche Gläubigkeit kein Zweifel bestehen kann und die schon aus diesem Grund den Diakonissinnen und barmherzigen Schwestern, die doch zu den religiösen Gesellschaften in engem Verhältnisse stehen, sonst gewiß alles Wohlwollen entgegenbringt.

Das Reichs-Versicherungsamt hat revidirten Unfallverhütungs-Vorschriften der Hannoverschen Baugewerks- und der Seiden-Berufsgenossenschaft, sowie neu ausgearbeiteten Unfallverhütungs-Vorschriften der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft seine Genehmigung ertheilt.

Lohnarbeit und Kapital. Aus Zwickau i. S. wird uns geschrieben: Die Kohlenwerke des hiesigen Reviers beginnen bereits ganz ansehnliche Abschlagsdividenden auszuzahlen. Der Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbau (Wilhelmusschächte) bringt auf seine 330 M.-Aktien bereits 100 M., der Zwickauer Steinkohlenbauverein Vereinsglück auf seine 138 M.-Aktien 90 M. zur Vertheilung. Im vorigen Geschäftsjahr zahlte das erstere Werk 280 M., das letztere 210 M. volle Dividende aus; es wird dieses Jahr nicht weniger geben. An der Börse werden die Aktien mit 4000 resp. 3000 M. notirt; sie befinden sich in wenigen Händen und werfen ihren Besitzern alle Jahre ein hübsches Vermögen ab. Währenddem rackern sich die Kohlengräber bei einem Verdienst von 1,50—4 M. pro Tag in 12stündigen Schichten ab und müssen Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen.

Deutsche Eisenindustrie. Nach der vom kaiserlichen statistischen Amt veröffentlichten Statistik über die Thätigkeit der Hüttenwerke wurde während der letzten zehn Jahre 1887/96 in Deutschland und Luxemburg für 2289 Millionen Mark Roheisen erzeugt. Die Erzeugung stieg von 166 Millionen Mark im Jahre 1887 auf 300 Millionen im Jahre 1896. Mit der Verarbeitung von Roheisen waren im vergangenen Jahre in Eisengießereien 74 536, in Schweißeisen-Werken 39 684 Personen beschäftigt; davon kommen auf Rheinland und Westfalen 37 919, auf Schlesien 18 286 Personen. Es wurde hergestellt für 230,2 Millionen Mark Gußeisen zweiter Schmelzung, für 150,1 Millionen Mark Schweißeisen und Schweißstahl und für 540,9 Millionen Mark Flußeisen und Flußstahl. Die Gesammterzeugung an Gußeisen, Schweißeisen und Flußeisen beziehentlich Schweißeisen und Flußstahl während der letzten zehn Jahre hatte einen Werth von 6919 Millionen Mark, sie ist von 515,1 Millionen im Jahre 1887 auf 921,2 Millionen Mark im Jahre 1896 gestiegen.

Das Arbeitsamt der Vereinigten Staaten hat interessante Erhebungen über die Arbeit der Männer, Frauen und Kinder in ihrem Verhältniß zu einander und über ihre Bezahlung in 1067 Etablissements von 30 verschiedenen Staaten angestellt. Diese beschäftigten in einer Woche 1895/96 148 367 Personen (gegenwärtig) und früher (in einer Woche vor mindestens 10 Jahren) 94 529 Personen. Davon waren

	Männer		Frauen	
	18 Jahre und älter	unter 18 Jahren	18 Jahre und älter	unter 18 Jahren
gegenwärtig	43 295	7540	45 162	12 751
früher . . .	26 479	4175	27 163	6 743
Mehr jetzt	16 716 (63,1)	3365 (80,5)	17 999 (66,3)	6 008 (89,1)

Von den Frauen waren

	unverheirathet	verheirathet	verwittwet
gegenwärtig . . .	70 921	6775	2011
früher	32 801	1375	498
Mehr	38 080 (115,8)	5400 (392)	1513 (303,8).

Eine zweite Tabelle giebt Aufschluß über das Verhältniß der Löhne der Frauen und Kinder zu denen der Männer bei gleicher Arbeitsleistung. Es sind 781 Fälle, und zwar ergiebt sich ein

	in Fällen	um Prozent
höherer Verdienst der Männer gegenüber den Frauen	595 (76,2 pCt.)	82,3
höherer Verdienst der Frauen gegenüber den Männern . . .	129 (16,5 „)	10,4
höherer Verdienst der Kinder gegenüber den Männern . . .	24 (10,5 „)	8,6
höherer Verdienst der Männer gegenüber den Kindern	182 (79,8 „)	56,6
gleicher Verdienst der Männer und Frauen	57 (7,3 „)	—
gleicher Verdienst der Männer und Kinder	22 (9,7 „)	—

Der Mehrverdienst der Frauen und Kinder gegenüber den Männern wurde in fast der Hälfte der Fälle in der Baumwollen-Industrie erzielt. Als Gründe der Bevorzugung der Frauen- und Kinderarbeit sind u. a. angegeben: Billiger, streiken nicht, sind leichter zu behandeln, verlangen nicht den ganzen Betrieb zu lernen, sondern begnügen sich mit ihrer Theilarbeit!

Warnung vor Auswanderung nach Brasilien. Einer authentischen Mittheilung zufolge hat die Regierung des Staates Sao Paolo in Brasilien im August 1897 mit den Firmen A. Fiorita u. Co. und José Antoneo de Santos einen Vertrag abgeschlossen, durch welchen sich dieselben verpflichten, innerhalb dreier Jahre 60,000 Einwanderer aus Europa nach dem Staate Sao Paolo einzuführen. Die Firma Fiorita soll in diesem Vertrage die Verpflichtung eingegangen sein, unter anderm 10000 Oesterreicher, und zwar aus Tirol, Steiermark, Görz, Kärnten, Istrien und Galizien anzuwerben. Die Einwanderer müssen ausschließlich Landleute sein und werden auf Kaffeeplantagen zu Arbeiten angenommen werden, die bisher meist von Negern verrichtet wurden und von den meisten Einwanderern jederzeit energisch abgelehnt worden sind. Da die brasilianischen Seelenverkäufer ihre Werbungen unter der Hand wohl auch im deutschen Reiche vornehmen lassen werden, sei wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß von der Auswanderung von Europäern nach Süd-Brasilien schon deshalb aufs allerdringendste abzurathen ist, weil dort die Krankheiten Tuberkulose, Typhus, gelbes Fieber und Malaria in einem Maße auftreten, daß die Gesundheitsverhältnisse schlechter sind als in irgend einem Lande Europas.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Kiel, 8. Dezember. Im großen Belt fand bei einem Ankermanöver des Panzerschiffes „Württemberg" eine leichte Kollision mit dem Panzer „Brandenburg" statt. Beide Schiffe sind leicht beschädigt und konnten allein zurückkehren. Die „Württemberg" geht nach Kiel ins Dock, um den Schaden auszubessern und die „Brandenburg" nach Wilhelmshaven.

Frankfurt a. M., 8. Dezember. (W. H.) Der Bankier Wilh. Hohenemser, der Mitinhaber des Bankhauses M. Hohenemser, ist heute Nachmittag gestorben. Hohenemser war ein bekannter Achtundvierziger, der zum Tode verurtheilt, aber begnadigt worden war. Später trat er zur nationalliberalen Partei über.

Bern, 8. Dezember. Der Bundesrath Lachenal hat auf dringendes Ersuchen seiner Kollegen und seiner politischen Freunde sein Entlassungsgesuch zurückgezogen.

Krakau, 8. Dezember. (W. H.) Seitens der hiesigen Studenten wurden dem Grafen Badeni, der gestern hier eintraf, Ovationen dargebracht. Badeni wurde mit den Rufen: „Vivat Badeni! Pereat Gautsch!" empfangen. Die Sozialdemokraten inszenirten Gegendemonstrationen. Gestern Abend wurde zu Ehren Badeni's die Stadt illuminirt.

Paris, 8. Dezember. (W. H.) Dem „Matin" zufolge hat heute Mathieu Dreyfus dem Berichterstatter des Militärgerichts ein neues Dokument übergeben, welches bisher geheim gehalten wurde.

Rom, 8. Dezember. (W. T. B.) Die „Agenzia Stefani" meldet: Als sicher bleibt bestehen, daß Rudini mit der Kabinetsbildung beauftragt werden wird. In wohl unterrichteten Kreisen hieß es heute, Zanardelli habe sich bereit erklärt, in das neue Kabinet als Justizminister einzutreten.

Konstantinopel, 8. Dezember. (W. H.) Morgen werden die Botschafter die Entscheidung bezüglich des Gouverneurs von Kreta dem Sultan übermitteln.

Kanea, 8. Dezember. (Meldung der „Agence Havas".) Die Aufständischen schossen auf die Festung Kissamo; die türkische Garnison erwiderte das Feuer, welches eine Stunde dauerte. Die Aufständischen in Kandia versuchten, sich der Heerden zu bemächtigen, wurden aber zurückgeschlagen. — Etwa 1000 Aufständische von Sphakia belagerten das christliche Dorf Perivolaki, um einen Mord zu rächen. Es kam zu einem sehr heftigen Kampfe, dessen Ausgang noch nicht bekannt ist.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Unterm neuesten Kurs.

November.

1. **Halle.** Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung und wegen Beleidigung Maurer Gericke aus Schkeuditz 6 Wochen Gefängniß und 10 M. Geldstrafe.
2. **Leipzig.** In der Berufungsinstanz die Genossen Lorenz, Knake und Geyer je 50 M. Geldstrafe wegen Verübung groben Unfugs. — In gleicher Instanz in Glauchau wegen des gleichen Vergehens Genosse Schmalfuß 20 M. Geldstrafe.
„ **Magdeburg.** Ebenfalls wegen groben Unfugs Schneider Heck 20 M. Geldstrafe.
„ **Berlin.** Ein Bauarbeiter wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung drei Tage, und Maurer Bläsing wegen des gleichen Vergehens und Beleidigung zwei Monate Gefängniß.
3. **Lüneburg.** 3 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes wegen Veranstaltung eines öffentlichen Tanzvergnügens je 6 M. Geldstrafe.
„ **Berlin.** Abg. Fischer wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 40 M. Geldstrafe.
4. **Bremen.** Wegen Bedrohung 2c. von Streikbrechern 2 Holzarbeiter je 14 Tage, einer 4, ein anderer 6 Wochen, 2 weitere 3 und 4 Monate Gefängniß.
„ **Leipzig.** Einen Monat Gefängniß der Maurer Landgraf wegen Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen.
„ **Eberswalde.** Genosse Körsten-Hegermühle wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 30 M. Geldstrafe.
„ **Dresden.** Ein Tischler wegen Bedrohung eines Streikbrechers 1 Monat Gefängniß.
5. **Magdeburg.** Wegen Majestätsbeleidigung Genosse Bahle 3 Monate Gefängniß. Antrag: 9 Monate.
6. **Magdeburg.** Genosse Bahle wegen Beleidigung eines Fabrikdirektors 100 M. Geldstrafe.
„ **Neu-Ruppin.** In der Berufungsinstanz Genosse Lademann-Wittenberge 50 M. Geldstrafe wegen Verübung groben Unfugs.
„ **Krimmitschau.** Wegen Beleidigung des Feuerwehr-Kommandanten Redakteur Goldstein-Zwickau 6 Wochen Gefängniß.
9. **Leipzig.** Drei Maurer 6, 2 und 1 Monat Gefängniß wegen Mißhandlungen 2c. von Streikbrechern.
„ Redakteur Künne-Halberstadt in der Revisionsinstanz 600 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Polizeibeamten.
„ **Altenburg.** Genosse Vogenitz wegen Beleidigung eines Redakteurs 14 Tage Gefängniß.
13. **Leipzig.** Ein Maurer wegen Beleidigung 30 M., ein anderer wegen Vergehens gegen eine Polizeiverordnung 15 M. Geldstrafe.
„ **Berlin.** 300 M. Geldstrafe Genosse Stadthagen wegen Beleidigung Magdeburger Richter.
„ **Frankfurt a. M.** Wegen Beleidigung von Beamten Genosse W. Schmidt 300 M. Geldstrafe.
„ **Spandau.** Eine Woche Haft ein Maurer wegen Verübung groben Unfugs.
„ **Mülhausen.** Genosse Bueb wegen Beleidigung eines Pfarrers 2 Monate Gefängniß.
15. **Lübeck.** Je 3 Tage Haft sechs Tischler wegen Verübung groben Unfugs.
„ **Schweidnitz.** Wegen Beleidigung des Königs der Belgier Redakteur Feldmann, Langenbielau, 4 Wochen Gefängniß.
„ **Bochum.** Genosse Möller wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 8 Tage Haft und 15 M. Geldstrafe.
16. **Leipzig.** Ein Maurer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 2 Monate Gefängniß.
19. **Breslau.** Vier Wochen Haft Redakteur Neukirch wegen Verübung groben Unfugs.
„ **Apolda.** Wegen Verstoßes gegen die Begräbnißordnung Genosse Baudert 3 M. Geldstrafe.
20. **Halle.** In der Berufungsinstanz Redakteur Thiele 3 Monate Gefängniß wegen Beleidigung eines Mühlendirektors.
„ **Berlin.** 3 Monat Gefängniß Genosse Kaczmarek wegen Beleidigung von Gefängnißbeamten.
„ **Rostock.** Wegen Bedrohung von Streikbrechern ein Tischler 2 Monat, ein anderer 6 Wochen Gefängniß.
„ **Chemnitz.** Genosse Schöpflin-Burgstädt wegen Beleidigung 1 Monat Gefängniß.
25. **Elberfeld.** Genosse Gewehr drei Monate und Genosse Künstler-Lennep 6 Wochen Gefängniß wegen Beleidigung eines Sergeanten.
„ **Gettorf.** Wegen Beleidigung des Grafen Reventlow Genosse Korn-Kiel 100 M. Geldstrafe.
„ **Magdeburg.** Der Vertrauensmann der Steinarbeiter 20 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
„ **Fürth.** 50 Mark Geldstrafe Genosse Oehme-Nürnberg wegen Beleidigung eines Magistratsmitgliedes.
„ **Frankfurt a. M.** Genosse Schmidt 500 M. Geldstrafe wegen Offiziersbeleidigung.
29. **Lüneburg.** Zwei Genossen je 15 M. wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, und einer 12 Mark Geldstrafe wegen Vertheilung von Flugblättern an öffentlichen Orten.
30. **Chemnitz.** Genosse Irmscher wegen unerlaubten Sammelns 150 M. Geldstrafe.
„ **Berlin.** Maurer Zagert wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 1 Woche Gefängniß.

Berlin, den 6. Dezember 1897.

Der Parteivorstand.

Parlamentarisches.

Dem Bundesrath ist nunmehr auch der Entwurf einer Konkursordnung zugegangen. —

Die Reichstagskommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochenen Personen hat zu Vorsitzenden gewählt Dr. Rintelen (Z.), Frhrn. v. Gültlingen (Rp.), zu Schriftführern Schmidt-Warburg (Z.), Haase (Soz.), Dr. v. Dziembowski-Pomian; sonst sitzen in derselben Roeren, Schwarze, Stadthagen, Graf Bernstorff (Lauenburg), Munckel, Beckh, Boltz, Dr. Pieschel, Himburg. —

In die Reichstagskommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit sind gewählt worden als Vorsitzende Dr. v. Buchka (k.) und Dr. v. Cuny (natl.), Schriftführer Dr. Stephan (Z.), Stadthagen (Soz.), Hofmann-Dillenburg (natl.); sonst sitzen in derselben Dr. Spahn, Dr. Rintelen, Marbe, Rembold, Wellstein, Haase, Dr. v. Dziembowski-Pomian, Engels, Kauffmann, Lenzmann, Dr. Bielhaben, Träger, Günther, v. Salisch, Graf Carmer, v. Dewitz. —

Die Initiativanträge der freisinnigen Vereinigung lauten:

I. Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß . . . Maßregeln getroffen werden, um a) einer Häufung von Unfällen, wie sie in letzter Zeit auf deutschen Eisenbahnen vorgekommen ist, wirksam zu begegnen, b) die Leistungsfähigkeit der Bahnen, dem steigenden Verkehr entsprechend, zu erhöhen.

II. Der Reichstag wolle beschließen: a) die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem die Anstellung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die Ordnung ihrer Zuständigkeitsverhältnisse — in Abänderung des § 139b der Gewerbe-Ordnung — von Reichs wegen erfolgt; b) die Erwartung auszusprechen, daß alsdann 1. die Zahl dieser Beamten vermehrt, 2. ein entsprechender Theil derselben aus Arbeiterkreisen entnommen, 3. insbesondere zur Aufsicht über die Durchführung der Vorschriften betreffs Frauenarbeit auch weibliche Inspektionsbeamte angestellt werden.

III. Einziger Artikel. Hinter Artikel 3 der Reichsverfassung wird folgender Zusatz aufgenommen: In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.

IV. Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869. § 6 des Gesetzes soll danach folgende Form erhalten: „Jeder Abgeordnete wird in einem besonderen Wahlkreise gewählt. Jeder Wahlkreis wird zum Zwecke der Stimmabgabe in Wahlbezirke getheilt, welche möglichst mit den Ortsgemeinden zusammenfallen sollen. Kein Wahlbezirk darf mehr als 3500 Einwohner, keiner weniger als 125 Einwohner, gerechnet nach der letzten allgemeinen Volkszählung, enthalten. Ortschaften, in welchen die erforderliche Zahl von Einwohnern oder eine genügende Anzahl zur Bildung des Wahlvorstandes geeigneter Personen sich nicht vorfindet, müssen mit einer der nächstgelegenen Ortschaften zu einem Wahlbezirke vereinigt werden. Große Ortschaften können in mehrere Wahlbezirke getheilt werden. Mit Ausschluß der Exklaven müssen die Wahlkreise sowie die Wahlbezirke örtlich abgegrenzt und zu einem räumlich zusammenhängenden Ganzen abgerundet sein. Ein Reichsgesetz wird die Abgrenzung der Wahlkreise bestimmen; bis dahin sind die gegenwärtigen Wahlkreise beizubehalten. Die Abgrenzung der Wahlbezirke geschieht durch die zuständigen Behörden." § 10 soll bestimmen, daß Gewicht und Größe der Wahlzettel gleichmäßig für alle Wahlkreise vom Bundesrath festzusetzen sind. Die neuen §§ 11a, 11b, 11c, 11d, 11e und 11f sollen etwaigen Unregelmäßigkeiten beim Wahlakt vorbeugen. So wird bestimmt, daß die Umschläge aus undurchsichtigem Papier gefertigt und von gleicher Größe, Form und Farbe sein sollen. Die näheren Bestimmungen über die Beschaffenheit der Umschläge sind gleichmäßig für alle Wahlkreise vom Bundesrath festzustellen. An einem Nebentisch im Wahllokal sind derartige Vorrichtungen anzubringen, daß der Wähler, ohne daß er von irgend einer anderen Person gesehen werden kann, seinen Stimmzettel in den Umschlag zu legen vermag. Die Wahlhandlung soll um 10 Uhr vormittags beginnen und um 7 Uhr nachmittags geschlossen werden. Zu keiner Zeit der Wahlhandlung dürfen weniger als drei Mitglieder des Wahlvorstandes anwesend sein. Während der Wahlhandlung dürfen in dem Wahllokal weder Berathungen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt, noch Stimmzettel aufgelegt und vertheilt werden. Ausgenommen hiervon sind die nothwendigen Berathungen und Beschlüsse des Wahlvorstandes. Ungiltig sind alle Stimmzettel, die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind, die mit einem Kennzeichen versehen sind, die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten, aus denen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist, die auf eine nicht wählbare Person lauten, und die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber dem Gewählten enthalten. Mehrere in einem Umschlage enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlage enthaltene verschieden lautende Stimmzettel sind ungiltig. Ferner soll folgender neue § 19 hinzugefügt werden: „Beweiserhebungen, welche der Reichstag behufs Prüfung der Wahlen beschlossen hat, sind von den zuständigen Behörden als Eilsachen zu erledigen."

V. Zum sogen. Margarinegesetz, das erst in diesem Jahre vom Reichstage beschlossen worden und demnächst in Kraft getreten ist, ist bereits eine Abänderung beantragt. § 4 soll dahin formulirt werden: „In Räumen, woselbst Butter oder Butterschmalz gewerbsmäßig hergestellt, aufbewahrt oder verpackt wird, ist die Herstellung, Aufbewahrung oder Verpackung von Margarine oder Kunstspeisefett verboten. Ebenso ist in Räumen, woselbst Käse gewerbsmäßig hergestellt, aufbewahrt oder verpackt wird, die Herstellung, Aufbewahrung oder Verpackung von Margarinekäse untersagt. Unter diese Bestimmung fällt nicht das Aufbewahren der für den Kleinhandel erforderlichen Bedarfsmengen in öffentlichen Verkaufsstätten, sowie das Verpacken der daselbst im Kleinhandel zum Verkauf gelangenden Waaren. Jedoch müssen Margarine, Margarinekäse und Kunstspeisefett innerhalb der Verkaufsräume in besonderen Vorrathsgefäßen und an besonderen Lagerstellen, welche von den zur Aufbewahrung von Butterschmalz und Käse dienenden Lagerstellen getrennt sind, aufbewahrt werden."

Partei-Nachrichten.

Die Beerdigung unseres belgischen Parteigenossen van Beveren ging am Sonntag Nachmittag in Gent unter Betheiligung von Tausenden vor sich. Nicht allein die Arbeiterbevölkerung von Gent erwies dem Verstorbenen die letzte Ehre, aus dem ganzen Lande waren Abgeordnete von politischen und gewerkschaftlichen Vereinen erschienen. Die Brüsseler Genossen waren mit einem Sonderzug angelangt. Der Parteivorstand und die sozialistischen Kammer-Deputirten waren fast vollzählig erschienen; von der Pariser „Petite Republique" war Mennier delegirt. Aus allen Theilen des Landes waren Kranzspenden eingelaufen. Der Zug wurde eröffnet durch die Stadtverordneten, deren Kollege Van Beveren gewesen, mit dem Bürgermeister an der Spitze; nur einige klerikale Stadträthe hatten auch dem Todten gegenüber ihre politische Gegnerschaft nicht aufgegeben und waren ferngeblieben. Der Bürgermeister Braun hielt am Grabe eine tiefergreifende Rede, worin er hervorhob, daß van Beveren zwar sein politischer Gegner gewesen, daß er es aber verstanden habe, allen, die ihn gekannt, ob Freund, ob Feind, die größte Achtung abzuringen. Treu seiner Ueberzeugung, habe van Beveren doch stets Toleranz gegen Andersdenkende geübt; unermüdlich habe er die Interessen der arbeitenden Bevölkerung verfochten, mit Eifer für das Wohl der Stadt gestrebt. In ihm habe die Stadt Gent einen ihrer tüchtigsten Bürger verloren. — Nach dem Bürgermeister sprachen unsere Parteigenossen Serwy und Anseele, die beide in tief empfundenen Worten das Andenken des Verstorbenen ehrten.

Ueber van Beveren's arbeitsreichen Lebensgang sei nach dem Brüsseler „Peuple" noch folgendes nachgetragen: Geboren im Jahre 1852, ist er nicht, wie wir irrthümlich angaben, 50, sondern kaum 45 Jahre alt geworden. Als Kind unbemittelter Eltern konnte er nur die Genter Kommunalschule besuchen, bereits mit dem 13. Lebensjahre mußte er anfangen, sich sein Brot selbst zu verdienen; er erlernte das Malergewerbe. Im Jahre 1870 schloß sich van Beveren der „Internationalen" an und studirte eifrig die sozialistischen Schriften. Nach der Niederwerfung der Pariser Kommune und nach der Auflösung der „Internationalen" ging er zunächst nach Holland. Als er 1874 nach Gent zurückkehrte, brachte er aus Deutschland die Ueberzeugung mit, daß das Proletariat sich organisiren müsse, gewerkschaftlich sowohl wie politisch, während er früher mehr der Bakunin'schen Theorie angehangen hatte. Die Massen organisiren und disziplíniren, das war nun seine Lebensaufgabe. Er ist der Schöpfer von mehreren Gewerkschaften, politischen Klubs, von Konsumgenossenschaften. Wie hervorragend van Beveren an dem Aufblühen des Genter „Vooruit" betheiligt war, ist im „Vorwärts" bereits erwähnt worden. Seine Kenntnisse zu bereichern, war er unausgesetzt bemüht. Dabei kam ihm sehr zu statten, daß er, dessen Muttersprache das Vlämische war, mittlerweile französisch und deutsch fließend lesen und reden gelernt hatte. van Beveren war auch ein ausgezeichneter Volksredner; seine letzte Rede hielt er im Festsaal des „Vooruit"; einige Tage später mußte er sich legen, um nicht mehr aufzustehen. Sein Gedächtniß wird vom Proletariat aller Kulturländer dauernd in Ehren gehalten werden!

Aus Dänemark. Im Mörkekreise in Aarhus wurden zwei Sozialdemokraten und zwei „unpolitische" Justleute, in Fensmark ebenfalls zwei Sozialdemokraten in den Gemeinderath gewählt.

Aus Amerika. Michael Schwab, der s. Z., zusammen mit Spies und Genossen, in Chikago unschuldig zum Tode verurtheilt, hernach zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt" und endlich durch den Gouverneur Altgeld nach siebenjähriger Gefangenschaft in Freiheit gesetzt wurde, liegt nun, an der Lungenschwindsucht leidend, im Alexianer-Hospital nahezu hoffnungslos darnieder. Seine Gesundheitsverhältnisse waren schon vor seiner Gefangenschaft nicht die besten; sicher aber ist es, daß diese ihn vollends dem Siechthum zuführte.

Kommunales.

Die Subkommission der städtischen Verkehrsdeputation hat unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirschner die Bestimmungen eines Vertrages mit der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Aktiengesellschaft über Umwandlung ihres Pferdebahn-Betriebes in einen elektrischmotorischen, sowie die Normativbestimmungen für die neuen Bahnlinien beziehungsweise eines neuen Bahnnetzes festgestellt und wird dieselben der Beschlußfassung der Verkehrsdeputation unterbreiten.

Lokales.

Achtung, dritter Wahlkreis! Die Parteigenossen werden darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 12. Dezember, abends 6½ Uhr, im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstr. 21 (Ausgang vom Hausflur), eine öffentliche Versammlung stattfindet. Dr. Friedeberg wird einen Vortrag halten über: „Werth der Statistik für den Klassenkampf". Nach dem Vortrag: Tanzkränzchen. Entree pro Person 10 Pf. Zahlreichen Besuch erwartet

Die Vertrauensperson.

Der „Wohlthätigkeits"-Sport steht nun wieder in voller Blüthe. Nicht in gewohnter Pracht — nein, prächtiger noch und großartiger als sonst hat er sich diesmal entfaltet, und schier unübersehbar ist die Reihe der Bazare und festlichen Veranstaltungen „zu wohlthätigem Zweck", die sich in diesen Tagen und Wochen an den Geldbeutel und das Amüsementsbedürfniß der Besitzenden wenden. Zwar mehren sich die Anzeichen, daß man auch in denjenigen Kreisen, von denen und für die derartige „Wohlthätigkeits"-Vergnügungen veranstaltet werden, das beschämende dieses Treibens zu fühlen beginnt. Aber die Bazarfluth, die sich allweihnachtlich über die „wohlthätige" Bourgeoisie von Berlin ergießt, hat trotzdem — das ist das merkwürdige dabei! — nicht nachgelassen, sondern ist noch gestiegen. Selbst Vereine, die es früher verschmähten, durch dieses finanziell erfolgreiche, aber sittlich zweifelhafte Mittel ihre leer gewordenen Kassen zu füllen, die sogar öffentlich erklärten, daß sie nur an den Wohlthätigkeitssinn, nicht an die Vergnügungssucht der Besitzenden appelliren zu dürfen glaubten, betheiligen sich heute an dem allgemeinen Hexensabbath. Sie haben leider merken müssen, daß sich das Geld auf andere Weise immer schwerer zusammenbringen läßt. Bei den meisten „Wohlthätern" und „Wohlthäterinnen", die sich auf diesen Festen breit machen, kann man sich eben nicht mehr mit Erfolg an den Geldbeutel wenden, wenn man sich nicht auch zugleich an ihr Amüsementsbedürfniß wendet. Die bekannte Behauptung, daß dem vorhandenen Elend gegenüber „die Privatwohlthätigkeit immer noch wieder ausreiche", ist doppelt falsch. Die vielgepriesene „Privatwohlthätigkeit", die namentlich von unseren städtischen Behörden so gern als Schild gegen „kommunistische Gelüste" benutzt wird, vermag mit all' ihren Mitteln das Elend nicht einmal in seinen schlimmsten Aeußerungen völlig zu verdecken, geschweige in nennenswerther Weise zu lindern oder mit Erfolg zu bekämpfen. Aber selbst das Wenige und Winzige, was hierbei geleistet wird, ist zum geringeren, vielleicht zum geringsten Theile eine Leistung wahren Wohlthätigkeitssinnes und echter Nächstenliebe, zum größeren und größten ein Produkt der Selbstgefälligkeit, der Vergnügungssucht und ähnlicher, nichts weniger als edler Motive. Man hat den manchmal geradezu wahnsinnigen Luxus der besitzenden Klasse mit dem Hinweise darauf zu vertheidigen versucht, daß er der Arbeiterklasse Beschäftigung und Brot verschaffe. Am Ende hat das Proletariat der Bourgeoisie noch dafür zu danken, daß diese immer noch eitel und vergnügungssüchtig genug ist, um „Wohlthätigkeitsfeste" und „Wohlthätigkeitsbazare" zu veranstalten und zu besuchen.

Welches Elend „sich auch unter den gebildeten Frauen findet", davon könne man, sagt ein Aufruf zu gunsten des vor jetzt 2 Jahren hier begründeten „Heims für nothleidende gebildete Frauen", in dieser Anstalt beständig ergreifende Erfahrungen machen. In der That sind die in dem Aufruf angeführten Beispiele tief traurig, aber man kann sich bei der Betrachtung dieses Elends leider doch nicht dem Gedanken verschließen, daß die „gebildeten Frauen" selber recht viel dazu beitragen, das Elend ihrer des Ernährers beraubten Mitschwestern zu vergrößern. Die „gebildeten Frauen" haben gewöhnlich keinen bestimmten Beruf erlernt und haben meist auch niemals ernsthaft gearbeitet. Stirbt ihnen der Vater, Mann oder Bruder, der sie bis dahin ernährt hat, so gerathen sie, wenn kein Vermögen da ist, vielfach in Hilflosigkeit und Noth. Sie können oder wollen meist nichts anderes als ein bischen nähen, sticken u. s. w., aber das, was damit heute noch zu verdienen ist, langt nicht zu dem „standesgemäßen" Leben einer Beamtenfamilie, an das sie gewöhnt sind. Es langt nicht einmal immer zur Bestreitung der viel bescheideneren Bedürfnisse einer „gewöhnlichen" Arbeiterin, die von Jugend auf die Entlohnungen einer Arbeiterfamilie kennen gelernt hat. Und daß es oft nicht einmal hierzu langen will, das ist die Schuld gerade der „gebildeten Frauen", — auch mancher unter denen, die als Wittwen oder Waisen selber darunter leiden müssen. So lange die „gebildeten Frauen" noch „gebildete Mädchen" sind, arbeiten sie in der Regel nicht eigentlich „fürs Geld", sondern wollen sich „nur ein kleines Taschengeld" verdienen. Etwas anderes gestattet das „Standesbewußtsein" des Herrn Vaters selbst dann nicht, wenn er nur mittelmäßig bezahlt wird und dabei eine starke Familie hat. Manchmal bildet dieses „Taschengeld" einen heimlichen, aber sehr erwünschten und unentbehrlichen Zuschuß zur Bestreitung des nothwendigsten Lebensunterhaltes. Viel öfter aber darf es nach dem Willen und der Bestimmung des Vaters, der seine „Ehrenpflicht", für den Unterhalt seiner Familie zu sorgen, mit eigensinnigem Eifer wehrt, wirklich nur auf Putz und Vergnügungen verwendet werden. Da können sich dann die jungen Damen natürlich billiger anbieten und so als erfolgreiche Konkurrentinnen von Arbeiterinnen auftreten, die nicht für ihre Toilettebedürfnisse oder für ihr Amusement, sondern für ihren täglichen Lebensunterhalt arbeiten. Aber dieselben jungen Damen, die so lange die Preisdrückerinnen gespielt und mit dazu beigetragen haben, daß die Näh- und Stickarbeit immer weniger lohnt, sind hinterher, wenn sie später einmal selber von der Arbeit leben sollen, sehr erstaunt und bestürzt über die schlechte Bezahlung und brechen in bittere Klagen darüber aus, daß „auch sie" mit den erbärmlichsten Löhnen abgespeist werden, als seien sie „gewöhnliche

Arbeiterinnen". Schon manche „gewöhnliche" Arbeiterin ist durch die „fürs Taschengeld" arbeitenden jungen Damen um Arbeit und Brot gebracht worden, schon manche mag auf diese Weise der Prostitution in die Arme gedrängt worden sein. Aber den „gebildeten Mädchen und Frauen" bleibt dieser traurige Ausweg erspart, weil die Privatwohlthätigkeit wie die kommunale Wohlthätigkeitspflege für die Angehörigen der „gebildeten Stände" eine freigebigere Hand hat als für „ungebildete" Nothleidende.

Dem Konfirmanden-Unterricht ist auf den höheren Schulen die Zeit von 11—12 Uhr vormittags am Dienstag und Freitag vorbehalten. Gegen dieses Privilegium der Pastoren, das die zweckmäßige Einrichtung des Stundenplans erschwert und zur Verlegung einiger Schulstunden auf die Nachmittage zwingt, hat man sich in der letzten Sitzung der „Berliner Gymnasiallehrer-Gesellschaft" ausgesprochen. Man hat gefordert, daß die Konfirmationsstunden auf die Nachmittage verlegt würden. In den Gemeindeschulen liegt die Sache bekanntlich noch ungünstiger. Hier ist den Pastoren keine bestimmte Zeit für ihren Unterricht eingeräumt. Sie legen daher die Konfirmationsstunden, wie es ihnen paßt. Da aber nicht alle Konfirmanden derselben Klasse zu demselben Pastor gehen, so fehlen in der einen Schulstunde diese, in der anderen jene, in einer dritten wieder andere Kinder. Eine Verlegung des Konfirmanden-Unterrichts auf den Nachmittag wäre für die Gemeindeschulen noch mehr zu wünschen als für die höheren Schulen. Eine solche Verlegung könnte zugleich bewirken, daß viele von denen, die heute ihre Kinder nur noch deshalb mitkonfirmiren lassen, weil die Sache noch nicht ganz unmodern geworden ist, künftig in anbetracht der größeren Unbequemlichkeiten, die damit verknüpft wären, endgiltig darauf verzichteten. Möglich, daß die Pastoren das befürchten und deshalb ihr Privilegium, die Konfirmationsstunden in die Zeit des Schulunterrichts legen zu dürfen, so hartnäckig wahren.

Mit den Mißständen im Berliner Volksschulwesen beschäftigte sich am Dienstag eine vom „Fortschrittlichen Verein der Potsdamer Vorstadt" einberufene öffentliche Versammlung. Der Referent Herr Vollrath erörterte alle die zahlreichen Mängel unserer Gemeindeschulen (die unseren Lesern aus den wiederholten Besprechungen an dieser Stelle hinreichend bekannt sind) und machte in erster Linie den Leiter des Berliner Volksschulwesens, Stadtschulrath Bertram, dafür verantwortlich. Ein Protest gegen Herrn Bertram's Wiederwahl, — das schien der eigentliche oder doch der Hauptzweck der Versammlung zu sein. Dem entsprach es auch vollständig, daß schließlich als greifbares Resultat der Erörterungen eine Resolution herauskam, die im Interesse einer gründlichen Reform des Berliner Volksschulwesens eine Ersetzung Bertrams durch eine jüngere Kraft fordert. Wir haben schon früher ausgeführt, daß unser Volksschulwesen, so wenig es auch von seinem jetzigen Leiter zu erwarten hat, doch von einer bloßen Ablösung dieses Mannes durch eine jüngere Kraft noch nicht viel mehr hoffen dürfte. Für die Mängel unserer Volksschulen ist ja weniger Herr Bertram als der „Freisinn" verantwortlich zu machen, der ihn als Werkzeug benutzt hat. Erst wenn auch dessen Herrschaft gebrochen ist, wenn auch er in der Hauptsache aus dem Rathhause verdrängt und durch eine „jüngere Kraft" ersetzt ist, — dann erst darf man für Berlins Volksschule wirklich gründliche Reformen erwarten. Nun gab freilich auch Herr Vollrath zu, daß der „Liberalismus" mitschuldig sei, aber er meinte nicht den „Liberalismus" überhaupt, sondern nur den „Kommunal-Liberalismus". Das Wort „Kommunal-Liberalismus" ist, soviel wir wissen, in den Reihen der Lehrerschaft entstanden und sollte ursprünglich dazu dienen, die eigenartige Haltung zu kennzeichnen, die der „Liberalismus" als Ganzes in den Kommunalverwaltungen Berlins und anderer Großstädte seit langem der Volksschule gegenüber bewiesen hat. Später hat der sich radikaler geberdende Theil des Berliner „Freisinns" das geschickt erfundene Wort ebenso geschickt annektirt, um mit seiner Hilfe von sich selber die Schuld abzuwälzen, die thatsächlich doch den „Liberalismus" überhaupt trifft. Herrn Vollrath und seiner Gefolgschaft wurde denn auch von einigen der anwesenden Lehrer erwidert, daß auch die sogenannten entschiedeneren „Freisinnigen" der Stadtverordneten-Versammlung sich in Sachen der Volksschule lau genug gezeigt hätten. Auch sie seien weniger in die Fragen des Volksschulwesens eingedrungen und brächten ihnen geringeres Interesse entgegen als die Sozialdemokratie. Warum denn die „Neue Fraktion der Linken" sich die langjährigen Forderungen der Lehrerschaft nicht zu eigen gemacht habe, bevor die Sozialdemokraten sie vor die Stadtverordneten-Versammlung gebracht hätten. Auch auf die Mahnung, die Lehrer sollten sich jetzt nicht etwa vom politischen Leben zurückziehen, sondern nun erst recht in die freisinnigen Bezirksvereine eintreten und dort ihre Ansichten entschiedener als bisher aussprechen, gab es einige bittere Wahrheiten aus Lehrermund zu hören. Bei den Bezirksvereinen habe man damit keineswegs immer Entgegenkommen gefunden, und wo denn diese Vereine geblieben seien, als in den 70er Jahren Berliner Lehrer wegen ihres Auftretens in Vereinen von der „freisinnigen" Gemeindeverwaltung durch Gehaltssperren gemaßregelt worden seien. — Um den Werth des Entrüstungsrummels, den der „radikale" Flügel des „Freisinns" jetzt in den Bezirksvereinen zu entfachen bemüht ist, richtig beurtheilen zu können, muß man sich vor Augen halten, wie wenig sich alle diese Vereine noch bis vor kurzem mit der Volksschule beschäftigt haben. Sie sind aufgeschreckt worden, weil man sie auf die Gefahr hingewiesen hat, daß infolge der jüngsten Lehrergehaltsregelung der „Freisinn" seine besten Agitatoren, die Volksschullehrer, verlieren könnte. Sie, wie der gesammte „Freisinn" würden den Teufel was nach Volksschule und Volksschullehrerschaft fragen, wenn sie nicht die Lehrer tausendmal nöthiger hätten, als die Lehrer sie.

Das Berliner Schlafstellenwesen erhält eine grelle Beleuchtung durch eine Zusammenstellung des Charlottenburger statistischen Amtes. Ihr zufolge wohnen von je 1000 männlichen Berlinern 77,2 als Schlafgänger. Diese Zahl wird auch nicht annähernd von irgend einer anderen der preußischen Großstädte erreicht; die meisten Schlafgänger nach Berlin hat Königsberg i. Pr. mit 38 auf 1000. Selbst Charlottenburg hat deren nur 30. Wenig über 20 haben ferner noch Frankfurt a. M. und Breslau, 19 zählt Stettin. In den übrigen preußischen Großstädten wohnt nur ein ganz geringfügiger Theil der männlichen Einwohner als Schlafgänger, am meisten noch in Danzig, wo unter 100 männlichen Bewohnern etwa 1 Schlafgänger sich befindet. Ein ähnliches Verhältniß findet in Halle und Hannover (8 und 7 auf 1000) statt. Außer Düsseldorf, Altona, Elberfeld, wo 4—7 Schlafgänger auf 1000 Männer kommen, wohnen in den Großstädten der Monarchie nur 1 bis 2 von je 1000 männlichen Einwohnern in Schlafstelle, so in Köln, Dortmund, Krefeld, Bremen und Aachen. Auch bei der weiblichen Bevölkerung wird der Umfang des Berliner Schlafstellenwesens nur von Königsberg einigermaßen erreicht: es kommen in Berlin auf 1000 Frauen 25,6, in Königsberg 19,5. In allen anderen preußischen Großstädten ist die Zahl der Frauen, welche in denselben Räumen mit fremden Leuten zusammen wohnen, verschwindend klein. Breslau und Danzig übertreffen zwar hierin Charlottenburg, haben aber nur 6 und 4 weibliche Schlafgänger auf 1000 Frauen. Charlottenburg zählt deren 36, Magdeburg, Altona und Frankfurt a. M. etwas über 2; eine haben Hannover und Halle, weniger als eine Köln, Düsseldorf, Dortmund, Aachen, Krefeld. In Bremen kommt gar nur 1 Schlafmädchen auf 10 000 Frauen.

Die Stadt Berlin und die Lehrerinnen. Der „Neue Volksschullehrerinnen-Verein" nahm am Dienstag Stellung zur Gehaltsfrage. Die vom Magistrat vorgeschlagenen Gehaltssätze fanden nicht die Billigung der Versammlung, und besonders wurde die Miethsentschädigung von 300 M. als unzulänglich bezeichnet. Die in dreijährigen Perioden abwechselnd um 200 und 100 M. steigende Alterszulage wurde insofern bekämpft, als man die 100 M.-Steigerungen lediglich für die Endstufen der Skala gelten lassen wollte, im übrigen aber nur Abstufungen von 200 M. befürwortete. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß Berlin mit 1000 M. Grundgehalt und 300 M. Wohnungsgeldzuschuß weit hinter Groß-Lichterfelde zurückbliebe, das bei 1100 M. Grundgehalt 400 M. Miethsentschädigung zahlt. Beschlossen wurde, in einer Petition beim Magistrat dahin vorstellig zu werden, daß bei Beibehaltung des Grundgehaltes von 1000 M. die Miethsentschädigung auf 450 M. erhöht und die Alterszulagen nach 6 und 12 Jahren auf 200 statt 100 M. bemessen werden.

Von der Stätte des Elends. Die Eröffnung der Wärmehallen am Alexanderplatz am Mittwoch hatte eine große Zahl der Obdachlosen in aller Frühe in der Nähe des Polizeipräsidiums versammelt. Ihre durchnäßten Kleider zeigten, daß sie wohl meist die Nacht im Freien zugebracht hatten. Kaum waren die Thore geöffnet, so drängten die Armen sich nach den Plätzen in der Nähe der riesigen Oefen, um die Kleidung zu trocknen. Der Inspektor, unterstützt durch sein Hilfspersonal, sorgte dafür, daß alles in Ruhe zuging. Es wurde den Leuten eingeprägt, daß das Umherstehen an den Oefen, das im Vorjahre zu vielen Unzuträglichkeiten Veranlassung gegeben hat, ebenso verboten ist, wie Karten- und Würfelspiel und Schnapstrinken. Stöcke müssen am Eingange abgegeben werden. Einen eigenartigen Anblick gewähren die langen Reihen der neben einander Sitzenden, von deren Kleidung der Wasserdampf aufstieg und die sich im Flüstertone unterhielten. Wie im vorigen Jahre soll auch diesmal eine Werkstatt für Schneider und Schuhmacher eingerichtet werden, dort werden die zerrissenen Sachen wieder nothdürftig hergestellt. Falls Geschenke und Spenden in genügender Zahl eingehen, wird beabsichtigt, Kaffee z. B. gratis zu verabreichen. Die Wärmehalle ist geöffnet von morgens 7 bis 6 Uhr abends.

Im Zeichen des Verkehrs. Das „Berl. Tagebl." schreibt: Die Umwandlung des Pferdebahn-Betriebes in elektrischen Betrieb, die in größerem Umfange für den Beginn des Dezember in Aussicht genommen war, ist, wie sich jeder Bewohner Berlins überzeugen kann, nicht erfolgt. Es ist an mehreren Stellen versucht worden, allerlei Erklärungen für diese befremdliche Thatsache zu geben, die jedoch, wie wir auf grund authentischer Information erklären können, durchweg unzutreffend sind. Der Grund für die bisherige bedauerliche Verzögerung liegt lediglich an dem Ausbleiben der königlichen Bestätigung. Dieselbe ist nach § 39 des Kleinbahnen-Gesetzes erforderlich, welcher lautet: „Zur Anlage von Bahnen in den Straßen von Berlin und Potsdam bedarf es der königlichen Bestätigung." — Die Direktion der Pferdebahn-Gesellschaft erhofft seit geraumer Zeit von Tag zu Tag das Eintreffen dieser Genehmigung von seiten des Kaisers, an deren Ertheilung im Prinzip nicht zu zweifeln ist, nachdem die in betracht kommenden Behörden, wie Polizeipräsidium, Eisenbahndirektion u. s. w., sämmtlich gehört worden sind und ihr Einverständniß zu dem zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Pferdebahn-Gesellschaft vereinbarten Projekt bekundet haben.

Ueber das Radfahrwesen in Berlin dürften die nachstehenden Angaben von allgemeinem Interesse sein: Im Laufe des vorigen Jahres sind im ganzen 20 129 Karten für Radfahrer ausgestellt worden. Obwohl nun die im vorigen Jahre ausgestellten Karten auch für dieses Jahr giltig erklärt und nicht erneuert worden sind, so haben die bis Ende November d. J. neu ausgefertigten Karten doch bereits die stattliche Zahl von 27 422 erreicht. Da bekanntermaßen auch eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Personen das Fahrrad benutzt, ohne im Besitz einer Fahrkarte zu sein, so kann wohl angenommen werden, daß gegenwärtig in Berlin etwa 60 000 Personen radfahren. Vom 1. Januar bis Ende November d. J. haben zwischen Radfahrern und Fußgängern 755 und zwischen Radfahrern und anderen Fuhrwerken 286, im ganzen also 1041 Zusammenstöße stattgefunden, von denen 483 ohne jeglichen Unfall verliefen. In den übrigen Fällen wurden 500 Personen leicht und 58 Personen mehr oder weniger schwer verletzt. In 94 von diesen Fällen waren die Radfahrer selbst die Geschädigten, und zwar erlitten 79 Radfahrer leichte und 15 schwere Verletzungen. Infolge der erlittenen Verletzungen sind drei Personen verstorben, darunter zwei Radfahrer, die mit anderen Fuhrwerken zusammengefahren waren, und eine Frau, die durch einen Radfahrer umgestoßen und dann durch einen Lastwagen über den Kopf gefahren wurde. Im vorigen Jahre sind in dem gleichen Zeitraum durch Radfahrer 551 Zusammenstöße herbeigeführt und dabei 212 Personen leicht und 64 mehr oder weniger schwer verletzt worden. Wenn sich auch entsprechend der fast dreifachen Anzahl der Radfahrer die Zusammenstöße und leichteren Unfälle vermehrt haben, so ist doch die Zahl der schwereren Unfälle erfreulicherweise zurückgegangen.

Der Antheil der Arbeiter an der Gesammtbevölkerung Berlins beträgt nach dem Buche von Dr. Hirschberg: „Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin", 524 auf je 1000 Einwohner. Bei der letzten Berufszählung wurden überhaupt 320 528 männliche und 185 838 weibliche Gehilfen, Gesellen, Arbeiter, Lehrlinge, Dienstboten, Portiers, Wächter u. s. w. mit 419 176 Angehörigen gezählt. Unter den deutschen Städten mit über 100 000 Einwohnern nimmt Berlin der Zahl seiner Arbeiter nach die siebente Stelle ein. Mehr Arbeiterbevölkerung haben Dortmund mit 637, Barmen 596, Chemnitz 570, Aachen 537, Düsseldorf 552, Elberfeld 538. Alle übrigen Großstädte haben weniger, am wenigsten Stuttgart, nämlich 408 auf 1000 Einwohner. Charlottenburg steht an 17. Stelle mit 489 Arbeitern. Es wird außer den genannten Städten noch von Altona, Leipzig, Köln, Danzig, Magdeburg, Königsberg, Nürnberg, Krefeld und Braunschweig in der Zahl seiner Arbeiter übertroffen.

Der Untersekundaner Heinrich Freese, einziger Sohn des hiesigen gleichnamigen Fabrikbesitzers in der Cuxhavenerstr. 17, hat am Montag das elterliche Haus verlassen und wird seither vermißt. Er soll die Absicht geäußert haben, ins Ausland zu gehen. Er ist 17 Jahre alt, hellblond und trug schwarzen Anzug und schwarzen Paletot. Auf seine Auffindung haben die unglücklichen Eltern eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Die Weihnachtsbaumhändler haben in diesem Jahre mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auf den Bahnhöfen haben die Großhändler bereits einen flotten Einzelverkauf eingerichtet, der den Straßenhändlern bedeutenden Abbruch thut. Nun will auch die Polizei den hier zum Verkauf gestellten Bäumen eine genauere Aufsicht widmen. Sie macht deshalb schon jetzt darauf aufmerksam, daß nach den noch geltenden Bestimmungen die Weihnachtsbaumhändler verpflichtet sind, außer ihrem Berechtigungsnachweis zum Handeln auch Ursprungsnachweise über die Herkunft und den Erwerb der Bäume beizubringen, die sie feilbieten.

Eine neue Unfallstation soll in den nächsten Tagen in der Warschauerstr. 2 errichtet werden.

Ein Berliner Original wurde Dienstag Nachmittag mit dem verstorbenen 76 Jahre alten Rentner Ferdinand Schultze aus der Gartenstr. 16 auf dem Sophienkirchhof in der Bergstraße zu Grabe getragen. In der Nachbarschaft nannte man den alten Rentner und Hausbesitzer kurzweg „Millionen-Schultze", denn man schätzte ihn auf 15 Millionen Mark, und das ist auch bei den vielen Schultzens immerhin ein Unterscheidungsmerkmal. Freilich sah man dem Alten diese Millionen nicht an, wenn er, die Füße in Holzpantinen und den Hals mit einem dicken Shawl umwickelt, Besen und Schippe handhabte, um eigenhändig vor seiner Behausung Bürgersteig und Straße zu fegen. Er hat den Reichthum durch sein Fuhrgeschäft und durch Häuserspekulation erlangt.

Für die Unsitte, schlecht brennendes Feuer durch Aufgießen von Petroleum schnell und ohne Mühe anfachen zu wollen, hat die 35 Jahre alte Arbeiterfrau Wilhelmine Winkelmann vom Tempelhofer Weg 5 zu Schöneberg schwer büßen müssen. Die Blechkanne, aus der sie die feuergefährliche Flüssigkeit ausgoß, explodirte, und eine Flamme, die bis zur Decke emporschlug, verbrannte die Frau am ganzen Kopf, im Gesicht, am Halse und an den Ohren. Schwer verletzt mußte sie in ein Krankenhaus gebracht werden, wo sie bedenklich darniederliegt.

Feuerbericht. Dienstag Abend 9 Uhr erfolgte Alarm nach Alexanderstr. 67, wo in einem Umbau eine Partie Holzabfälle brannte. Mittwoch früh 6½ Uhr ging Grüner Weg 71 ein Posten Stroh in einem Kellerschachte in Flammen auf. Eine Stunde später war Prinzenstr. 40 ein Gardinenbrand zu beseitigen. Gegen 10 Uhr entstand Reichenbergerstr. 113a in einer Tischlerei ein Schadenfeuer, das außer verschiedenen Hölzern auch den Fußboden und die Balkenlage zerstörte und erst nach längerer Löschthätigkeit gedämpft werden konnte. Nachmittags 4 Uhr wurde die Wehr nach Potsdamerstr. 73a gerufen, wo in einer Kellerwohnung Betten und Möbel in Brand gerathen waren. Das Haus erlitt hierbei erhebliche Beschädigungen. Gegen 5 Uhr erfolgte gleichzeitig Alarm nach Perlebergerstr. 18 und nach Engel-Ufer 2a. Im ersten Falle handelte es sich um einen Zimmerbrand, im letzten Falle um brennende Lumpen. Die Gefahr wurde schnell beseitigt.

Theater. Paul Pauli, der bekannte dramatische Lehrer und Regisseur, früher Mitglied des Deutschen Theaters, giebt am Sonntag, den 12. d. Mts., nachmittags ½3 Uhr, im Konzerthaus, Leipzigerstr. 48, mit Eleven seiner „Deutschen Theater-Akademie" eine öffentliche Extra-Gastvorstellung zu kleinen Preisen. Zur Aufführung gelangt das bei der letzten Pauli'schen Schülervorstellung im Belle-Alliance-Theater mit sehr großem Beifall gegebene Dr. Hugo Müller'sche Charakterbild „Onkel Moses." — Den Moses Mendelsohn spielt wieder Paul Pauli. Hierauf folgt der beliebte Schwank „Monsieur Herkules". Billets sind vorher zu haben im Bureau des Konzerthauses. — Das Schiller-Theater hat im Spieljahre 1895/96 den ersten Versuch gemacht, 4 Anweisungen auf Eintrittskarten zu 4 verschiedenen Vorstellungen in einem Umschlage zu vereinigen, dem so zusammengestellten Heft eine äußerlich schöne Form zu geben und es als eine Weihnachtsgabe zu empfehlen. Der Erfolg war ein so günstiger, daß das Schiller-Theater auch dieses Jahr dieses Weihnachtsgeschenk wieder bringt und zur Bequemlichkeit für das Publikum viele Ausgabestellen für dieses Weihnachts-Abonnements in der Stadt eingerichtet hat.

Aus den Nachbarorten.

Treptow-Baumschulenweg. Die Parteigenossen werden auf die am Sonnabend den 11. Dezember, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Speer, Baumschulenstraße, stattfindende öffentliche Versammlung für Männer und Frauen aufmerksam gemacht. Tagesordnung: Der Kampf um den Nordpol. Referent: Genosse Dr. Jöst u. s. w. Der Vertrauensmann: Rich. Ulbricht, Marienthalerstr. 18.

Die Volksschullehrerinnen der Berliner Vororte hielten am 4. Dezember im „Königsgarten" eine Versammlung in Sachen des Besoldungsgesetzes ab. Nach Anhörung der Berichte der Delegirten gelangte folgende Resolution zur Annahme: 1. Die völlig unzureichenden Gehaltsskalen einzelner Vororte, welche den Lehrerinnen schwere Entbehrungen auferlegen, müssen einen fortgesetzten Stellenwechsel erzeugen und somit Schule und Gemeinde schädigen. 2. Die Versammelten erwarten von der Regierung eine Unterstützung ihrer maßvollen Forderungen. Als solche wurden bezeichnet: für Vororte mittlerer Größe a) ein Grundgehalt von 1100 M., b) Alterszulagen von 150 M., c) eine Miethsentschädigung von 300—360 M.

Die Einführung der ersten Schöneberger Stadtverordneten und zugleich die konstituirende Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wird nach einer Entscheidung des Regierungspräsidenten bereits am 20. d. M. stattfinden. Die Einführung und Vereidigung der Stadtverordneten wird, da ein Bürgermeister zur Zeit noch nicht vorhanden ist, durch den Regierungspräsidenten erfolgen.

Der Niederbarnimer Kreistag wird am 20. d. M. hier zusammentreten. Er wird u. a. zu berathen haben über den Verkauf des alten Kreishauses in der Kochstraße und über die geplante Eisenbahn Berlin—Groß-Schönebeck mit Abzweigung nach Liebenwalde.]

Soziale Rechtspflege.

Um Vertragsveränderungen drehte sich ein Rechtsstreit, der die Kammer VIII des Gewerbegerichts beschäftigte. Der Steindrucker W., der bei der Firma Fuchs arbeitete, wurde von seinem Chef zum Oberdrucker befördert. Seinen alten Lohn von 30 M. bezog er weiter, nur nahm er jetzt eine sogenannte Vertrauensstellung ein. Er hatte die Aufträge des Arbeitgebers an seine Kollegen zu übermitteln, diesen gegenüber den Chef zu vertreten und am Sonnabend die Löhne auszuzahlen. Nach einiger Zeit wurde er ohne vorherige Kündigung entlassen. Damit war er jedoch nicht einverstanden, er klagte auf Gewährung einer Lohnentschädigung. Der Beklagte wandte ein, Kläger habe gar keinen Anspruch auf die vierzehntägige Kündigung, da die Kündigungsfrist bei seinem Engagement ausgeschlossen worden sei. Kläger gab dies zwar zu, erklärte es aber für gleichgiltig. Als der Kündigungsausschluß erfolgte, sei er noch Umdrucker gewesen. Dadurch, daß er aus dieser Stellung in die eines Oberdruckers eingerückt sei, wäre der alte Vertrag erloschen und ein neuer an seine Stelle getreten, für den die gesetzliche Kündigungsfrist maßgebend sei. Sollte sie das nicht bleiben, so hätte sie von neuem ausgeschlossen werden müssen. Nach längerer Berathung gab das Gericht dem Kläger den Rath, seine Klage im Vergleichswege zurückzuziehen, um Kosten zu sparen. Der Kläger kam dem nach, worauf der Vorsitzende Dr. Meier die Gründe des Gerichts für jenen Rathschlag bekannt gab. Wenn der Kläger bei gleichbleibendem Lohne vom Umdrucker zum Oberdrucker befördert wurde, dann sei er damit noch nicht in ein neues Arbeitsverhältniß getreten. Der Ausschluß der Kündigungsfrist habe noch zu Recht bestanden. Nun möge ja der Kläger im guten Glauben gewesen sein, die gesetzliche Kündigungsfrist trete wieder in kraft; ein diesbezüglicher Vertrag sei aber weder ausdrücklich, noch stillschweigend zu stande gekommen. Ein stillschweigender Vertrag beruhe stets auf einem gegenseitigen stillschweigenden Einverständniß, der Beklagte habe aber mit gutem Recht angenommen, daß der Ausschluß der Kündigungsfrist fortbestehe.

Ueber Unfälle, die während einer Arbeitspause passiren, hat sich das Reichs-Versicherungsamt abermals in bemerkenswerther Weise ausgesprochen. Der Schmied Strotmann half am 17. August 1896 dem Kesselschmied Rudloff bei einer Kesselausbesserung. Strotmann's Hilfe war aber nicht bei jeder Verrichtung nothwendig, so daß er sich zeitweilig unthätig im Kesselhause aufhielt. Eine solche Pause benutzte er dazu, sich an einen Kesselträger zu hängen und Turnübungen zu machen. Der Kessel gerieth ins Rollen, Rudloff fiel hinunter, und Strotmann wurde der rechte Fuß gequetscht. Der Verletzte beantragte dann eine Unfallrente, die ihm auch in zweiter Instanz zugesprochen wurde. Das Reichs-Versicherungsamt hob jedoch das schiedsgerichtliche Erkenntniß wieder auf und wies Strotmann mit seinem Anspruche ab. Es liege kein Betriebsunfall vor. Das Rekursgericht habe allerdings schon festgestellt, daß sich die Arbeiter auch dann im Betriebsbanne befänden, wenn sie sich während der Pausen auf der Betriebsstätte aufhielten. Dies sei deshalb der Fall, weil sie infolge des fortdauernden Aufenthalts am Arbeitsorte den Betriebsgefahren ausgesetzt seien. Ein Unfall während der Pause könne indessen nur da als Betriebsunfall angesehen werden, wenn er einer Gefahr entspringe, die der bloße Aufenthalt auf der Betriebsstätte mit sich bringe. Für die Annahme des Betriebsunfalles genüge es noch nicht, daß der Aufenthalt an der Betriebsstätte die Gelegenheit und den Anreiz zu einer gefährlichen Thätigkeit biete, die mit den eigentlichen Betriebszwecken nichts zu thun habe. Die Turnversuche des Klägers seien aber eine derartige betriebsfremde Thätigkeit, es müsse darum angenommen werden, daß er sich durch sie außerhalb des Betriebes gesetzt habe. Die Rente könne ihm also nicht gewährt werden.

Gerichts-Zeitung.

Die Rettung einer in schwere Bedrängniß gerathenen Regierungsverordnung vom 15. November 1889 bezweckte eine Verhandlung, welche gestern vor der vierten Strafkammer am Landgericht II stattfand. In dem Lokal des Gastwirths Dohrmann in Zehlendorf sollte am 18. Juli d. J. eine Versammlung

des sozialdemokratischen Agitationsvereins stattfinden. Die Versammlung war etwa 10 Tage vorher ordnungsmäßig bei der Polizei angemeldet worden, der Amtsvorsteher Milinowsky hatte aber die Bescheinigung der erfolgten Anmeldung verweigert, weil ihm das betreffende Lokal als öffentlicher Versammlungsort nicht bekannt sei. Die Versammlung sollte aber dennoch stattfinden, als jedoch der Einberufer dieselbe eröffnete, löste der mit der Ueberwachung betraute Amtsdiener mangels einer Anmeldungsbescheinigung die Versammlung auf. Am nächsten Tage erhielt der Wirth Dohrmann ein polizeiliches Strafmandat über 20 Mark, welches sich auf § 1 der Reg.-Verordn. vom 15. November 1889 stützte, welcher denjenigen mit Strafe bedroht, welcher Theater- und Zirkusgebäude sowie öffentliche Versammlungsorte ohne Genehmigung der Polizeibehörde herstellt oder umbaut. Dohrmann erhob gegen dieses Strafmandat Einspruch und beantragte richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht am Amtsgericht III sprach den Angeklagten frei, weil die angezogene Regierungsverordnung eine Baupolizei-Verordnung sei, die Uebertretung jedoch, welche hier vorliege, keinen Verstoß gegen die Baupolizei vorstelle. Obendrein wurden dem Angeklagten auf Antrag seines Vertheidigers, Rechtsanwalt Herzfeld, auch die nothwendigen Auslagen, einschließlich der Gebühren des Vertheidigers, aus der Staatskasse erstattet. Gegen dieses Urtheil legte der Amtsanwalt Berufung ein, begründete dieselbe aber nicht — wie in der heutigen Verhandlung hervorgehoben wurde — mit rechtlichen, sondern nur mit Zweckmäßigkeitsgründen. Es wurde in der Berufungs-Rechtfertigungsschrift darauf hingewiesen, daß, wenn diese Judikatur Platz griffe, die ganze Verordnung hinfällig sei. In der gestrigen Verhandlung machte der Amtsvorsteher Milinowsky über die thatsächlichen Verhältnisse folgende Mittheilungen: Das Dohrmann'sche Lokal sei im Jahre 1892 mit polizeilicher Genehmigung gebaut und nur für den Schankbetrieb eingerichtet worden. Im vorigen Jahre habe der Besitzer einen Anbau vorgenommen, zu welchem ihm die polizeiliche Genehmigung unter der erschwerenden Bedingung ertheilt worden ist, daß trotz der Erweiterung Lustbarkeiten in dem Lokale nicht stattfinden dürfen. Am 10. Mai habe nun der Gastwirth Zubeil (der Reichstags-Abgeordnete des Kreises) eine Versammlung daselbst angemeldet, er habe aber darauf nichts verfügen können, da er sich auf Urlaub befunden habe und das Schreiben an seine Person gerichtet gewesen sei. Bald darauf habe Dohrmann eine Zeichnung eingereicht und gebeten, die Abhaltung von Versammlungen in seinem Lokal zu gestatten. Er habe in der Zeichnung einige Mängel gefunden und von einer endgiltigen Entscheidung deren Abstellung erfordert. Ehe nun weiteres in der Sache geschehen war, sei die Anmeldung zum 18. Juli erfolgt. Er habe die Bescheinigung ablehnen müssen, da die generelle Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen in dem Lokal noch nicht ertheilt war. Der Gerichtshof erkannte nach langer Berathung auf Verwerfung der Berufung. Die That, welche gestraft werden sollte, falle nicht unter die erhobene Anklage. § 85 beziehe sich nur auf solche Lokale, in denen schon früher Versammlungen stattfanden. Das Gesetz habe eben eine Lücke, dieserhalb könne der Angeklagte nicht bestraft werden. Da es sich hier um eine prinzipielle Rechtsfrage handelte, so gab der Gerichtshof auch dem weiteren Antrage des Rechtsanwalts Herzfeld statt, die nothwendigen Auslagen des Angeklagten einschließlich der Gebühren für die Vertheidigung auch für die zweite Instanz auf die Staatskasse zu übernehmen.

Die Autorität des Polizeilieutenants. Der Handelsmann S. betreibt seit Jahren in der Gegend der Marien- und Louisenstr. einen Straßenhandel mit Obst. Er hat sich bei dieser Gelegenheit schon eine ganze Anzahl von Strafen wegen Uebertretung der für den Straßenhandel bestehenden Polizeiverordnungen zugezogen und ist daher den Polizeibeamten des zuständigen Reviers bekannt, die ein besonders wachsames Auge auf ihn haben. Am Vormittag des 2. September kam S. mit seinem Fuhrwerk die Marienstr. entlang. Er machte an der Ecke der Louisenstraße Halt, weil ihn ein Kunde angerufen hatte. In demselben Moment trat der Polizeilieutenant Tuchel an ihn heran und forderte ihn zum Weiterfahren auf. S. leistete dieser Aufforderung Folge, hielt aber bald darauf wieder an, um den Kunden abzufertigen. In dem Verhalten des Händlers S. erblickte der Polizeilieutenant Tuchel — wie er als Zeuge vor dem Schöffengericht aussagte — eine Verletzung seiner Autorität, denn S. habe seinem Befehle nicht Folge geleistet. Um sich nicht der Gefahr auszusetzen, als Beamter in Uniform auf der Straße lächerlich gemacht zu werden, rief er einen Schutzmann herbei und ordnete die Sistirung des Händlers an, obgleich ihm derselbe bekannt war, es sich also um eine Feststellung der Persönlichkeit des S. nicht handeln konnte, und außer der Beschuldigung einer Uebertretung nichts gegen S. vorlag. Der Händler S. wurde nach der Revierwache gebracht und von dort mit dem grünen Wagen nach dem Polizeipräsidium transportirt, von wo er erst nach 24 Stunden wieder entlassen wurde. Gegen S. ist dann ein Strafmandat ergangen, weil er an dem fraglichen Tage eine feste Handelsstelle eingenommen und den Verkehr auf der Straße gehindert haben soll. Das Schöffengericht, welches sich am Mittwoch mit dieser Sache befaßte, sprach den Angeklagten frei, weil es der Ansicht war, S. sei berechtigt gewesen, behufs Abfertigung des Kunden zu halten und habe der unberechtigten Aufforderung des Beamten nicht Folge leisten brauchen. Dem weitergehenden Antrage des Vertheidigers, auch die Kosten der Vertheidigung der Staatskasse aufzuerlegen, da der Beamte eine leichtfertige Anzeige gemacht habe, gab das Gericht nicht statt. Auch in diesem Falle geziemte es sich, daß dem so stark um seine „Autorität" besorgten Lieutenant eine entsprechende Belehrung ertheilt würde. Schließlich sollte man denn doch meinen, daß die persönliche Freiheit des Staatsbürgers wenigstens in einem Kulturstaate höher einzusetzen ist, als die angebliche Autorität eines Sicherheitsbeamten.

Der Schriftstellername des verantwortlichen Redakteurs. Das Landgericht I in Berlin hat am 13. August den verantwortlichen Redakteur des „High life, Zeitschrift für die vornehme Welt", Hugo Alfons Neumann wegen unrichtiger Angabe des Redakteurs auf seinem Blatte nach § 18, 2 des Preßgesetzes zu 30 Mark und außerdem wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt. Das ersterwähnte Delikt bestand darin, daß die am 1. April erschienene Nummer des genannten Blattes nicht den wirklichen Namen des Angeklagten, sondern dessen Schriftstellernamen als den des verantwortlichen Redakteurs trug. Die unzüchtige Schrift bestand nach der Feststellung des Gerichts in der Uebersetzung eines Theiles der „Lettres de femme" von Prévost. Was das erste Delikt betrifft, so hatte der Angeklagte unwiderlegt behauptet, daß die unrichtige Angabe von seinen Mitarbeitern im guten Glauben auf das Blatt gesetzt worden sei, da sie ihn bis dahin nur unter seinem Schriftstellernamen gekannt hätten. Er hat auch sofort nach Erscheinen der Nummer vom 1. April dem Polizeipräsidium Mittheilung davon gemacht, wie sich die Sache verhielt. Das Landgericht sagt im Urtheile bezüglich dieses Deliktes, Neumann habe mindestens fahrlässig gehandelt, indem er nicht dafür Sorge trug, daß sein richtiger Name auf das Blatt gesetzt wurde. — Nun wird aber nach § 18, 2 des Preßgesetzes ein Redakteur nur dann bestraft, wenn er derartige falsche Angaben wissentlich macht. Da nur eine nach § 19, 1 zu bestrafende Uebertretung festgestellt war, diese aber als verjährt anzusehen ist, so hob heute das Reichsgericht auf die Revision des Angeklagten das Urtheil, so weit es auf grund des § 18, 2 des Preßgesetzes ergangen ist, auf und sprach den Angeklagten insoweit frei. Die Revision gegen die Verurtheilung aus § 184 des Str.-G.-B. wurde als unbegründet verworfen.

In betreff der Frage, ob die Schankwirthe berechtigt sind, in der Markthalle beschäftigten Personen Speisen und Getränke hineinzubringen, scheint die Markthallen-Verwaltung sich der Entscheidung des Kammergerichts nicht fügen zu wollen. Früher hatte das Kammergericht im Gegensatz zu den Vorinstanzen entschieden, daß Schankwirthe nur mit Genehmigung der Markthallen-Verwaltung Speisen und Getränke in die Markthalle einführen dürfen. Die Vorinstanzen beharrten in vorkommenden Fällen dennoch auf ihrem früheren Standpunkt und fällten freisprechende Erkenntnisse, bis auch das Kammergericht zu der Anschauung gelangte, daß den Schankwirthen keineswegs verwehrt werden könne, Bestellungen auszuführen, welche ihnen von in der Markthalle beschäftigten Personen zugingen. Auf dieses Erkenntniß berief sich der Schankwirth Eduard Martin, als er am Morgen des 18. Oktober d. J. die Markthalle XIV mit einer Kanne Kaffee betreten wollte, die ein Standinhaber bei ihm bestellt hatte. Er war von dem Markthallen-Aufseher Riemann und dem Pförtner Ballstedt zurückgewiesen worden, und es war dabei zwischen ihm und den beiden Beamten zu einem Wortwechsel gekommen. Martin erhielt darauf ein Strafmandat in Höhe von 5 M., weil er bei der erwähnten Gelegenheit durch überlautes Lärmen die Ruhe gestört und einen Auflauf verursacht, ebenso der wiederholten Aufforderung eines Beamten der Markthallen-Verwaltung, sich ruhig zu verhalten und sich zu entfernen, nicht sofort Folge geleistet haben sollte. Martin beantragte richterliche Entscheidung, worauf gestern vor der 144. Abtheilung des Schöffengerichts Verhandlung stattfand. Der als Zeuge vernommene Aufseher Riemann wurde vom Vorsitzenden gefragt, ob ihm denn nicht bekannt sei, daß das Kammergericht wiederholt dahin entschieden habe, daß die Standinhaber nicht gezwungen werden könnten, ihre leiblichen Bedürfnisse bei dem Pächter der Markthallen-Restauration zu befriedigen und daß ebenso den Bringern von Speisen und Getränken der Zutritt zur Halle nicht verwehrt werden könne. Der Gefragte erwiderte, daß ihm dies wohl bekannt sei, aber er habe von seiner vorgesetzten Behörde, der Markthallen-Verwaltung, den strikten Auftrag erhalten, so zu verfahren, wie er es früher gethan und diesem Auftrage habe er Folge leisten müssen. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Leopold Meyer, führte aus, daß das durch das Kammergericht den Schankwirthen gewährleistete Recht, Speisen und Getränke in die Markthalle einzubringen, nicht durch eine Verfügung der Markthallen-Verwaltung verkümmert werden könne. Er zweifle nicht, daß der Gerichtshof ein freisprechendes Urtheil fällen werde.

Diesem Antrage wurde entsprochen. Der Vorsitzende schloß sich den Ausführungen des Vertheidigers an. Die Angestellten seien nicht berechtigt gewesen, dem Angeklagten den Zutritt zur Markthalle zu verweigern und ebenso wenig, ihn aufzufordern, sich zu entfernen. Der Auflauf sei deshalb auf das unberechtigte Verhalten der Beamten zurückzuführen. Der Angeklagte müsse deshalb kostenlos freigesprochen werden.

Eine für Gewerbegerichts-Beisitzer wichtige Entscheidung fällte dieser Tage die Mannheimer Strafkammer. Angeklagt war der Zimmermann Riedel, der über einen in geheimer Berathung des Gewerbegerichts gefaßten Beschluß einem anderen hatte Mittheilung zugehen lassen. Der Beklagte fungirte in der am 2. November stattgefundenen Sitzung des Gewerbegerichts als Beisitzer. Genosse Süßkind, der in jener Sitzung die Klagesache eines auswärts wohnenden Arbeiters vertrat, wurde damals nach zuvor gepflogener geheimer Berathung wohl zu jener Verhandlung zugelassen, dagegen von der ferneren Vertretung von Arbeitern in Streitfällen ausgeschlossen, da seine Vertretung eine geschäftsmäßige und eine solche nach dem Gewerbegerichtsgesetze nicht zulässig sei. Der Angeklagte wird beschuldigt, über die dieserhalb gepflogenen vertraulichen Berathungen, besonders über die Aeußerung eines Gewerbegerichts-Beisitzers und über das Stimmenverhältniß, mit dem jener Beschluß zu stande gekommen, Süßkind Mittheilung gemacht und damit gegen § 19 Absatz 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes verstoßen zu haben, der die Beisitzer zur Geheimhaltung der Beschlüsse verpflichtet. Tags darauf erschien in der „Volksstimme" eine Notiz über jene Berathungen. Auf grund dieses Artikels wurde nun von seiten des Untersuchungsrichters das Verfahren eingeleitet. Das Ergebniß desselben war die Erhebung der Anklage gegen Riedel. Die Beweisaufnahme ergab keine weiteren erheblichen Belastungsmomente. Nur auf grund der eidlichen Versicherung der übrigen Beisitzer, keine Mittheilungen über die geheime Berathung in die Oeffentlichkeit gebracht zu haben, wurde der Angeklagte wegen Pflichtverletzung nach § 19 Abs. 2 zur Amtsentheben urtheilt.

Versammlungen.

Verband der deutschen Metallarbeiter. Am Sonntag, den 5. Dezember, fand die Fortsetzung der Generalversammlung vom 21. November der Verwaltungsstelle Berlin statt. In letzter Versammlung waren die Kollegen Massatsch, Gienke und Schlegel als Kandidaten für das Amt des zweiten Bevollmächtigten vorgeschlagen und von dieser auch zur Wahl gestellt, die Wahl aber bis zur Fortsetzung der Generalversammlung vertagt worden. Auf Vorschlag Körsten's erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Kandidatenliste weitergeführt werden solle; es wurde daraufhin als weiterer Kandidat noch Siegrist aufgestellt. Die Wahl geschah durch Stimmzettel mit absoluter Majorität, die Verkündung erfolgte nach Erledigung des zweiten Punktes der Tagesordnung. Zum Punkt „Regelung der Agitation für die Provinz Brandenburg und Pommern" wurde von Litfin der von der Verwaltung feinerzeit gefaßte Beschluß: „zur Agitation in den genannten Provinzen 4000 M. pro Jahr beizusteuern" und bis auf weiteres Rohrlack mit dem Posten des Vertrauensmannes weiter zu betrauen, der Generalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet. Kollege Rohrlack erstattete zunächst Bericht über die bisher in den Provinzen entfaltete Thätigkeit. Dieselbe habe sich auf Einberufung von öffentlichen und Mitgliederversammlungen, Ertheilung von Instruktionen an die verschiedenen Ortsverwaltungen und Aufnahme einer Statistik über Lohn- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Betrieben der Provinzialstädte erstreckt; auch haben verschiedentlich Revisionen einzelner Verwaltungen stattfinden müssen. Es sei gelungen, aus den meisten Orten beider Provinzen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ermitteln, die Löhne sind bei 50 pCt. der Arbeiter unter 30 Pf. und gehen herunter bis auf 9 Pf. die Stunde. Durch die Agitation in der Provinz sind verschiedentlich neue Verwaltungsstellen ins Leben getreten, die Zahl der Organisirten betrage zwischen 10—15 pCt. Durch gute Organisation sei es auch möglich gewesen, die Löhne in verschiedenen Orten in die Höhe zu bringen und zu halten. Die bisher als Lohndrücker aufgetretenen Kollegen würden bei höheren Löhnen in der Provinz sich ferner nicht mehr als Streikbrecher bei Ausständen in Berlin gebrauchen lassen. Es sei nothwendig, daß man deswegen mit den Kollegen in enger Fühlung bleibt, die Leitung selbst kann nur von einer Person geschehen, welche die Verhältnisse in der Provinz genau kennt; die früher aus fünf Personen bestandene Kommission konnte nicht viel erreichen, da diese von den örtlichen Verhältnissen in derselben nicht genügend informirt war. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Gesammt-Ortsverwaltung mit den Vertrauensleuten der einzelnen Branchen sei man einstimmig zu dem Beschluß gekommen, die Agitation in der Provinz noch energischer als bisher zu betreiben; die Mittel hierzu soll zur Hälfte, also im Höchstfalle 4000 M., die Ortsverwaltung Berlin tragen, und an stelle der Agitationskommission einen Vertrauensmann einzusetzen für die Provinzen Brandenburg und Pommern, welcher die Agitation zu leiten habe. Von Cohen wurde in der Diskussion bemängelt, daß ihm als Revisor nicht genügend Aufklärung über einige Ausgabeposten gegeben sei, er wünsche, daß dieses in Zukunft geschehen möge, und ersucht die Versammlung, in dieser Beziehung eine Regelung herbeiführen zu wollen. Cohen ist gleichfalls damit nicht einverstanden, daß man über die Thätigkeit des bisherigen Vertrauensmannes keine Kontrolle auszuüben in der Lage gewesen sei, da dieser zugleich sein eigener Kassirer war. Bezüglich der Kosten sei er der Ansicht, daß diese zu hoch seien, da andere Verwaltungen hierfür weniger verausgaben, und verweist auf Nürnberg. Beantragt wurde von ihm, daß eine Kommission von sieben Personen gewählt werde, welche die nöthigen Vorarbeiten verrichten möge. Gewünscht wird auch von ihm, daß andere große Städte wie Stettin mehr zu den Kosten der Agitation herangezogen werden, auch möge von diesen mehr agitirt werden. Es betheiligten sich noch verschiedene Kollegen an der Debatte; beschlossen wurde, „eine Kommission, bestehend aus 5 Personen, zu wählen, welche die nöthigen Vorarbeiten für die Provinz-Agitation zu machen und der nächsten ordentlichen Generalversammlung Bericht zu erstatten habe". Zu den Kosten wurden vorläufig 1000 M. bewilligt. Die Kommission besteht aus den Kollegen Cohen, Lippich, Scheffler, Gieshoid und Rohleder.

Nunmehr wurde das Resultat der Wahl des zweiten Bevollmächtigten bekannt gegeben. Abgegeben waren 623 giltige, 18 ungiltige Stimmen, davon erhielt Siegrist 327, Massatsch 132, Gienke 124 und Schlegel 40 Stimmen. Der erste Bevollmächtigte Litfin nimmt nun das Wort, um zu erklären, daß er auf grund dieses Wahlresultats gezwungen sei, sein Amt niederzulegen. Den Kollegen Siegrist schätze er als einen ehrenwerthen und braven Kollegen, aber diesem Posten sei derselbe nicht gewachsen. Durch die Einstellung eines vierten Kollegen sollte für ihn, den Redner, eine Erleichterung geschaffen werden, dazu sei es aber nöthig, einen tüchtigen mit der elastischen Kraft der Jugend ausgerüsteten Kollegen zu erhalten. Da diese Möglichkeit durch die Wahl des Kollegen Siegrist ausgeschlossen und er doch in Zukunft die ganze Last und schwere Arbeit allein tragen müßte, bleibe ihm nichts weiter übrig. Auf Antrag Litfin's wurde nunmehr beschlossen, am Sonntag, den 19. Dezember, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt stehe „Neuwahl des 1. Bevollmächtigten"; bis zu diesem Tage erklärt sich Litfin bereit, seinem Amte vorzustehen. Als Revisor wurde noch Kollege Paul Kuna und zu Bibliothekaren Penning, Fischer, Lubatsch, Berger, Kirschke und Billep gewählt und hierauf die Versammlung geschlossen.

Die Filiale Berlin I des Verbandes der Maurer beschloß in der letzten Versammlung die Verbreitung des Fachorgans „Der Grundstein" von nun an selbst in die Hand zu nehmen, damit die Mitglieder ihn pünktlich zugestellt erhalten. Es erboten sich sechzehn Mann, die Verbreitung zu übernehmen. — Die Zahlstelle Grube, Mariendorferstraße, ist verlegt nach Kitzing, Belleallancestraße, Ecke Bergmannstraße.

In der Filiale II sprach am 5. d. M. Genosse Borchardt über „Materialistische Geschichtsauffassung". Der Antrag, zwei verunglückten Kollegen je 25 und 15 M. Unterstützung zu bewilligen, wurde dem Vorstande überwiesen. Der Kassenbericht vom November wird für richtig befunden. Gröppler ermahnte die Kollegen, sich unter keinen Umständen vom Unternehmerthum, welches sich immer mächtiger und enger zusammenschließt, eine Lohnreduzirung gefallen zu lassen. Die Arbeiter müssen bestrebt sein, dem Unternehmer bei einem solchen Ansinnen eine feste und geschlossene Organisation gegenüber zu stellen, anstatt sich, wie es noch viele Berliner Maurer thun, zur Bekämpfung der Arbeiter-Organisation vom Unternehmer mißbrauchen zu lassen. Er behandelte auch noch die Wichtigkeit und den Werth der Broschüre: Minimallohn, Maximal-Arbeitszeit und die Schädlichkeit der Akkordarbeit. Diese Schrift enthalte ein so reichhaltiges Material, daß jeder Kollege gut thue, sich in den Besitz einer solchen Broschüre zu setzen. Fritsch forderte die Kollegen noch auf, soweit es noch nicht geschehen ist, sich ihre Verbandsnummer auf der Klebekarte resp. bei der Lohnkommission eintragen zu lassen.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 11. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Tanz mit Moloch — Zum Bebelschen Vorschlag. Von Paul Singer — Max Kretzer und sein neuestes Werk. Von H. Strödel. — Nochmals Unfälle im Bergbau. Von Otto Hue. — Literarische Rundschau. — Notizen: Zur Entwickelung der Großschlächtereien in Amerika. Auflösung von Wolken durch die Wärmeausstrahlung einer Stadt. — Feuilleton: Der gelbe Domino. Roman von Marcel Prévost. (Fortsetzung.)

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 25 des 7. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Dringende Forderungen. — Zur Lage der Textilarbeiterinnen in Apolda. Von Margarethe Greifeld-Apolda. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Die Flucht. Nach dem Russischen von K. Tavastjerna. Deutsch von Wilhelm Thal. — Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Schutz der Wöchnerinnen und Kinder. — Schul- und Erziehungswesen. — Sozialgesetzgebung. — Frauenbewegung.

Witterungsübersicht vom 8. Dezember 1897, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresniv.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0 G. = 0 R.)
Swinemünde	752	S	8	bedeckt	2
Hamburg	745	S	5	bedeckt	4
Berlin	754	SW	5	Regen	3
Wiesbaden	756	S	2	bedeckt	5
München	762	S	3	bedeckt	—3
Wien	766	S	1	bedeckt	—0
Haparanda	752	SSO	4	bedeckt	—3
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	750	WNW	5	wolkig	4
Aberdeen	733	SW	2	halb bedeckt	2
Paris	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Donnerstag, 9. Dezember 1897.

Ein wenig kühler, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Niederschlägen und starken westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt.

M. H., 22. Sie sind im Unrecht. Ein Drittel von 100 000 zu dieser Summe hinzugeschlagen, sind doch nur erst 133 333⅓.

A. H., Maler. Wir kennen das Blatt nicht. Vielleicht senden Sie es uns zu.

H. B. Das zwanzigste Jahrhundert beginnt mit dem 1. Jan. 1901.

Zwei Wettende. 1 000 000 000.

Nerre. Theilen Sie uns genau Zeit, Verhandlungskammer und Sitzungszimmer mit.

W. S., Andreasstr. 59. Sie können in dieser Angelegenheit im Rechtswege nichts ausrichten. — **A. L. 18.** Bis Beginn der Kirchenzeit ist dort keine Arbeitsruhe. — **98.** Stellen Sie bei der Invaliditäts-Anstalt, Klosterstraße 41, den Antrag auf Zahlung der Invaliditäts-Rente. — **100 humane Arbeitgeber.** Ja. — **Westermühlstraße, München.** Erben sind Sie, der Ehemann und die Kinder geworden. Wollen Sie erben, so müssen Sie Ihr eigenes Vermögen zur Zeit des Todestages mit dem der Verstorbenen zusammenwerfen. Eine Hälfte dieses zusammengeworfenen Vermögens erben Sie, die andere fällt den Kindern zu gleichen Theilen zu. — **Ab. 100.** Seit dem 1. Januar 1891 wird geleistet. — **M. D.** Nein. — **F. K. 99.** Leider steht Ihnen nach Ihrer Schilderung ein Anspruch gegen die Kasse nicht mehr zu. — — **Antwerpen.** Verhaftung und Einstellung ins Militär, so lange er das 42. Lebensjahr nicht überschritten hat. — **R. B.** Wenn sie für unschuldig erklärt ist, kann sie von den Namen auswählen, welchen sie will. Ist dies nicht der Fall, so kann der frühere Mann ihr die Führung des ehemaligen Ehenamens untersagen. — **G. K. 50.** Leider nein, aber stellen Sie dem Mann doch das moralisch berechtigte Ihres Verlangens vor. — **Waldemarstraße.** Ein Mal ist in solchem Falle leider nicht kein Mal, es sei denn, daß die Unterstützung zurückgezahlt ist. — **C. B.** Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde mit dem Krankenkassen-Statut vor. — **H. Engler.** Die Klage hat kaum Aussicht auf Erfolg. — **O. O. 1** und **2:** ja. — **Verzweifelter.** Der Arzt der Berufsgenossenschaft Dr. Rothenburg hat keinerlei Recht zu behaupten, daß die Berufsgenossenschaft Ihnen die Rente entziehen würde, wenn Sie sich in der königlichen Klinik statt in seiner Klinik behandeln lassen. Verlangen Sie von der Berufsgenossenschaft die Heilung in der königlichen Klinik und klagen Sie eventuell gegen dieselbe. Nur wenn das Gericht annehmen wollte, die königliche Klinik behandle Sie schlechter als Dr. Rothenburg, würden Sie verlieren können. Solch Gericht ist uns bislang unbekannt. — **Pollini, Geyerstr.** 1. Ja. 2. Nein. — **P. A. 30.** 1. Die unentbehrlichen Sachen sind unpfändbar. 2. Werden Ihre Sachen wegen einer Forderung gegen einen Dritten gepfändet, so müßten Sie Interventionsklage erheben und Einstellungsantrag stellen. — **J. A. 125** und **B. S. 8.** Beiden Behörden haben Sie Ihr Gewerbe anzumelden, weiter nichts. — **510 O. M.** Ueber 20 Jahre alt. —

N. S. 3. 1. Ja. 2. Ja. Ihre Frau muß alsdann Interventionsklage erheben und Einstellungsantrag stellen. Formulare hierfür erhalten Sie in der Buchhandlung des Vorwärts. — **M. K. 77.** Eine Berufung hätte keinen Zweck, weil Berufungen, die nur den Kostenpunkt betreffen, in Zivilsachen unzulässig sind. Ein weiteres Vorgehen wäre erfolglos. — **Lo. 1.** Leider haften die Betreffenden als Erben. — **A. M. 50.** Nicht rathsam. — **Liebelt. Vandelstr.** 1. Berufung und Revision ist zweierlei. 2. Sie haben mit Ihrer Vermuthung recht. — **F. F. 46.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Wegen Alimente für uneheliche Kinder ist Lohnarrest zulässig. Der Unterhalt für die Ehefrau und die ehelichen Kinder, sowie der eigene nothdürftige Unterhalt muß aber belassen werden. — **Koppenstr. C. O.** Die Betreffende kann beim Amtsgericht auf Herausgabe der Sachen gegen Zahlung der Miethe klagen. Beweist sie, daß die Wohnung, wie es scheint, unbewohnbar ist, so sind die Sachen ohne Miethszins herauszugeben. Die Anzeige von der Unbewohnbarkeit der Wohnung kann sie der Polizei machen. — **L. 11. Raumerstr.** Sie müssen die Sachen aufbewahren. Sie können nur auf Zahlung klagen und die Sachen dann auf Grund des erstrittenen Urtheils durch einen Gerichtsvollzieher pfänden und verkaufen lassen. — **Bartels.** Die Beschwerde kann zurückgezogen werden. — **Z.** Ja. — **G. H. 2.** Die Kosten müssen Sie tragen. Sind Sie thatsächlich nicht vertheidigt worden, so erheben Sie Widerspruch. Die Klage ist dann abzuweisen. — **M. K. 65.** Der Gläubiger kann den ganzen Rest verlangen, das Gericht kann ohne Einwilligung des Gläubigers Theilzahlungen nicht bewilligen. — **Sch.** 1., 2. und 4. Ja. 3. Etwa 6 M.; der unterliegende Theil hat die Kosten zu tragen. — **J. K. Schleswig.** Honorarforderungen von Aerzten verjähren in vier Jahren vom Ablauf des Jahres ab gerechnet, in dem sie entstanden sind. Anerkennung unterbricht die Verjährung. Beispiel: Vom 5. bis 30. April 1892 befanden Sie sich in ärztlicher Behandlung. Die Forderung ist verjährt am 31. Dezember 1896. War aber die Forderung im Jahre 1895 anerkannt, so verjährt sie erst am 31. Dez. 1899. — **Zwei Weitende, Rixdorf** und **R. S.** Das Züchtigungsrecht der Herrschaft dem Gesinde gegenüber hört mit dem 1. Januar 1900 für ganz Deutschland infolge des § 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch auf. Wie es sich mit den §§ 77—79 der altpreußischen Gesinde-Ordnung und dem Züchtigungsrecht in seinem Gebiet zur Zeit verhält, haben wir sehr häufig an dieser und anderen Stellen unserer Zeitung besprochen. Wir können uns auf fortdauernde Wiederholungen nicht einlassen. Sie finden eine Darstellung dieser Prügelrechts-Bestimmungen in der in Ihrem Bereiche im Mai vergangenen Jahres verbreiteten Broschüre „Etwas von besonderen Ausnahmerechten gegen die ländlichen Arbeiter und gegen das Gesinde," zu erhalten durch Weike, Forsterstr. 39. Die Bestimmungen können Sie auch in der juristischen Sprechstunde auf der Redaktion einsehen. — **E. S. 37.** So viel uns erinnerlich, hat an der Ecke Kesselstraße kein Steuerhaus gestanden. Die Grenze Berlins reichte im Norden vor dem 1. Januar 1861 bis zur Ecke Lieselstraße. Möglich ist, daß dort ein Steuerhaus stand. Die Mahl- und Schlachtsteuer fiel für Berlin vom 1. Januar 1875 ab. — **M. R.** Das Anzugsgeld betrug für Berlin 20 Thaler. Es fiel infolge eines Gesetzes vom Mai 1867. Zu derselben Zeit fiel infolge eines Beschlusses der städtischen Verwaltungsorgane das Bürgerrechtsgeld. — **1008.** Zirka 511 000 000 M. — **Z. Z.** Nächstens. — **R. Halensee.** 1. und 2. Nein. 3. u. 4. Wozu denn aber diese Umständlichkeit? Lassen Sie die Fensterscheiben machen und klagen dann auf Ersatz gegen den luftfreudigen Wirth. — **R. J. 55.** Sprechen Sie gelegentlich mit den bezüglichen Papieren in der juristischen Sprechstunde vor. — **P. S. 17.** 1. Durch Gesetz von 1867 fiel das Anzugsgeld, zu gleichem Zeitpunkt kam für Berlin das Bürgerrechtsgeld in Fortfall. Es betrug 20 Thaler. 2. Seit 1884.

Achtung! Maurer. Achtung!

Freitag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr:

Oeffentl. Versammlung der Baudeputirten

im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:

1. Die Handhabung der Abstempelung der Sammelkarten. 2. Situationsbericht.

Es ist Pflicht, daß sich die Kollegen jedes Baues durch einen Delegirten vertreten lassen. — Zur Erleichterung der Abstempelung rathen wir den Kollegen, daß die Karten vom 13. Dezember ab möglichst bautenweise nach dem Bureau gebracht werden. Um dies zu ermöglichen, ist es nothwendig, daß die fehlenden Marken am Sonnabend in den Zahlstellen resp. auf der Sammelliste des Baues nachgekauft werden. Karten, auf denen Marken oder der dieselben ersetzende Kommissionsstempel fehlen resp. der Nachweis über die Richtigkeit der Karte nicht beigefügt ist, können laut Versammlungsbeschluß nicht den Schlußstempel erhalten.

Die Lohnkommission.

Achtung! Maurer.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10½ Uhr, im **Englischen Garten**, Alexanderstr. 27e:

General-Versammlung

des

Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins

und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom letzten gemüthlichen Beisammensein. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung haben auch Nichtmitglieder Zutritt und können sich dieselben in die Mitgliederlisten einzeichnen lassen.

Am Freitag sind in den Zahlstellen die Handzettel zur Verbreitung in Empfang zu nehmen. 130/10

Der Vorstand: Fritz Kater, 1. Vorsitzender.

Große öffentliche Versammlung

für alle in der

Holzbranche beschäftigten Arbeiter,

wie:

Tischler, Bildhauer, Möbelpolirer, Drechsler, Maschinenarbeiter u. s. w.

am Sonntag, den 12. Dezember 1897, vormittags 11½ Uhr, in Keller's großem Saal, Koppenstraße Nr. 29:

Tagesordnung:

Der Streik und Vergleich vor dem Einigungsamt betreffs der Möbelfabrik von Eberhard, Michaelbrücke Nr. 1 und die Nichteinhaltung der Vereinbarungen. 154/10

Herr Magistratsassessor v. Schulz als Vorsitzender und die Herren Fabrikant Weigert, Kaufmann Bry, Tischler Klinger, Tischler Ahrens als Beisitzer, sowie Herr Eberhard sind schriftlich eingeladen.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Einberufer: Carl Lederhause, Krautstr. 51.

Achtung! Achtung!

Leder- und Galanterie-Arbeiter.

Sonnabend, den 11. d. M., abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Schöning, Köpnickerstr. 68:

Oeffentliche Delegirten-Versammlung.

Da die Tagesordnung von großer Wichtigkeit ist, sind die Kollegen jeder Werkstatt verpflichtet, mindestens einen Kollegen zu entsenden. Zahlreiches Erscheinen erwartet 22515

Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) 272/9

Branche der Korbmacher.

Sonntag, den 12. d. M., abends 6½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung mit Damen.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion und Mittheilungen. Referent und Thema werden in der Sonnabend-Nummer bekannt gegeben.

Nach dem Vortrage: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**

Eintritt 10 Pf. Gäste willkommen. Tanz 30 Pf.

Branchen-Versammlung der Kastenmöbel-Tischler

am **Donnerstag**, 9. Dezember, abends 8 Uhr, bei **Stechert**, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Lage in der Branche. Referent: **Stusche.** 2. Diskussion.

Für die englischen Maschinenbauer

gingen folgende Beiträge ein:

Tischlereien Kümpel u. Friedrichsen, Yorkstr. 43, 4 Tr. 9,30, 1 Tr. 4,10, Hoop, Admiralstr. 16, 2. Rate 5,20, Courtois, Schwedterstr. 258, 5. Rate 3,80, L. Lüdtke, Britzerstr. 8 18,15, Wöhler u. Schwab, Frankfurterstr. 10 (sämmtliche Kollegen außer einem Drechsler), 2 Rate 12,75, Kaste, Landsbergerstr. 16 5,—, Tietze, Königsbergerstr. 29, 2. Rate 4,90. Möbelfabrik J. C. Pfaff, Saal 3 10,80. Tischlereien Karl Müller, Köpnickerstr. 109 a 11,55, Sawatzky, Belle-Alliancestr. 84, 6. Rate 5,30, Elsholz, Krautstr. 52, Saal 2, 6,40, Volling u. Hirsch, Gr. Frankfurterstr. 44 6,50. Vom Richardplatz durch Sch. 0,50. Möbelfabrik Groschkus, Gollnowstr. 18/19, 6. Rate 28,15. Gesangverein „Vorwärts" 9,—. Charlottenburg 17,—. Streikbrecher Martinikenfelde, 3. Rate 30,30. Tischlereien Brunzlow, Neue Königstr. 15, außer einem Indifferenten 2 Tr. und einem Indifferenten 3 Tr. und einem Kriegervereinler, 2. Rate 13,40. Simon u. Comp., Haidestr. 55/57 14,75. Wiehr, Friedenstr. 47 7,25. Equitz, Frankfurterstr. 182: Polirer, Bildhauer und Drechsler 4,40. S. Pr. 1,—. Wusterhartz u. Sohn, Alte Jakobstr. 132 10,—. Pianofr. von Trautwein, Luckauerstr. 11 4,25. Möbelfabrik Lennig u. Jatzku, Rüdersdorferstr. 3 16,35. Tischlereien Maisch u. Walther, Waldemarstraße 14, außer einem Unverheiratheten, 6. Rate 9,50. H. Schulz, Rüdersdorferstr. 26, 2. Rate 16,—. R. Schulz, Krautstr. 38a 5,—. 4 Tischler von A. Göde, Chausseestr. 2,—. Tischlerei Spohn, Adalbertstr. 72, 5. Rate 4,90. J. C. Pfaff, Saal 2 (mit Ausnahme von 10 Mann) 10,55. J. C. Pfaff, Saal 4 9,—. Branche d. Korbmacher 50,—. Tischlerei Wengler u. Mohrmann, Köpnickerstr. 154a 5,95. E. G. T. durch Böde, 2. Rate 24,15, darunter 3,75 Kranzüberschuß. Pianofabrik Herbst, Zossenerstr. 10, außer einem, 3. Rate 8,50. Tischlerei Detert, Fruchtstr. 32, 4. Rate 2,60. Krause, Gorilla u. Co., Königsbergerstraße 29, 4. Rate 7,25. Pianofabrik C. Sievert, Urbanstr. 102 7,25. Mechanikfabrik Schütze u. Freund, Köpnickerstr. 153, 3. Rate 5,20. Tischlerei Stienies, Baruthersstr. 15 7,25. Möbelfabrik F. Bogts, Alte Jakobstr. 18/19, 3. Rate 19,20. Tischlerei Mau, Memelerstr. 40, 3. Rate 3,—.

In Summa 449,40 M., bereits quittirt 2920,91 M., Gesammtsumme 3370,31 M.

Berichtigung: Drechslerei Wegeleben muß es heißen 6. Rate und nicht 3. Rate.

Weitere Beiträge nimmt entgegen der Arbeitsnachweis für Holzarbeiter Annenstr. 39.

Uhren-, Goldwaaren-Versand.

Baar-Verkauf u. Theilzahlung. Bestellg. brieff. **L. Vogdt,** Augustr. 92.

Achtung!

Mitglieder der Ortskrankenkasse der

Maschinenbau-Arbeiter

und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Am **Sonntag, den 12. d. M.,** vorm. 9½ Uhr, findet im **„Feen-Palast", Burgstr. 22** (Eingang Wolfgangstraße), eine

Versammlung

der Kassenmitglieder statt behufs Aufstellung der Vertreter für die Generalversammlung pro 1898.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist das pünktliche Erscheinen in dieser Versammlung. 2253b

Das Mitgliedsbuch legitimirt.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

Die Kommission.

J. A.: **P. Bauer.** Münchebergerstraße 12.

Maler!

können nicht entbehren das soeben erschienene Werk:

„Moderne dekorative Malereien in englischem Stil",

entworfen von **C. Behrens,** Lehrer an der I. Handwerkerschule zu Berlin. 20 Tafeln in Folio für nur 18 M. Jedes Blatt ist gleich verwendbar, praktisch und der neuen Geschmacksrichtung entsprechend.

Stets vorräthig in der [3828*

Fr. Sensenhauser'schen Buchhandlung

(C. von Rüti & R. Huhl)

Berlin C.,

Alexanderstr. 37a.

Zahlung nach Vereinbarung, gegen baar der übliche Rabatt!

Waldcapelle!

Nächste Uebung ausnahmsweise

Freitag! [2255b

Sozialistische Gratulations- und Neujahrs-Karten

mit **Sinnsprüchen** u. den Bildnissen Lassalle's, Marx' und Engels' in verschiedener Ausführung. Blumen- und Goldschriftkarten mit der Jahreszahl 1898 zu den solidesten Preisen versendet die Luxuspapier-Fabrik [3829*

Ernst Seidel, Berlin, **Brunnenstr. 40**

Glas-Christbaumschmuck!

1 Kistchen Glas-Christbaumschmuck

mit 300 Stück, nur größere, fein versilb. u. bemalte Neuheiten a.: Gespinnste, Reflex, Perl., Brillantkugeln 2c. 2c., sowie ein 20 cm hoher, hochf. Engel, versend. für den sehr bill. Preis von 5 M. ranko pr. Nachnahme

Ernst Weschenfelder Tädel

Lauscha i. Thür.

Christbaum-Konfekt,

reizende Neuheiten, **nur** genießbare Waare, 1 Kiste, sortirt, Inhalt zirka 420 Stck., 2 M. 50 Pf.; 1 Kiste, sortirt, Inhalt zirka 270 **große** Stck. 3 M. Berlin, **Siegfried Brock,** Gollnowstraße 10a. 101/10*

Für 10 Mark

liefere Stoff zu einem f. Herren-Winterpaletot, für 5 M. liefere Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8—10 feinen, für 12 M. guten Kammgarnstoff oder Cheviot. Reste zu Knabenanzügen sehr groß 2—3 M.

Man überzeuge sich im Riesenstofflager Kronenstr. 14, I., kein Laden.

Goldabfälle [3611*

Gold, Silber, Kehrgold, Treffen, Platin kauft die Scheide-Anst. Zimmerstr. 32.

Achtung! IV. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 12. Dezember 1897:

Gr. Winter-Vergnügen

des **Lese-Klub „Leopold Jacoby"**

in Stechert's Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21,

unter Mitwirkung der **Hauskapelle,** des Gesangvereins **„Liedesfreiheit"** und der humoristischen Gesellschaft **Strzelewicz.**

Anfang 4 Uhr. **Entrée 25 Pf.**

Neue Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, im Thalia-Theater

Barbara Holzer.

Schauspiel in 3 Akten von Clara Viebig.

Regie: Claudius Merten.

Die I. Abtheilung ist geschlossen. Neuaufnahmen können nur für die in Aussicht genommene II. Abtheilung geschehen. [152/11

Achtung! Vereine. Achtung!

Der Tanzlehrerverein „Solidarität"

hält sich hiermit den Vereinen zu sämmtlichen Vergnügungen bestens empfohlen. Gefällige Bestellungen sind zu richten nach dem Vereinslokal von **Benno Stabernack, Inselstraße 10.**

200/6 **Der Vorstand.**

Augen- u. Ohrenleiden

anatomischer Lichtbilder-Vortrag vom prakt. Naturheilkundigen Grundmann.

Freitag, 10. Dezember, abends 8½ Uhr, **Märkischer Hof,** Admiralstraße 18c.

Männer und Frauen willkommen. Eintr. 20 Pf.

Der Vorstand des Körper- u. Naturheilvereins, Alexanderstraße 8.

Sprechzeit täglich 11—1, 6—8. Sonntags 11—12.

Künstl. Zähne 1,50 M. **Plomben 1 M. Zahnziehen frei.** Zahnärztliche Klinik, Manteuffelstr. 43, I., Ecke Oranienstraße. Spr. 8—10 und 1—3 Uhr

Künstl. Zähne 2 M. **Schmerzl. Zahnziehen 1 M.,** Plomb. 1,50 M. Theilz. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerst. 22. Spr. 9-6 U.

Konzessionirte Kur- und Bade-Anstalt **Gr. Hamburgerstraße 20** (Bahnhof Börse).

Spezialität: **patent. Heißtrockenluft** (Kastenbäder und Inhalatorium) 131/2*

Wannenbäder, sämmtliche Wasseranwendungen (Kneipp'sche Güsse). **Strenge Kuren nach ärztlicher Vorschrift** bei Gicht, Rheumatismus, Fettleibigkeit, Nerven-, Unterleibs-, Haut-, Geschlechtsleiden.

Aerztl. Oberleitung **Dr. Hirschfeld,** Sprechstunden: tägl. 6—8 ab., Sonntag, Montag, Donnerstag auch 11—12 vorm.

Die **Goldwaarenfabrik**

Max Busse,

Brunnenstr. 175, an der Invalidenstr.,

empfiehlt: **Armbänder, Broches, Ohrringe** in massiv Gold, Golddoublé, Silber.

Besonders beliebt: Schmucks mit Opal, sowie **Türkisen, Granaten, Corallen.**

Goldene Ketten nach Gewicht.

Spezialität: **Goldene Ringe!**

Carl H. Klippstein & Co.

Weberei und Versand-Geschäft

Mühlhausen i. Thür. No.

Brunhilde, Haushaltkleiderstoffe;

Roland Cheviot, Herren-Anzug- u. Ueberzieherstoffe; unsere unverwüstlichen u. echtfarbigen Specialitäten sind, * * was vielfache * * Anerkennungen beweisen, **unerreicht.**

Unsere reichhaltige Collection von Damen- und Herrenstoffen, sowie Portieren steht auf Wunsch franco zur Verfügung.

Rum.

Echt und echt Verschnitt. — à Liter-Flasche Mark 1,60, 2,10, 3,10, 4,50. Nr. 3. Fac. — ca. 50 pCt. — à Liter Mark 1.—, 5 Liter Mark 4,50.

Fernsprecher **Eugen Neumann & Co.** Amt IV. 9676.

Comptoir und Gesammt-Kellereien, Berlin SW. 68 Lindenstr. 16/17. — Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a. Amt IV. 3679. — **Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Gneisenaustr. 29. — Grüner Weg 56. — Kommandantenstr. 67. — Wilhelmstr. 25. — Schöneberg, Hauptstr. 129. — Charlottenb., Kais. Friedrichstr. 48.**

Winterpaletots, Kaisermäntel, Remontoiruhren, Regulatoren spottbillig Neanderstr. 6, Pfandleihe. [6/9

Kohlenplatz m. Stall, Stube weg. Alters zu verk. 400 Thlr., 5 J. Kontr. Miethe bill. Memelerstr. 84.

Betten, Steppdecken, Gardinen spottb. Neanderstr. 6, Pfandleihe. [6/9

Billig! Reste z. Anzügen. Billig! Mädchenkleider, Knaben-Anzüge und -Paletots sehr preiswerth.

O. Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Allen Freunden und Bekannten sage ich für die in so reichem Maße erwiesene Theilnahme bei der Beerdigung meiner innigst geliebten Frau meinen herzlichsten Dank. **August Hansen.**

Dr. Ringelmann

Spezialarzt für 3503B*

Haut-, Harn- und Unterleibsleiden. Friedrichstr. 160, zw. Linden u. Behrenstr. 11—2, 5—7.

Dr. Simmel Moritzplatz, l. Hand v. Aschinger

Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden. 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Prakt. Zahnarzt Wronker. Plombiren, Zahnziehen, Zahnersatz. **Leipzigerstr. 30, II,** 9—6, unentgeltl. 8—9. Telephon. Nachtglocke.

Künstliche Zähne.

F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. *] Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Meyer's Lexikon,

Brockhaus, Brehm's Thierleben und andere Werke kauft **Hannemann's Buchhdlg.,** Berlin, Friedrichstr. 208.

Möbel

verliehen gewesene und neue, staunend billig. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 2917B*

Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Möbel auf Theilzahlung.

J. Kellermann, Neue **Jakobstr. 26.**

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel 3716B*

Oranienstr. 73.

Oskar Raeder

37 Oranienstr. 37.

Stahlwaaren u. **Werkzeuge** bester Qualität, spez. für **Buchbinder, Lederarbeiter, Sattler, Töpfer, Stuckateure u. Former.** Große Auswahl in **Scheeren, Tisch- u. Taschenmessern, Wirthschafts-Gegenständen** und **Schlittschuhen. Reparatur-Werkstatt mit Kraftbetrieb.** 3641B*

Club-Pfeifen,

Marsch-, Shag-, Jagd-Pfeifen aller Art.

Scheunert & Wirth. O., Blumenstrasse 13.

Bett, prachtvolles, sof. f. 20 Mk. z. verk. Alterstr. 118, v. II. r.

Gummischuhe werden **reparirt** Lausitzerstr. 14 und Pallisadenstr. 91.

Krankheitshalber ist mein gangbar. Holz- u. Kohlengeschäft billig zu verk. Heinersdorferstr. 6 beim Verwalter.

Arbeitsmarkt.

Stellmacher?

In der Werkstelle von **W. Kohlhardt,** Chausseestraße, haben drei Kollegen wegen Lohnkürzung u. Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeit niedergelegt. Diese Werkstatt ist bis auf weiteres gesperrt. 209/6

Die Agitationskommission.

Tücht. **Vergolderin** verlangt H. Bergemann, Wrangelstr. 56. [2242b

---

Tüchtige **Fardigmacher** gesucht. Goldleistenfabrik Liegnitzerstr. 15.

Tücht. **Tischler** w. verl. **Feldmann u. Wegner.** Belleallianceste 84.

Präger oder **Prägerinnen,** erste Kräfte für Monogramm-Prägungen, sof. gesucht. **A. Liebmann,** königl. Hoflieferant, Friedrichstr. 74.

Versilberer auf Leisten verlangt Freienwalderstr. 20. [2256b

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag eine recht schwach besuchte Versammlung ab. Genosse Guttmann besprach in seinem Vortrage: „Welche neue Aufgaben stellen uns die Gegner?" besonders die Versuche der National-Sozialen, durch Förderung der Gewerkschaften für sich Anhänger zu gewinnen. Unsere Partei müsse über die Nutzlosigkeit des national-sozialen Programms Aufklärung verbreiten; um unsere Genossen zu schulen, sei die Einrichtung von Diskussions-Abenden nothwendig. In der Debatte wurde von den Genossen Grasbold, Scheffler, Wittrisch und Leid hervorgehoben, daß Guttmann die National-Sozialen überschätze. Die wirthschaftliche Entwickelung aber sei für uns; die thatsächlichen Verhältnisse demonstrieren dem Arbeiter täglich die Unmöglichkeit des nationalen Sozialismus und sozialen Königthums. Der Vorsitzende Leid theilte noch mit, der Vorstand beschäftige sich mit dem Antrag auf Einführung von Diskussionsabenden; eine Entschließung ist noch nicht gefaßt. Die Parteitags-Protokolle werden bis Ende Dezember an den Zahlabenden des Vereins für à 10 Pf. verkauft.

Der Arbeitervertreter-Verein nahm in seiner Sitzung am Dienstag einen Bericht des Vorsitzenden Simanowsky über den am 17. November der Heimstätte für Genesende in Blankenfelde seitens des Vereins abgestatteten Besuch entgegen. Aus dem Bericht ist hervorzuheben: Die für 63 Personen eingerichtete Heimstätte ist zur Zeit von 49 Genesenden besetzt, worunter sich zwei Kinder befinden. Die Besucher waren mit der Einrichtung der Anstalt zufrieden; auch die Insassen, soweit sie befragt wurden, haben keine Beschwerden über Behandlung oder Beköstigung geäußert. Aus dem Jahresbericht für 1895/96 geht hervor, daß die Anstalt im Juli mit 62 Personen am höchsten, im Dezember mit 12 Personen am schwächsten belegt war. Auf eigene Kosten wurden 4, auf Kosten von Krankenkassen 112, durch Unfall-, Alters- oder Invaliden-Kassen 2, durch hiesige und auswärtige Armen-Verbände 112, durch Stiftungen 4, auf Kosten der Stadt Berlin 34, im ganzen 268 Personen verpflegt, die im Alter von 5—80 Jahren standen. Die durchschnittliche Behandlungsdauer betrug 7,3 Wochen, die längste 13—20 Wochen. In der Diskussion wurde bemerkt, daß die den Insassen der Heimstätte zur Verfügung stehende Lektüre nur christlichen Charakters sei. Ein Uebelstand sei es, daß die Patienten meistens die Anstalt verlassen müssen, wenn die Verpflichtung der Krankenkasse abgelaufen ist. Da aber zu dieser Zeit eine völlige Heilung in der Regel noch nicht erzielt sei, so wäre zu wünschen, daß in solchen Fällen die Stadt die Kosten für die weitere Verpflegung übernehme. Wie ferner mitgetheilt wurde, soll eine lebhafte Agitation dafür entfaltet werden, daß die Stadt Berlin noch mehr Heimstätten für Genesende und auch ein eigenes Sanatorium für Schwindsüchtige errichte, und daß die Stadt nach Ablauf der Verpflichtung der Krankenkasse die Pflege der Genesenden übernehme. — Hierauf wurden die Kandidaten für die am Freitag seitens des Ausschusses vorzunehmende Wahl von Vertrauens- und Ersatzmännern der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt Berlin nominirt.

Die Kupferschmiede hielten am Sonnabend bei Feind, Weinstraße, eine öffentliche Versammlung ab, in der zunächst der Kassenbericht über den Dispositionsfonds gegeben wurde. Inklusive des Bestandes von 1853,51 M. betrugen die Einnahmen vom 1. April 1897 bis 28. Oktober 1897 insgesammt 2422,48 M., die Ausgaben 404,50 Mark, so daß ein Bestand von 2017,98 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und dem Kassirer von der Versammlung Decharge ertheilt. Außer für diesen Fonds wurden noch wöchentliche Sammlungen für die ausständigen Former und für die englischen Maschinenbauer vorgenommen. Nach einem kurzen Bericht, den der Ersatz-Delegirte erstattete, wurde Fritz als Delegirter zur Gewerkschafts-Kommission und als Vertrauensmann gewählt. Als Bezirkskassirer für den Norden wurde Wittekop gewählt.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am Sonnabend, den 4. Dezember, bei Helfer, Oranienstr. 51, Herr Dr. Weyl einen sehr lehrreichen Vortrag über „Gewerbehygiene und Berufskrankheiten", in welchem er sich für eine vernünftige Arbeiterschutzgesetzgebung aussprach, die immerhin imstande wäre, auch auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse die bösartigen Folgen der heutigen Produktionsweise etwas abzuschwächen. Nachdem die Abrechnung vom Stiftungsfest verlesen worden war, welche einen Ueberschuß von 88,05 M. ergab, erfolgte die Aufnahme von 34 neuen Mitgliedern.

Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen nahmen am Montag in ausnahmsweise gut besuchter Versammlung die Neuwahl der Agitationskommission vor, nachdem sie zuvor beschlossen hatten, deren Mitgliederzahl von drei auf fünf zu erhöhen. Gewählt wurden Aschner, Förster, Kotzke, Rasch und Sander. Hierauf hielt Genosse Litfin einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über den Streik der englischen Maschinenbauer. Ein Antrag, in die Gewerkschaftskommission drei Vertreter zu entsenden, wurde gegen 12 Stimmen abgelehnt und als einziger Delegirter Neuhaus gewählt. Zuletzt stellte der Schriftführer von Filiale I richtig, daß es im letzten Versammlungsbericht des „Vorwärts" heißen müsse, daß die genannte Resolution nicht theilweise angenommen, sondern in allen Theilen abgelehnt wurde.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. In einer gut besuchten Branchenversammlung der Parquetbodenleger berichtete Nerre am Montag Abend über die drohenden Abzüge bei den Firmen Kampmeyer und Badmeyer. Begünstigt durch die momentan herrschende flaue Geschäftszeit, sowie auch durch die Haltung der indifferenten Kollegen, führte Redner aus, versuchen es die Unternehmer von neuem, die Errungenschaften vom vorigen Jahre illusorisch zu machen. Ob diese Praxis der ewigen Lohndrückerei Erfolg habe, sei jedoch eine andere Frage. Pflicht eines jeden Kollegen sei es, den von der Organisation festgelegten Tarif hochzuhalten und den Bestrebungen der Unternehmer, den Tarif zu durchbrechen, gerüstet gegenüberzustehen. In der Diskussion sprachen sich alle Redner in zustimmendem Sinne aus. Weiter wurde der Kommission aufgegeben, speziell auf die Firma Kampmeyer, welche in nächster Zeit eine größere Anzahl Arbeiter einstellen müßte, die größte Aufmerksamkeit zu haben.

Die Zinkgießer und Stürzer nahmen am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Ewald entgegen, in welchem er auf die Nothwendigkeit und Vortheile des Achtstundentages verwies. Hierauf erstattete Klar den Bericht der Agitationskommission. Nach dessen Ausführungen könne man mit den Erfolgen der Agitation nur zufrieden sein. Der Kassenbericht stellt sich folgendermaßen: Alter Bestand 152,25 M., Einnahme 305,05 M., Ausgabe 129,65 M., bleibt Bestand 327,65 M. Anstatt neun wurden für die Folge nur fünf Personen in die Agitationskommission gewählt und zwar: Max Schulz, Volgmann, Klar, Hugo Preißer und Gürtler. Alsdann erstattete Gürtler Bericht als Delegirter der Gewerkschaftskommission. Die Versammelten sind mit seiner Thätigkeit zufrieden und wählt man, da er sein Amt niederlegt, Max Schulz als Vertreter in die Gewerkschaftskommission. Volgmann empfiehlt alsdann in kurzen Worten den Anschluß an die Zentralisation der lokalorganisirten Gewerkschaften durch Vertrauensmännersystem, andeutend, daß man im Verband der Metallarbeiter nicht genügend die Interessen der Zinkgießer ꝛc. wahren könne. Nach kurzer Debatte stimmt die Versammlung dem zu und wählt als Vertrauensperson Hugo Preißer.

Schöneberg. Am Montag, den 6. Dezember, fand hier im Obst'schen Lokale in der Grunewaldstraße eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt, welche sich mit der Frage: „Was lehren uns die Stadtverordnetenwahlen?" beschäftigte. An der Diskussion, die sich hierüber entspann, betheiligten sich die Genossen sehr lebhaft. Zum Schluß derselben wurde folgender Antrag Meiling's angenommen: „Die Versammlung beschließt, in persönliche Agitation mit den Wählern, die für uns gestimmt haben, einzutreten. Es verpflichten sich die Mitglieder, zu gegebener Zeit, wenn der Vorstand die Aufforderung an sie richtet, dieser Pflicht nachzukommen." — Als ein erfreuliches Zeichen und als Folge der Thätigkeit der Genossen bei den Wahlen kann es auch gelten, daß 34 Aufnahmegesuche zur Verlesung kamen. — Die nächste Versammlung findet am Montag, den 20. Dezember statt.

Die Versammlung der Zehlendorfer Parteigenossen, die am Sonnabend in Steglitz tagte, beauftragte den Vertrauensmann, in kürzester Frist in Gemeinschaft mit den Teltower und Steglitzer Genossen eine Versammlung einzuberufen, in welcher die Lokalfrage endgiltig geregelt werden soll. Der Gastwirth Warnicke in Zehlendorf wird zu dieser Versammlung brieflich geladen.

In Reinickendorf sprach am 5. d. M. in einer Volksversammlung Frau Rohrlack über die „Moderne Großindustrie". In der Diskussion wurde die Mahnung an die Frauen und Mädchen gerichtet, mehr an den Versammlungen sich zu betheiligen. Die Genossen wurden aufgefordert, sich mehr der politischen Organisation anzuschließen.

Friedrichsberg. Die Gewerkschafts-Versammlung, die am 30. November hier tagte, hörte einen Vortrag Litfin's über den Riesenkampf in England. Sodann gab Pamann den Bericht über die Thätigkeit der Fünferkommission. Danach betrugen die Einnahmen 85,50 M., die Ausgaben 44,35 M., so daß ein Bestand von 41,15 M. verbleibt. Versammlungen fanden fünf statt. In die Fünferkommission wurden sodann gewählt: Frau Helwig, Pamann, Jansen, Schubert und Schichold.

Arbeiter-Bildungsschule. Inselstr. 10, v. 2 Tr. Mittwoch: Nationalökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie; Dr. Conr. Schmidt). Donnerstag: Geschichte (Die vorgeschichtliche Zeit und die ersten geschichtlichen Ueberlieferungen; Dr. Georg Zeppler). Freitag: Gesetzeskunde. (Arbeitsvertrag, die sozialpolitische Gesetzgebung, Strafrecht, gewerbliches Konzessionswesen, Eherecht, Mietherecht, Erb- und Vormundschaftsrecht, öffentliches Recht; Rechtsanwalt Wolfgang Heine). Die Bibliothek ist von 8—9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatl. 25 Pf., Kursus (10 Abende) 1 M. pro Fach. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folg. Stellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 400; Neul, Barnimstr. 49; Schiller, Rosenthalerstr. 67; Gleinert, Müllerstr. 73; Paul Mücke, Manteuffelstr. 128; H. Königs, Dieffenbachstr. 30. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Paul Mücke jr., SO. Manteuffelstr. 128, Geldsendungen an den Kassirer H. Königs, S. Dieffenbachstr. 30, zu senden.

Naturheilverein Nordost. Heute, Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8½ Uhr, Landsbergerstraße 108: Vortrag. Referent: Herr Max Nagler.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmachergehilfen. Heute, Donnerstag, abends 10½ Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstraße 67, Vortrag. Gäste willkommen.

Naturheilverein II. Heute, Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8½ Uhr, im Saale des Vereins junger Kaufleute, Beuthstr. 20, Vortrag der Frau Heilig über: Talent, Genie und Irrsinn, eine psychische Studie.

A. Möbes Nachf.

Fleischwaaren und Wurstfabrik.

Am heutigen Tage eröffnen wir den

Einzelverkauf

in unserem neuen Geschäftshause

Oranienburger Strasse 4.

Am Hackeschen Markt. **Bahnhof Börse.**

Gründung 1867. **Ferdinand Neumann** Gründung 1867.

Berlin SW., **Leipzigerstrasse 51,** Ecke Dönhoffplatz.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Ausnahme-Preise.

Kinder-Handschuhe, Ringwood, alle Grössen, 38 Pf.	Damen-Strümpfe, schwarz, Reine Wolle, englische Länge 60 Pf.
Damen-Handschuhe, Wolle, weiss, ... 23 Pf.	Damen-Strümpfe, Schottisch geringelt, Reine Wolle, englische Länge 85 Pf.
Damen-Handschuhe, Krimmer ..... 38 Pf.	Damen-Strümpfe, naturfarbig, mech. gestrickt, 95, 75 und 50 Pf.
Damen-Handschuhe, Glacé, mit 3 u. 4 Knöpfen 75 Pf.	Herren-Socken, naturfarbig mech. gestrickt, 95, 60 und 40 Pf.
Damen-Handschuhe, Glacé, mit 4 Knöpfen . . . 1,15 Mk.	Damen-Hausschürze ..... 33 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 9. Dezember.

Opernhaus. Cosi fan tutte! (So machen es Alle!) Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der G'wissenswurm. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Die versunkene Glocke. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Faust (II. Theil). Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Zirkuslente. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Hans Huckebein. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Lügenbrüder. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Heimg'funden. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Grille. Anfang 8 Uhr.
Residenz. Dorina. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt. Anfang 7½ Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Bitte recht freundlich. Hierauf Berlin über Alles. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Fröhliche Weihnacht. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Vor Sonnenaufgang. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 6 Uhr.
American. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panopticum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Heimg'funden.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Heimg'funden.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Heimg'funden.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Zum 15. Male:
Leben und Lieben.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von O. Klein. Musik von G. Wanda. Anf. 8 Uhr. Im Tunnel von 7 Uhr ab: — Frei-Konzert. —
Morgen und folgende Tage: **Leben und Lieben.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: **Die Waise von Lowood.**

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Donnerstag, den 9. Dezember 1897,
Emil Thomas a. G.
Zum 96. Male:
Berliner Fahrten.
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr:
Morgen und die folgenden Tage: **Berliner Fahrten.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends **8** Uhr: Zum 1. Male:
Fröhliche Weihnacht.
Zaubermärchen mit Musik in 5 Bildern von L. Ottomeyer.
Musik von Fritz Krause.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr: **Volks-Vorstellung** unter Regie von **Julius Türk: Die Räuber** von Fr. Schiller.
Billets à 60 Pf. in den bekannten Verkaufsstellen.

Kommen | Quarg's | Sehen
Vaudeville-Theater.
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Erste Original-Budapester (Lustig & Spitzer).
Riesen-Lachstürme!
Das Armband
Das Modell
Riesen-Lachstürme!
Vorzugskarten berechtigen den Eintritt zu
Hören | halben Kassenpreisen. | Staunen

Urania

Taubenstrasse 48–49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt **50** Pf. — Abends 8 Uhr: Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse No. 57/62: Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Näheres die Tagesanschläge!

Passage-Panopticum.

Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft. Neues Programm

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Berlin bei Nacht.
Gesangs-Posse.
Die kleinste Contorsionistin der Welt
Little Elsa.
Auf vielseitiges Verlangen:
O diese Radler!
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Konzerthaus Sanssouci
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Dir. **H. Pierry.**
Artistischer Leiter **Jos. Aichinger.**
Bisher unerreicht. Stürmischer Beifall!
Mit vollen Segeln.
Lebensbild mit Musik in 3 Abtheil. von H. Schulz.
Vorzügliche neue Spezialitäten.
Anfang des Konzerts:
Wochent. 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochent. 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 50 Pf.
Wochent. Passe-partouts giltig.
Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt.

Größtes Schaustück der Welt. — Direction: Hermann Freund-Haller u. L. Saenger.

Heute,
Donnerstag,
den 9. Dez. 1897
Grosse Vorstellung
Abends 7½ Uhr.
Neues

Olympia-

Riesentheater
(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's
Constantinopel
Freitag und die folgenden Tage
Constantinopel.
Sonntag
2
Vorstellungen,
2 Jahre ohne Unterbrechung in London gegeben. — Ca. 1000 Mitwirkende.
Die Kasse ist täglich von 11–2 und eine Stunde vor Beginn der Vorstellung geöffnet.

Dezember ausverkaufte Häuser!
Dieses höchst seltene Resultat erzielt seit dem
Herrnfeld-Zyklus
das **I. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater**
Direktion: Gebr. Herrnfeld.
Was nicht Worte können sagen, sagt ein einziger Gang nach
Kaufmann's Variété.
8 Uhr:
Mirz'l Drahrer, Gebr. Forré, Dreher & Schober.
9 Uhr:
Geschwister Meinhold, Georg Rösser, William Schüff
½10 Uhr:
Improvisatoren-Wettstreit zwischen **Dr. Guido Steinitz** und **William Schüff.**
10 Uhr:
Der Eierhändler.
Ausstattungsburleske von Gebrüder Herrnfeld.
Anfang des Konzerts 8 Uhr.
Gewöhnliche Preise.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung:
Familie Kochsalz.
Von Dreien der Glücklichste.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochent. 8 Uhr.
Sonnabend den 11. Dezember:
Alle fünf Barrisons.
Zum 238. Male:
Lene, liebe Lene.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.
Dir.: **Winkler & Fröbel.**
Das neue hochinteressante
Weihnachts-Programm
Cabaret's Liliputaner Hündchen.
Victoria, die Königin der Luft.
Bill's selbstmusizirende Automaten sowie das gesammte
Schauspiel- und Künstler-Personal.
Lebende Photographien (neue Bilder).
Anfang 7½ Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.
Sensationelle Novitäten!
Miss Albertina.
Don Ricardo.
Hedi Perrier.
Bacchus Jacoby.
Max Franklin-Troupe.
Melanie Roberti.
Excelsior-Biograph.
Anfang des Konzerts 7½ Uhr, der Vorstellung **8** Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Reichshallen-Tunnel:
Täglich:
Militär-Concert in Uniform.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt

8. Hasenhaide 108.
Inhaber **A. Fröhlich.**
Jeden Sonntag: **Spezialitäten-Vorstellung und Ball.**
Empfehle meine beiden Säle (mit Theaterbühne) zu Winterfestlichkeiten jeder Art. Einige Sonnabende sind noch frei. Bestellungen für Sommerfeste werden schon jetzt entgegengenommen. 3217b*

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Heute, Donnerstag, den 9. Dezember:
Großer Erfolg! Großer Erfolg!
Madame Potiphar.
Charakterstück mit Gesang und Tanz in sechs Bildern von Carlos Duchow.
Nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**
Sonnabend, zum 1. Male:
Weihnachtswünsche
oder:
Ein Traum in der Christnacht.
Weihnachtsmärchen mit Gesang in 3 Akten von Jacobson u. Girndt.

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
Neu! **Gebrauchmarkt.** Neu!
Volksstück.
Mr. Willy, Jongleur a. d. rollenden Kugel und Drahtseilkünstler.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Alcazar

Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Mit durchweg neuer Ausstattung:
Tolle Berliner Fahrten.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz. — Vorher:
Junge Männer u. alte Weiber.
Lustspiel in 1 Akt von Th. Apel.
Auftreten sämmtl. Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Reservirter Platz 50 Pf.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bairischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20–50 Personen. *
H. Straumann, Rest., **Ritterstr. 123.**

Ausschank der Brauerei Stralau.
Wir empfehlen unsere elektrisch erleuchteten **Säle** den Vereinen und Gewerkschaften **unentgeltlich.** [3694*
Die Sonnabende sind noch frei.
Birkholz u. Mittag.

Vereinszimmer.
Noch mehrere Tage frei. „Vorwärts" liegt aus. **Restaurant,** Kottbuserstraße 7. 2017b

Apollo-Theater.

Desroches-Bianca
Otto Reutter
Carmen Faur
La Foy's
Feuer- u. Flammentanz
ferner:
32 Kunstkräfte 1. Ranges.
Kassenöffnung **6½** Uhr.
Anfang **7½** Uhr.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Donnerstag, 9. Dezember 1897,
abends 7½ Uhr:
Sport-Abend.
Die 8 Ungarn mit ihren Vollblut-Springpferden. U. a.: a) Der Vollblut-Wallach „Scipio", Sprung über eine 6 Fuß hohe feste Barrière mit Reiter. b) Sprung des Vollblutpferdes „La Folie" über einen Landauer mit Insassen. c) Der berühmte Sandorsprung über 3 große Pferde. Moderne Reiterspiele. El Bolero, geritten von Sign. **Corradini** und Frl. **Helene Corradini.** Die 12 ung. Fuchshengste, neu dressirt u. vorgeführt vom Dir. **Busch.** Conversano II, echt Lipizzaner Hengst, geritten von Herrn **Fouttit-Burghardt.** Auftreten der Clowns **Eugen Veldemann, Boganowsky, Gebr. Haste, Freres Bergères, Emanuelo & Rodrigirez, Cyrillo** und **Magrini.**
Nach Sibirien.
Das großart. aller Manegen-Schaust.
Morgen 7½ Uhr: **Große Extra-Vorstellung.**

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75.
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. konlanten Bedingungen.

Reine
Kornbranntweine pr. Lit. v. 65 Pf. an
Cognac in gr. Ausw. von 1,40 „ „
Rum in groß. „ „ 1,20 „ „
feinste **Liqueure, Arac, Punsch** ꝛc. zu billigsten Preisen empfiehlt 3657b*
F. Willumeit,
Alexanderstr. 62, Stalitzerstr. 135 und **Potsdamerstr. 48,** Eingang Kurfürstenstraße.

Deutsch. Porter

Dessert- u. Malzkraftbier I. Rang. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustkranke Bleichs., Wöchn., Rekonv. ꝛc. d. leicht bekömml., nahrh., kräftigste Bier. — Ist blutbild., beförd. bess. Gesichtsf. u. Gewichtszunahm. überr. 14 Flasch. drei, 50 zehn M. exkl. Zu Geb. (1/4, 1/2, 1/16) z. Selbstabz. wesentl. bill. Allein. Versandtst. f. Berlin u. Prov. Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Nicht Flaschenzahl — Qual. entscheid.

66/1

Für 36 Mark

fertige feinen Winterpaletot u. Mant, für 36 M. ff. Anzug nach Mass, für 8–12 M. ff. Winterhosen nach Mass.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager.
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Wer will
billige **Weihnachtsgeschenke** kaufen. **Durch Einkauf** von **großen Posten** auf **Auktionen** und von **Konkursmassen verkaufe** ich von **heute** ab:
Hochelegante Winter-Paletots v. 9 M. 50 Pf. an.
Hohenzollern- und Pelerinen-Mäntel von 5 M. 25 Pf. an.
Kaiser-Mäntel und Joppen von 6 M. 75 Pf. an.
Hochf. Rock- und Jaquet-Anzüge von 12 M. 50 Pf. an.
Herren-Hosen von 2 M. 75 Pf. an.
Kellner-Hosen und Jaquets von 4 M. 50 Pf. an.
Leder- und Arbeits-Hosen von 2 M. 35 Pf. an.
Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jaquets, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Fahrräder, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teschings, Stockflinten, Harmonika's, Geigen, Zithern, Trommeln, Regulateure, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu **enorm billigen Preisen.** 3281b*
Gustav Lucke,
Waarenhaus,
Berlin, Oranienstr. 131.

Sonntag bis ½9 Uhr geöffnet!

En gros. | Versand.

Concurrenzlos billig, reellste Fabrikate.

Daß wir diesen Grundsatz stets mit größter Gewissenhaftigkeit beobachtet haben, beweisen die zahlreichen Nachbestellungen unserer werthen Kundschaft aus dem Leserkreise dieser Zeitung. — **Vortheilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.** — **Verkauf und Versand auch an Private.**

Bevorzugte Marken!

Willy 100 St. Mk. 2,40.
Nebenstehende Sumatra-Cig. (Original-Form) ist angenehm duftend, mild-voll im Geschmack. Dieselbe Form, nur ½ cm kürzer, liefern auch in **St. Felix Brasil,** würziger i. Geschmack, **per 100 St. Mk. 3,25.**

Commercio
Trotz der großen Form ist nebenstehende Cigarre aus so vorzügl. Tabaken hergestellt, daß sie i. Geschmack u. Aroma den Raucher bedeutend theuerer Cigarren vortheilhaft überrascht. **100 St. M. 3,—.**

Ancona
Nebenstehende Form mit feldig. Deli-Decke, St. Felix, Java in der Einlage. — Der überaus starke Begehr von verwöhntesten Rauchern erübrigt jede weitere Empfehlung dieser Cigarre. **100 St. Mk. 4,50.**

Eminente
Infolge der wohl gelungenen Zusammenstellg. edler, hocharomatisch. Tabake erfreut sich diese Cigarre eines großen Liebhaberkreises. **100 St. Mk. 5,—.**

Bahia
Marke Bahia in nebenstehender Originalform. Importähnlichste Handarbeit (Metz'sche Presse). Originalkiste mit **250 St. franco für Mk. 15.—.**

Telephon Amt 3 No. 2742.

Ferner empfehlen folgende Marken aus durchweg geschmackvoll zusammengestellten hochfeinen Qualitätsgewächsen in normalen, modernsten Formen.

Sumatra.		St. Felix Brasil.		Havana und Mexiko.	
Commercio . . . 100 St.	Mk. 3,—	Brillante . . . . 100 St.	Mk. 3,25	Perla Mejicana 100 St.	Mk. 5,—
Flor de Violero „ „	„ 3,50	St. Felix Brasil „ „	„ 4,00	Walküre . . . . „ „	„ 6,50
Ancona . . . . . „ „	„ 4,50	St. Felix in Orig.-Kist. à 250 St. frko. „ „	„ 12,50	La Liga . . . . „ „	„ 7,75
Odaliska . . . . „ „	„ 5,—	Milesa . . . . . „ „	„ 8,—	Tullia . . . . . „ „	„ 9,—
Flor de Morado „ „	„ 7,50	Amelia . . . . . „ „	„ 6,—		

Für Weihnachtsgeschenke geeignet haben entzückende Ausstattungen am Lager und kann nach dieser Richtung hin jeder Wunsch erfüllt werden.

Bedingungen: Versand nicht unter 100 St. von jeder Marke. — 500 St. portofrei unter Nachnahme. — **Nichtkonvenirendes erbitten** auch angebrochen **auf unsere Kosten** gegen Rückerstattung des gezahlten Betrages zurück; — **daher keinerlei Risiko für die Besteller.** Im Falle der Rücksendung dürfen aus jeder Kiste 4 Stück probeweise unentgeltlich genommen sein. Bei Entnahme von 500 St. gewähren 3 pCt., bei 1000 St. 6 pCt. Rabatt, **wenn sich der Besteller auf diese Zeitung bezieht.**

Czollek & Geballe, Cigarren-Special-Haus, **Berlin C.,** Spandauer Brücke 9, drittes Haus vom Hackeschen Markt.

Telephon Amt 3 No. 2742

Sonntag bis ½9 Uhr geöffnet!

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.